

Gemeinde Helgoland
Bebauungsplan Nr. 13 „Düne“
15. Änderung des Flächennutzungsplans „Düne“

Abwägung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Behördenbeteiligung (§ 4 Abs. 1 BauGB) und der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)

gleichzeitig:

nach Einschätzung der Gemeinde wesentliche bereits vorliegende umweltbezogene Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Stand: 26.02.2024

Besondere Inhalte sind als Lesehilfe unterstrichen

Auftragnehmer und Bearbeitung:

Bebauungsplan / Flächennutzungsplanänderung

Dipl.-Ing. Bauassessor Gerd Kruse

Dipl.-Ing. Anja Gomilar

ELBBERG Kruse Rathje Springer Eckebrecht Partnerschaft mbB

Architekt, Stadtplaner und Landschaftsarchitekt

Lehmweg 17, 20251 Hamburg

Umweltbericht, Landschaftspflegerische Gutachten

Dipl.-Biol. Stefan Möhler

Dipl.- Ing. Annette Gerardi

RMP Stephan Lenzen Landschaftsarchitekten

Klosterbergstraße 109, 53177 Bonn

Inhalt

Die frühzeitige Behördenbeteiligung hat mit Schreiben/E-Mail vom 30.06.2022 mit Frist bis zum 12.08.2022 mit tlw. Fristverlängerung bis zum 09.09.2022 stattgefunden. Es sind folgende Stellungnahmen eingegangen:

1	Behörden / Träger öffentlicher Belange.....	4
1.1	Kreis Pinneberg, 15.08.2022	4
1.2	Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein, 05.09.2022	27
1.3	Landeskriminalamt Schleswig-Holstein (Kampfmittelräumdienst), 12.07.2022	34
1.4	Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein, 30.06.2022	34
1.5	Dataport, 01.07.2022.....	35
1.6	Gemeinde Helgoland, Betriebsleiter Düne , 04.07.2022	36
1.7	NABU Schleswig-Holstein, 27.07.2022	37
1.8	BUND für Umwelt und Naturschutz e.V., Landesverband Schleswig-Holstein, Kreisgruppe Pinneberg, 08.08.2022	46
1.9	AG-29 Arbeitsgemeinschaft der anerkannten Naturschutzverbände in Schleswig-Holstein, 11.08.2022	71
1.10	Institut für Vogelforschung "Vogelwarte Helgoland", 09.08.2022	72
1.11	Verein Jordsand e.V., 12.08.2022	83
1.12	Handwerkskammer Lübeck, 28.07.2022	94
1.13	50Hertz Transmission, 30.06.2022	94
1.14	Ericsson Services GmbH, 05.07.2022	94
1.15	Deutsche Telekom Technik GmbH, 06.07.2022.....	95
1.16	Deutsche Telekom Technik GmbH, Bayreuth, 28.07.2022	95
1.17	Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH, 02.08.2022	95
1.18	Deutsche Flugsicherung (DFS), 18.07.2022	95
1.19	Deutscher Wetterdienst, 05.09.2022	96
2	Landesplanerische Stellungnahme.....	97

Folgende Behörden / Träger öffentlicher Belange haben keine Bedenken geäußert (auf Abdruck wurde daher verzichtet):

- Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, 08.07.2022
- TenneT TSO GmbH für Leitungen / Fremd- und Bauleitplanung, 11.07.2022
- Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, 01.08.2022
- Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Schleswig-Holstein, Technischer Umweltschutz, 09.08.2022
- Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Schleswig-Holstein, Forstbehörde, 12.08.2022
- IHK Kiel, 17.08.2022

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung hat durch öffentliche Auslegung der Planunterlagen vom 08.09.2022 bis 10.10.2022 stattgefunden.

- Es sind keine Stellungnahmen eingegangen.

1 Behörden / Träger öffentlicher Belange

1.1 Kreis Pinneberg, 15.08.2022

Stellungnahme zur 15. Änderung des Flächennutzungsplans, 12.08.2022

Fachdienst Umwelt

Untere Bodenschutzbehörde

Die Gemeinde ist sich der historischen Nutzung und Entwicklung der Düne bewusst. Bisher lag das Augenmerk bei der Verwirklichung von Vorhaben auf dem Aspekt der „Kampfmittelfreiheit“.

Neben Kampfmittel sind aber auch Stoffe und Materialien auf und in den Boden eingebracht worden, die als „Bodenbelastungen“ im Sinne des Altlastenerlasses des Landes Schleswig-Holstein, einer sachlichen planerischen Auseinandersetzung durch die Gemeinde bedürfen. Dieses wurde im Vorfeld der Bauleitplanung bereits kommuniziert.

Im Auftrag der Gemeinde Helgoland wurde von Mathias Muckel ein Berichtsentwurf zur „historisch-genetischen Rekonstruktion“ der Düne, der unteren Bodenschutzbehörde vorgelegt. Dieser wurde gesichtet und bezogen auf die Fragestellungen des Bodenschutzes bewertet.

Die untere Bodenschutzbehörde kommt zu dem Prüfungsergebnis, dass aus den Ergebnissen der historischen Nutzungen noch Auswertungen bezüglich der flächenhaften und lokalen Kontaminationsverdachtses zu erarbeiten sind. Erst wenn diese Ergebnisse zu den möglichen kontaminationsverdächtigen Flächen (KVF), entsprechend der Mustergliederung für eine Historische Erkundung des Landes Schleswig-Holstein, vorliegen, kann geprüft werden, ob sich für die geplanten Entwicklungsflächen ein bodenschutzrechtlicher Untersuchungsbedarf ergibt.

In einem zweiten Schritt sind dann ggfs. auch Untersuchungen durchzuführen, an deren Ende eine gutachterliche Aussage notwendig ist, dass die gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse sichergestellt werden können.

Die Hinweise zur Bearbeitung der historischen Erkundung für den Bereich der Düne werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Für unterschiedliche planungsrechtliche Nutzungen gibt es auch unterschiedliche wirkungspfadbezogene Prüfwerte in der Bundes-Bodenschutzverordnung. Aus diesen unterschiedlichen Prüfwertanforderungen kann sich auch eine Verschiebung von Planungsräumen ergeben.</p> <p>Die bisher vorliegenden Unterlagen ermöglichen der unteren Bodenschutzbehörde keine sachliche Prüfung, daher wird erst nach Vorlage der historischen Recherche, mit der Eintragung und Begründung von Kontaminationsverdachtsflächen, eine Stellungnahme abgegeben werden können.</p>	
<p>Untere Wasserbehörde - Wasserwirtschaft / Team Wasser</p> <p>Gegen die 15. Änderung des Flächennutzungsplans Nr. 15 „Düne“, Verfahrensschritt Scoping § 4 Abs. 1 BauGB, bestehen aus wasserwirtschaftlicher Sicht (untere Wasserbehörde – Team Wasser) <u>keine Bedenken</u>.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>
<p>Hinweis:</p> <p>Die Gemeinde Helgoland ist als zuständige Trägerin der Abwasserbeseitigungspflicht zur ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung verpflichtet. Zur Erfüllung dieser Aufgabe bedient sich die Gemeinde Helgoland des Abwasserzweckverbands Südholstein. Anfallendes Abwasser ist diesem anzudienen und unterliegt dem satzungsrechtlich geregelten Anschluss- und Benutzungszwang an die öffentliche Abwasserentsorgung.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Untere Wasserbehörde - Grundwasser</p> <p>In der Begründung zum B-Plan 13 bzw. 15. Änderung F-Plan sollte die <u>Niederschlagswasserentsorgung von den befestigten Flächen (Abwasser)</u> thematisiert werden.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Die Begründungen zum B-Plan 13 bzw. 15. Änderung F-Plan (Kap. „Ver- und Entsorgung“) werden wie folgt ergänzt:</p> <p><i>„Das <u>Niederschlagswasser</u> von den Dächern der Gebäude und von den Straßenflächen auf der Düne wird dezentral versickert. Das anfallende Oberflächenwasser wird in Mulden bzw. Sickerschächten versickert.</i></p> <p><i>Das <u>Schmutzwasser</u> wird drei vorhandenen Pumpwerken (westlich im Bereich Anleger/Empfangsgebäude, nordöstlich des Flugplatzes und zentral</i></p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

im Bereich Lager Dünenbetrieb / Betriebshof) im Freigefälle zugeführt und anschließend über eine gemeinsame Druckrohrleitung durch den vorhandenen Ver- und Entsorgungsdüker zur Hauptinsel gepumpt.

Die Leitungen und Pumpwerke wurden Anfang 2000 gebaut. Der Verlauf der Leitungen ist aus den vorhandenen Bestandsvermessungen bekannt.

Die Pumpwerke und Leitungsquerschnitte wurden auf den Ist-Zustand und auf die neuen Beanspruchungen durch das neue Bungalowdorf hin ausgelegt und bemessen.“

Untere Naturschutzbehörde

Stellungnahme aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege:

Durch den o.g. Bauleitplan werden die von mir wahrzunehmenden Belange von Natur und Landschaft berührt.

Gegen die Darstellungen und Festsetzungen bestehen erhebliche Bedenken.

Die 15. FNP-Änderung überplant sowohl Bereiche des FFH-Gebietes 1813-391 „Helgoland mit Helgoländer Felssockel“, des Vogelschutzgebietes 1813-491 „Seevogelschutzgebiet Helgoland“ als auch des Naturschutzgebietes „Helgoländer Felssockel“.

Grundlage für die Planung ist ein Freiraumkonzept und ein Bestandsplan der vorhandenen Flächennutzungen, der auch die Biotoptypen aus der landesweiten Erfassung darstellt.

Bisher unbeachtet sind der Artenschutz und die Auswirkungen der Planungen auf die vorhandenen Schutzgebiete. Es ist zwingend eine FFH-Vorprüfung durchzuführen.

Alle jetzigen Planungen müssen deshalb vorbehaltlich der Ergebnisse des artenschutzfachlichen und artenschutzrechtlichen Gutachtens und der Verträglichkeit mit dem NATURA 2000 Gebieten gesehen werden.

Erst nach Vorlage dieser Gutachten kann eine abschließende Aussage zur Zulässigkeit der Planungen getroffen werden.

Die vorliegenden Planungen lassen in mehreren Bereichen bereits jetzt Konflikte mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege erkennen.

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Im weiteren Verfahren werden Verträglichkeitsprüfungen zum FFH- und Vogelschutzgebiet sowie eine Artenschutzprüfung erarbeitet.

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

Inwieweit diese lösbar sind muss sich im weiteren Verfahren zeigen.

Gesundheitlicher Umweltschutz

Ich habe keine Anregungen.

Kenntnisnahme.

Untere Abfallentsorgungsbehörde

Aus den mir vorliegenden Unterlagen geht nicht hervor, welcher Art von Abfällen in welcher Menge anfallen werden und wie die geplanten Entsorgungswege sind. Es wird daher die Erstellung eines Boden-/ Abfallmanagements empfohlen.

Der Stellungnahme wird auf folgende Weise gefolgt:
Über die Erstellung eines Boden-/ Abfallmanagements wird im Rahmen der Planung einzelner Bauvorhaben entschieden.

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) gilt nicht für Boden am Ursprungsort (Böden in situ), einschließlich nicht ausgehobener kontaminierter Böden und Bauwerke, die dauerhaft mit dem Grund und Boden verbunden sind.

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Dies trifft auch für nicht kontaminiertes Bodenmaterial und andere natürlich vorkommende Materialien zu, die bei Bauarbeiten ausgehoben wurden, sofern sichergestellt ist, dass die Materialien in ihrem natürlichen Zustand an dem Ort, an dem sie ausgehoben wurden, für Bauzwecke verwendet werden (§ 2 Nr. 10 und 11 KrWG).

Die Hinweise zum Umgang mit Bodenaushub werden berücksichtigt.
Die Begründungen zum B-Plan 13 und zur 15. Änderung F-Plan (Kap. „Altlasten / Bodenuntersuchung / Kampfmittel“) werden ergänzt.

Sofern hinsichtlich des Bodenaushubs ein Belassen bzw. ein Wiedereinbau vor Ort aus rechtlicher Sicht möglich ist (z.B. bestehen seitens der unteren Boden-schutzbehörde keine Bedenken), bestehen abfallrechtlich keine Einwände.

Für Boden, der hingegen der externen Entsorgung übergeben werden soll, gilt Folgendes:

Rechtzeitig vor einer Entsorgung des Abfalls (hier ggf. Bodenaushub) ist der geplante Entsorgungsweg (Verwertung oder Beseitigung) mit den dazugehörigen Dokumenten (Analysen nach LAGA M20 inkl. Probenahmeprotokollen; genaue Angaben über Art und Menge der Abfälle) der unteren Abfallentsorgungsbehörde des Kreises Pinneberg vorzulegen.

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<u>Stellungnahme zum B-Plan Nr. 13, 12.08.2022</u>	
Fachdienst Umwelt	
Untere Bodenschutzbehörde	
<p>- <i>Anmerkung Planverfasser: Stellungnahme wortgleich mit Stellungnahmen zur 15. Änderung des Flächennutzungsplans, 12.08.2022, siehe oben -</i></p>	<p>Siehe oben Abwägung zur Stellungnahme zur 15. Änderung des Flächennutzungsplans.</p>
Untere Wasserbehörde - Wasserwirtschaft / Team Wasser	
<p>Gegen die Erstfassung des Bebauungsplans Nr. 13 „Düne“, Verfahrensschritt Scoping § 4 Abs. 1 BauGB, bestehen aus wasserwirtschaftlicher Sicht (untere Wasserbehörde – Team Wasser) <u>keine Bedenken</u>.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>
<p>Hinweis:</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Die Gemeinde Helgoland ist als zuständige Trägerin der Abwasserbeseitigungspflicht zur ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung verpflichtet. Zur Erfüllung dieser Aufgabe bedient sich die Gemeinde Helgoland des Abwasserzweckverbands Südholstein. Anfallendes Abwasser ist diesem anzudienen und unterliegt dem satzungsrechtlich geregelten Anschluss- und Benutzungszwang an die öffentliche Abwasserentsorgung.</p>	
Untere Wasserbehörde - Grundwasser	
<p>- <i>Anmerkung Planverfasser: Stellungnahme wortgleich mit Stellungnahmen zur 15. Änderung des Flächennutzungsplans, 12.08.2022, siehe oben -</i></p>	<p>Siehe Abwägung oben zur Stellungnahme Untere Wasserbehörde - Grundwasser zur 15. Änderung des Flächennutzungsplans.</p>
Untere Naturschutzbehörde	
<p>Stellungnahme aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege: Durch den o.g. Bauleitplan werden die von mir wahrzunehmenden Belange von Natur und Landschaft berührt. Gegen die Darstellungen und Festsetzungen bestehen <u>erhebliche Bedenken</u>.</p>	

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Der B-Plan überplant sowohl Bereiche des FFH-Gebietes 1813-391 „Helgoland mit Helgoländer Felssockel“, des Vogelschutzgebietes 1813-491 „Seevogelschutzgebiet Helgoland“ als auch des Naturschutzgebietes „Helgoländer Felssockel“.</p> <p>Grundlage für die Planung ist ein Freiraumkonzept und ein Bestandsplan der vorhandenen Flächennutzungen, der auch die Biotoptypen aus der landesweiten Erfassung darstellt.</p> <p><u>Bisher unbeachtet sind der Artenschutz und die Auswirkungen der Planungen auf die vorhandenen Schutzgebiete. Es ist zwingend eine FFH-Vorprüfung durchzuführen.</u></p> <p>Alle jetzigen Planungen müssen deshalb vorbehaltlich der Ergebnisse des artenschutzfachlichen und artenschutzrechtlichen Gutachtens und der Verträglichkeit mit dem NATURA 2000 Gebieten gesehen werden.</p> <p>Erst nach Vorlage dieser Gutachten kann eine abschließende Aussage zur Zulässigkeit der Planungen getroffen werden.</p> <p>Die vorliegenden Planungen lassen in mehreren Bereichen bereits jetzt Konflikte mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege erkennen.</p> <p>Inwieweit diese lösbar sind muss sich im weiteren Verfahren zeigen.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Im weiteren Verfahren werden Verträglichkeitsprüfungen zum FFH- und Vogelschutzgebiet sowie eine Artenschutzprüfung erarbeitet.</p>
<p><u>Der B-Plan überplant zahlreiche Flächen, die im rechtskräftigen B-Plan 8 als Maßnahmenflächen festgesetzt wurden. Diese Maßnahmenflächen dienen der naturschutzrechtlichen Kompensation, für die mit den Planungen des B-Plan 8 verbundenen Eingriffe. Die Gemeinde hat den B-Plan 8 nicht vollständig umgesetzt, insbesondere wurden zahlreiche Maßnahmen in den Ausgleichsflächen nicht realisiert, sodass auch 24 Jahre nach Beschluss des B-Plans durch die Gemeinde, viele Flächen nicht das im B-Plan dargestellte Entwicklungsziel erreichen konnten.</u></p> <p>In Anlage 4.1 werden die Eingriffe und die sich daraus ergebenden Ausgleichsverpflichtungen bilanziert. Für Eingriffe in Maßnahmenflächen wird pauschal eine Kompensation von 1:2 vorgesehen, dass entspricht der Erlasslage. <u>Diese Ausgleichsverpflichtung wird dann halbiert, wenn das überplante Biotop nicht den Festsetzungen des B-Plan 8 entspricht.</u></p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Die Maßnahmenflächen wurden in der Bilanzierung berücksichtigt. Die Maßnahmenflächen werden in vollem Umfang berechnet, ohne den heutigen Zustand wertmindernd zu berücksichtigen.</p> <p>Nach dem Runderlass („Verhältnis der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung“, Kapitel 2.8) können Eingriffe in Ausgleichsflächen zulässig sein, müssen dann aber erneut ausgeglichen werden.</p> <p>Die Ausgleichsbilanzierung wird angepasst.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

Dieses Vorgehen ist aus naturschutzrechtlicher Sicht unzulässig, da die Gemeinde den Ausgleichsbedarf reduziert für die Bereiche in denen sie ihren Ausgleichsverpflichtungen über Jahre nicht nachgekommen ist.

Die Ausgleichsbilanzierung ist anzupassen.

Sondergebiet Bungalowdorf

Die Darstellung zwischen dem Bestandsplan, der Satzung und dem tatsächlichen Bestand weichen voneinander ab. Die Satzung sollte hier den tatsächlichen Gebäudebestand darstellen, um Missverständnisse zu vermeiden.

Für das Sondergebiet wird in der Anlage 4.1 eine Größe von 23.690 m² angegeben. Dies entspricht den beiden Flurstücken, die bereits derzeit für das Bungalowdorf genutzt werden.

Das Bungalowdorf ist von einem Erdwall/ Sichtschutzwall umgeben. Gemäß den Festsetzungen des B-Plan Nr. 8 sollte dieser teilweise mit Gehölzen bepflanzt werden, bzw. die vorhandenen Gehölze sollten erhalten bleiben. Ein Gehölzbestand findet sich nur in den Bereichen, in denen der Bestand erhalten werden sollte.

Die jetzige Planung sieht in Verlängerung des nordöstlichen Wendehammers eine Durchwegung des Walls in das angrenzende FFH-Gebiet vor.

Aus naturschutzfachlicher Sicht handelt es sich hierbei um einen vermeidbaren Eingriff, da sich ca. 50 m weiter bereits ein Zugang befindet.

Der Stellungnahme wird auf folgende Weise gefolgt:

Die Darstellungen der Gebäude im neuen Bungalowdorf im Bestandsplan und im Konzeptplan sind identisch und entsprechen dem Bestand.

In der dem Bebauungsplan zu Grunde liegende amtlichen Plangrundlage (ALKIS) sind die Gebäude (noch) nicht vollständig aufgenommen worden. Die amtliche Plangrundlage darf von Seiten des Bebauungsplanverfassers nicht einfach verändert werden.

Zum besseren Verständnis werden in der Planzeichnung die fehlenden Gebäude im Sondergebiet Bungalowdorf als Darstellung ohne Normcharakter „Gebäude (Ferienbungalow) vorhanden –nicht eingemessen“ ergänzt.

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Der geplante Zugang in Verlängerung des Wendehammers entfällt, der Wall wird durchgängig festgesetzt.

Die Planzeichnung zur Änderung des Flächennutzungsplans und zum Bebauungsplan werden geändert.



Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>Sondergebiet Ferienhäuser</u></p> <p>Die Darstellung der schon seit einigen Jahren nicht mehr vorhandenen Bungalows im Bereich der ehemaligen Bungalowsiedlung im Norden der Düne ist irreführend und unnötig.</p>	<p>Der Stellungnahme wird auf folgende Weise gefolgt:</p> <p>Die Darstellungen der Gebäude der bereits beseitigten ehemaligen Bungalows befinden sich (noch) in der amtlichen Plangrundlage (ALKIS), die von Seiten des Bebauungsplanverfassers nicht einfach verändert werden darf. Im Bebauungsplan sind diese als Darstellung ohne Normcharakter „Gebäude (Ferienbungalow) nicht mehr vorhanden“ als gestrichelte Umgrenzung gekennzeichnet.</p>
<p>Die GRZ wird in der Plandarstellung mit 0,15 angegeben in der Begründung (Seite 22) wird sie mit 0,1 angegeben.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Die Angabe der GRZ von 0,1 für das SO-FH (Ferienhäuser) wird in der Planzeichnung korrigiert.</p>
<p>Da die Ferienhäuser in einem Bereich geplant sind, der im rechtskräftigen B-Plan größtenteils als Maßnahmenfläche und öffentliche Grünfläche festgesetzt wurde, <u>sind die durch die Überplanung vorbereiteten Eingriffe in Natur und Landschaft auszugleichen.</u></p> <p>In Anlage 4.1. wird für den Biotoptyp RHg „Rudrale Grasflur“ der Ausgleichsfaktor 0,5 gewählt. Dies entspricht nicht dem naturschutzfachlichen Wert der Fläche. Ruderale Grasfluren sind auf der Helgoländer Düne von besonderer Bedeutung für den Naturschutz, sie haben sowohl für zahlreiche Brutvögel, als auch für Insekten einen hohen Wert. <u>Der Ausgleichsfaktor ist deshalb auf 1,0 zu setzen.</u></p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Die Bilanzierung wird angepasst.</p>
<p>Die Festsetzung, dass in dem Gebiet (zusätzlich) <u>zu den geplanten Ferienhäusern auch Zelte aufgestellt</u> werden können wird in der Begründung nicht dargelegt. Aus der Festsetzung geht auch nicht hervor, in welchen Bereichen das geplant ist oder ob das im gesamten Sondergebiet möglich sein soll.</p>	<p>Der Stellungnahme wird auf folgende Weise gefolgt:</p> <p>Es ist das Planungsziel der Gemeinde im gesamten Sondergebiet „Ferienhäuser“ auch die Aufstellung von Zelten zu ermöglichen. Damit soll eine höhere Flexibilität der Nutzung der Fläche gewährleistet werden und die Aufstellung von Zelten nicht ausschließlich auf die Flächen des angrenzenden Zeltplatzes beschränkt werden.</p> <p>Die Aufstellung von Zelten innerhalb des Sondergebietes „Ferienhäuser“ ist als alternative Option zu sehen. Der naturschutzfachliche Eingriff wird dadurch nicht erhöht, da entweder Ferienhäuser oder Zelte entstehen. Es</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>Sondergebiet Dünenbetrieb</u> Das Sondergebiet wurde <u>räumlich bis unmittelbar an die FFH-Gebietsgrenze erweitert.</u></p>	<p>ist nicht zu befürchten, dass um die Ferienhäuser herum zusätzlich noch Zelte entstehen. Das Konzept für die Ferienhäuser sieht die Aufstellung innerhalb der Mulden mit ausreichenden Abständen untereinander vor, um ein individuelles und naturnahes Übernachtungserlebnis zu schaffen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es ist das Planungsziel der Gemeinde, im Bereich des Anlegers bis zur nördlichen Begrenzung des Hafenbeckens, für den Betrieb der Düne und als Ankunftsgebiet für Besucher der Düne zusätzlich nutzbare Flächen zu erhalten (Beschlussfassung der Gemeindevertretung am 23. März 2022). Ein Frachtumschlag direkt an der Kaikante und eine landseitige Lagerung ist für einen optimierten Betriebsablauf am Dünenhafen erforderlich und soll planungsrechtlich ermöglicht werden. Neben dem "normalen" Frachtverkehr sind auch an größere Baumaßnahmen und notwendige Küstenschutzarbeiten zu ermöglichen. Für erforderliche Küstenschutz- und Sicherungsmaßnahmen sind Transporte auch mit Frachtschiffen erforderlich. Für die Verladung sind entsprechende Flächen vorzuhalten.</p>
<p>Die Erweiterung erstreckt sich auf eine Fläche, die im B-Plan 8 als Maßnahmenfläche festgesetzt ist. <u>Auch hier wird in Anlage 4.1 der erforderliche Ausgleichsfaktor von 1:2 bei der Inanspruchnahme von Ausgleichsflächen für bauliche Anlagen durch den Korrekturfaktor Bestand um 50 % reduziert.</u> Auch in diesem Bereich ist das aus naturschutzfachlicher Sicht nicht nachvollziehbar und naturschutzrechtlich nicht zulässig.</p> <p>Die im B-Plan 8 geplante Konzentration aller für den Dünenbetrieb erforderlichen Anlagen in einen Bereich wird von der Gemeinde nicht mehr verfolgt. Die Aufteilung auf zwei Standorte (SO-D und SO-L) führt zu mehr Störungen und Flächenversiegelung. <u>Aus naturschutzfachlicher Sicht wird das Konzept mit zwei Standorten deshalb sehr kritisch gesehen.</u></p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt</p> <p>Die Bilanzierung wird angepasst.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Die Festsetzungen für das SO-D sehen Räume und <u>Anlagen für kulturelle und sportliche Zwecke</u> vor. Bisher beschränkte sich die Nutzung auf soziale und gesundheitliche Zwecke. Es ist zu befürchten, dass hiermit neben der touristischen Nutzung der Düne und der Nutzung als Naherholungsgebiet auch die Nutzung der Düne als „Eventlocation“ etabliert werden soll.</p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Es sollen neben Räumen und Anlagen für soziale und gesundheitliche auch Räume und Anlagen für kulturelle und sportliche Zwecke zulässig sein (Beschlussfassung der Gemeindevertretung am 23. März 2022), um neben z.B. Sozial- und Sanitärräumen für die Mitarbeiter der Dünencrew oder des Hafens auch Räume für Ausstellungen, Dokumentationen und besonderer Aktionen für Besucher und Gäste der Düne zu ermöglichen. Mit der Festsetzung wird eine größere Flexibilität in der Nutzung ermöglicht.</p> <p>Die Flächen dafür sind beschränkt. Die Etablierung einer dauerhaften und übermäßigen Nutzung der Düne als „Eventlocation“ ist nicht im Sinne der geschützten oder schützenswerten Elemente auf der Düne und wird von der Gemeinde nicht verfolgt. Die Anlage von Vergnügungsstätten oder gastronomischen Einrichtungen ist hier nicht zulässig.</p> <p>Eine auf wenige Tage im Jahr beschränkte Nutzung (z.B. Rock’n’Roll Butterfahrt) soll auch weiterhin möglich sein.</p>
<p><u>Sondergebiet Dünenrestaurant</u></p> <p>Der Standort des Dünenrestaurants soll planungsrechtlich gesichert werden. Im B-Plan 8 war es <u>Planungsziel</u> das Restaurant an den Dünenhafen zu verlegen und dann max. <u>200 Sitzplätze</u> zu schaffen. Dies <u>stellt eine deutliche Erhöhung zu den vorhandenen Kapazitäten dar</u>.</p> <p>In der Begründung zum B-Plan (Seite 18) wird dargelegt, dass mit der Festsetzung des Sondergebietes die planungsrechtliche Grundlage für die Bestandssituation und die Möglichkeit der Modernisierung geschaffen werden soll.</p> <p>Diesem Planungsziel (Erhalt der Bestandsituation und Möglichkeit der Modernisierung) widerspricht die Festsetzung im B-Plan von bis 200 Sitzplätzen, da damit nicht nur der Bestand gesichert würde, sondern die Kapazität verdoppelt würde. <u>Die Festsetzung für ein Dünenrestaurant an diesem Standort sollte deshalb auf max. 100 Sitzplätze reduziert werden</u>.</p>	<p>Der Stellungnahme wird auf folgende Weise gefolgt:</p> <p>Die Benennung einer konkreten Anzahl an Sitzplätzen im Sondergebiet „Dünenrestaurant“ (SO-R) wird gestrichen. Die Fläche des Sondergebietes wird eng begrenzt festgesetzt und dient der Bestandssicherung am bestehenden Standort. Bei der in der Stellungnahme zu Grunde gelegten Anzahl der Sitzplätze des Dünenrestaurants im Bestand (100) handelt es sich offensichtlich um eine Annahme. Das Dünenrestaurant verfügt im Bestand über insgesamt ca. 200 im Innen- und Außenbereich am vorhandenen Standort. Eine Erweiterung der vorhandenen Kapazitäten ist nicht geplant und ist aufgrund der eingeschränkten Flächengröße, die den vorhandenen Gebäudebestand einschließlich Terrasse berücksichtigt, auch nicht möglich. Auf eine Festsetzung zur konkreten Sitzplatzanzahl kann daher verzichtet werden.</p> <p>Die textliche Festsetzung Nr. 1.4 wird wie folgt geändert:</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Auch die Festsetzung, dass Wohnungen und Wohnräume, die dem Sondergebiet zugeordnet sind ausnahmsweise zulässig sind, geht weit über eine Bestandssicherung hinaus.</p> <p><u>Aus naturschutzfachlicher Sicht wird die Schaffung von Wohnungen und Wohnräumen in diesem Bereich der Düne abgelehnt.</u> Die dauernde Anwesenheit von Menschen auch über die normalen Betriebszeiten hinaus, führen zu weiteren Störungen in Bereichen und in Zeiten die derzeit „störungsarm“ sind.</p>	<p><i>„1.4 Das Sondergebiet „Dünenrestaurant“ dient der Unterbringung eines gastronomischen Betriebes und der für den Badebetrieb am Südstrand notwendigen Anlagen.</i></p> <p><i>Zulässig sind</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <i>- Eine Schank- und Speisewirtschaft mit max. 200 Sitzplätzen sowie</i> <i>- sanitäre Anlagen und sonstige Anlagen und Einrichtungen für den Bedarf der Gäste auf der Düne. (...)“</i> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Eine Übernachtungsmöglichkeit, die beschränkt ist für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, soll im Bereich des Dünenrestaurants am bestehenden Standort auch ausnahmsweise weiterhin zugelassen werden können. Eine solche Festsetzung für Wohnungen, die ausnahmsweise zugelassen werden können, ist auch im bestehenden Bebauungsplan Nr. 8 von 1998 sowie in dessen 2. Änderung für den verlegten Standort des Dünenrestaurants enthalten.</p> <p>Da es sich lediglich um einen Betrieb handelt, wäre die mögliche Anzahl der Wohnungen gering. Von einer erheblichen Störung der benachbarten geschützten Dünenbereiche ist daher nicht auszugehen.</p> <p>Im Übrigen ist das Übernachten und Wohnen auf der Düne nur zulässig, wenn sich mindestens 1 Arzt und 4 Feuerwehrleute (Atemschutzträger) auf der Düne aufhalten. Grund dafür sind die zu langen Rettungszeiten von der Hauptinsel aus. Dieser Aufwand wird nur in der Saison betrieben. Campingplatz und Bungalowdorf schließen in der Regel Ende Oktober. Die Bungalows werden ab 1. April wieder vermietet, der Campingplatz öffnet etwa Anfang Mai. Das Dünen- und das Flughafenrestaurant haben auch im Winter tagsüber auf, weil sich wegen der Robben viele Urlauber auf der Düne aufhalten. Das Personal kommt morgens mit der ersten Fähre gegen 7 Uhr und fährt im Winter mit der letzten Fähre gegen 16 Uhr zurück.</p> <p>Um dennoch die konkrete Anzahl an Wohnungen für die o.g. Nutzer im Bebauungsplan zu regeln, wird die Anzahl der Wohnungen, die im Bereich</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Auch für dieses Sondergebiet werden Flächen in Anspruch genommen die im rechtskräftigen B-Plan als Maßnahmenflächen für Natur und Landschaft festgesetzt wurden. <u>Auch hier wird in Anlage 4.1 der erforderliche Ausgleichsfaktor von 1:2 bei der Inanspruchnahme von Ausgleichsflächen für bauliche Anlagen durch den Korrekturfaktor Bestand um 50 % reduziert.</u> Auch in diesem Bereich ist das naturschutzrechtlich nicht zulässig.</p>	<p>des Dünenrestaurants ausnahmsweise zugelassen werden können, auf 1 beschränkt.</p> <p>Die textliche Festsetzung Nr. 1.4 für das Sondergebiet „Dünenrestaurant“ wird wie folgt geändert: „(...) <i>Ausnahmsweise können zugelassen werden:</i> <u>Eine Wohnung für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Sondergebiet "Dünenrestaurant" zugeordnet ist und den sonstigen baulichen Anlagen gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet ist.</u>“</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Bilanzierung wird angepasst.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>Sondergebiet Lagerhallen</u> <u>Das Sondergebiet Lagerhallen ist so zu planen das weder Flächen des FFH-Gebietes noch gesetzlich geschützte Biotope hierfür in Anspruch genommen werden.</u> Die erforderliche <u>Befreiung vom gesetzlichen Biotopschutz kann nicht in Aussicht</u> gestellt werden.</p> <p>Auch für dieses Sondergebiet werden Flächen in Anspruch genommen die im rechtskräftigen B-Plan als Maßnahmenflächen für Natur und Landschaft festgesetzt wurden. <u>Auch hier wird in Anlage 4.1 der erforderliche Ausgleichsfaktor von 1:2 bei der Inanspruchnahme von Ausgleichsflächen für bauliche Anlagen durch den Korrekturfaktor Bestand um 50 % reduziert.</u> Auch in diesem Bereich ist das naturschutzrechtlich nicht zulässig.</p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Das Sondergebiet „Lager Dünenbetrieb / Betriebshof“ (SO-L) überschreitet im Norden und Osten zu einem kleinen Teil die Grenze des FFH-Schutzgebietes. Die Abgrenzung des FFH-Gebietes entspricht an dieser Stelle nicht dem Bestand. Die betroffenen Flächen waren immer Teil des Lagerplatzes, was auch in älteren Luftbildaufnahmen zu erkennen ist. Die Erheblichkeit der Beeinträchtigung der Inanspruchnahme wird in der FFH-Verträglichkeitsprüfung beurteilt. Für die im westlichen Teil des Sondergebietes vorgesehene Erweiterungsfläche und die Neuordnung des befahrbaren Weges bzw. der Zuwegung zum Südstrand außerhalb des Betriebshofes ist die kleinflächige Beseitigung von gesetzlich geschützten Biotopflächen (Düne mit Sanddorn bzw. Kartoffelrose) erforderlich. Eine Ausnahme- bzw. Befreiungslage ist hier der Sache nach gegeben. Es werden nur in geringfügigem Umfang Biotopflächen beseitigt. Im Gegenzug wird die Gesamtfläche des Sondergebiets Dünenbetrieb (SO-D) im Bereich des Hafens um ca. 3.300 m² zugunsten öffentlicher Grünflächen verkleinert. Insbesondere ist durch die Maßnahme M5 ein Ausgleich vorgesehen. Durch diese Maßnahme wird die Dünenentwicklung und die weitere Vegetationsentwicklung auf einer deutlich größeren Fläche im Westen der Düne der natürlichen Sukzession überlassen.</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Bilanzierung wird angepasst. Nach Runderlass („Verhältnis der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung“, Kapitel 2.8) können Eingriffe in Ausgleichsflächen zulässig sein, müssen dann aber erneut ausgeglichen werden.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>Sondergebiet Luftverkehr</u></p> <p>Auch für dieses Sondergebiet werden Flächen in Anspruch genommen die im rechtskräftigen B-Plan als Maßnahmenflächen für Natur und Landschaft festgesetzt wurden. <u>Auch hier wird in Anlage 4.1 der erforderliche Ausgleichsfaktor von 1:2 bei der Inanspruchnahme von Ausgleichsflächen für bauliche Anlagen durch den Korrekturfaktor Bestand um 50 % reduziert.</u> Auch in diesem Bereich ist das naturschutzrechtlich nicht zulässig.</p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Bei der Festsetzung des Sondergebietes „Luftverkehr“ (SO-LV) handelt es sich um eine reine Bestandsfestsetzung der Anlage für UKW-Flugfunkfeuer auf einem eigenen Flurstück. Die Anlage war auch zum Zeitpunkt der Aufstellung des bestehenden Bebauungsplans Nr. 8 bereits vorhanden. Hierin ist die Anlage ebenfalls dargestellt, wurde jedoch nicht flächenhaft (als Sondergebiet) festgesetzt, sondern nur als Symbol im Bestand gekennzeichnet. Obwohl die Anlage sich im Bebauungsplan Nr. 8 innerhalb einer festgesetzten Maßnahmenfläche befindet, war eine Wegnahme der Anlage nie geplant oder beabsichtigt. Durch die nun getroffene Festsetzung als Sondergebiet wird kein neuer Eingriff vorbereitet. Erhebliche Beeinträchtigungen des FFH-Gebietes sind durch die Bestandsfestsetzungen nicht zu erwarten.</p> <p>Die Bilanzierung wird in diesem Sinne angepasst.</p>
<p><u>Grünfläche Strand</u></p> <p>Die öffentlichen Grünflächen am Strand wurden im Vergleich zum derzeit gültigen B-Plan Nr. 8 deutlich verändert.</p> <p>Für die Strandflächen 1 und 2 wird die Festsetzung getroffen, dass das <u>Aufstellen von Strandkörben</u> zulässig ist.</p> <p>Für den <u>Bereich des Südstrands</u> wird diese Festsetzung aus naturschutzfachlichen Gründen abgelegt. Die neue öffentliche Grünfläche Südstrand erstreckt sich wesentlich weiter, als die bisherige nach Norden. Sie grenzt hier unmittelbar an mehrere kleinflächige Strandhafer-Weißdünen an, die dem gesetzlichen Biotopschutz unterliegen. Die geplante Intensivierung der Strandnutzung um diese Biotope herum führt dazu, dass sich diese Biotope auch weiterhin räumlich nicht ausdehnen können und verhindert so eine für Dünenlandschaften typische Dynamik.</p> <p>Für die beiden im <u>Norden</u> gelegenen Strandabschnitte wird festgesetzt, dass der <u>Ausübung des Wassersports</u> dienen. Bisher war dafür nur der Strandbereich 3</p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Die Abgrenzung folgt der heutigen Nutzung in diesem Bereich. Große Flächen im Westen und Osten wurden als öffentliche Grünfläche zurückgenommen, um die Nutzung einzugrenzen.</p> <p>Die Nutzungsintensität durch die Aufstellung von Strandkörben in den kleinteiligen nördlichen Strandausbuchtungen am Südstrand ist gering und stört die Dünenentwicklung nicht nachhaltig. Die Strandkorbaufstellung ist zudem zeitlich begrenzt auf die Sommerwochen.</p> <p>Der Stellungnahme wird auf folgende Weise gefolgt:</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>vorgesehen. <u>Die Ausweitung des Wassersportbereichs auf beide nördliche Strandabschnitte wird aus naturschutzfachlicher Sicht kritisch bewertet.</u> Die vorhandene Trennung hat sich in den letzten Jahren bewährt und sollte beibehalten werden.</p> <p>Beide Strandabschnitte liegen im FFH-Gebiet und teilweise im Vogelschutzgebiet und im Naturschutzgebiet. Eine Nutzungsintensivierung und Nutzungsänderung darf hier deshalb nicht den Schutz- und Entwicklungszielen der naturschutzrechtlichen Schutzgebiete entgegenwirken.</p>	<p>Die Erheblichkeit der Beeinträchtigung der Wassersportnutzung wird in der FFH-Verträglichkeitsprüfung beurteilt.</p>
<p>Das von der Gemeinde in der <u>Festsetzung 1.11. dargelegte Recht, dass Strände und Gewässer im Rahmen des Gemeingebrauchs von jedermann betreten und genutzt werden können, kann aufgrund anderer rechtlicher Normen eingeschränkt sein.</u></p> <p>Auf die Festsetzung sollte verzichtet werden, sie regelt auch keinen städtebaulichen oder planungsrechtlichen Belang und ist somit verzichtbar.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Die textliche Festsetzung Nr. 1.11 („<i>Strände und Gewässer können im Rahmen des Gemeingebrauchs von jedermann betreten und genutzt werden</i>“) wird gestrichen und neu als Hinweis (Nr. 4.12) aufgenommen mit folgendem Zusatz:</p> <p><i>„Das Recht kann aufgrund anderer rechtlicher Normen eingeschränkt sein.“</i></p>
<p><u>Grünflächen Zeltplatz</u></p> <p>Der sogenannte Gruppenzeltplatz, der derzeit auch von Einzelurlaubern genutzt wird, liegt im FFH-Gebiet. Im Rahmen der Vorbesprechungen zur weiteren Nutzung dieses Bereichs wurde vereinbart, dass die <u>Nutzung auf Gruppen mit Bildungsinteresse im Bereich Natur und Umwelt und Nachhaltigkeit begrenzt</u> wird. Die Gemeinde wollte hierzu ein Betriebskonzept entwickeln.</p> <p>Zu diesem zwischen dem LLUR, der UNB und der Gemeinde gefundenen Kompromiss finden sich keine Festsetzungen im B-Plan. Entsprechende Festsetzungen sind zu ergänzen. Die Begründung ist entsprechend zu überarbeiten.</p>	<p>Der Stellungnahmen wird auf folgende Weise gefolgt:</p> <p>Der südliche Teil des Zeltplatzes wird für die Nutzung als Gruppenzeltplatz entsprechend festgesetzt.</p> <p>Ziel der Gemeinde ist es, die Nutzung auf Jugend-, Sport- oder andere Gruppen, die ein Bildungsinteresse im Bereich Umwelt, Natur und Nachhaltigkeit nachweisen können, zu begrenzen.</p> <p>Die Zweckbestimmung wird genauer definiert und geändert in <i>„Gruppenzeltplatz für Bildung im Bereich Umwelt, Natur und Nachhaltigkeit“</i>.</p> <p>Der Zeltplatz befindet sich im Eigentum der Gemeinde, die dafür Sorge tragen wird, dass die Nutzung des Gruppenzeltplatzes entsprechend der Zweckbestimmung erfolgt. Der Gruppenzeltplatz befindet sich zwar innerhalb des FFH-Gebiets, eine erhebliche Beeinträchtigung kann aber ausgeschlossen werden, da weder FFH-Lebensraumtypen noch andere Erhaltungsziel betroffen sind.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>Grünflächen Grillplatz</u></p> <p>Die Verlagerung des Grillplatzes vom sogenannten „Grillteich“ in die unmittelbare Nähe zu den Ferienhäusern wird aus naturschutzfachlicher Sicht begrüßt. <u>Der geplante Standort südwestlich der Ferienhaussiedlung ist aber hinsichtlich des Artenschutzes im weiteren Verfahren zwingend zu überprüfen.</u></p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Im weiteren Verfahren wird eine Artenschutzprüfung erarbeitet.</p>
<p>Der Standort im Bereich der Maßnahmenfläche wird aus naturschutzfachlicher und naturschutzrechtlicher Sicht abgelehnt. <u>Es ist nicht erkennbar, weshalb zwei neue Grillplätze geplant sind.</u></p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Der zusätzliche Grillplatz östlich des Sondergebietes „Ferienhäuser“ (SO-FH) wird gestrichen.</p>
<p><u>Maßnahmenflächen</u></p> <p>Grundsätzlich gilt, dass für Ausgleichsmaßnahmen nur Flächen in Anspruch genommen werden, die sich für diesen Zweck objektiv eignen. Damit kommen nur solche Flächen in Betracht, die aufwertungsbedürftig und –fähig sind. Die Flächen müssen in einen Zustand versetzt werden können, der sich im Vergleich mit dem früheren als ökologisch höherwertig einstufen lässt.</p> <p><u>Die festgesetzten Maßnahmen müssen bei prognostischer Betrachtung geeignet sein, die Flächen tatsächlich aufzuwerten;</u> davon geht auch § 15 (2) Satz 2 BNatSchG aus. Zudem muss der durch die Ausgleichsmaßnahme geschaffene höherwertige Zustand im Grundsatz auf Dauer gewährleistet werden können.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>Maßnahmenflächen M 3</u></p> <p>Für diese Flächen wird festgesetzt, dass die vegetationsfreien Flächen aus Gründen des Erosionsschutzes <u>flächig mit Dünengras bepflanzt werden</u>. Dünen sind dynamisch Lebensräume eine <u>flächige Bepflanzung aller Maßnahmenflächen wird deshalb aus naturschutzfachlicher Sicht nicht befürwortet</u>. In Teilen sollten dynamische Prozesse, die auch mit Erosion verbunden sein können, zu gelassen werden. Die Bepflanzung sollte streifenweise erfolgen. Teile der Flächen sollten sich spontan entwickeln können.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Die textliche Festsetzung zur Maßnahmenflächen M 3 wird geändert und lautet nunmehr:</p> <p><i>„Innerhalb der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft mit der Bezeichnung M 3, sind nach Aufgabe der Vornutzung die vegetationsfreien Flächen <u>streifenweise zu maximal 50 % zur Vermeidung von Erosion mit Dünengräsern zu bepflanzen. Die Pflanzung der Dünengräser ist in der Zeit in den Wintermonaten durchzuführen</u>. Artenvorschläge Gräser: Gewöhnlicher Strandhafer (<i>Ammophila arenaria</i>) und Strandroggen (<i>Leymus arenarius</i>).“</i></p> <p>Der Zeitpunkt Dünengraspflanzung garantiert ein Anwachsen der Pflanzung, da im Frühjahr und Sommer die Gräser wegen Wasserarmut vertrocknen können.</p>
<p>Ebenfalls sollte in Teilen der Maßnahmenflächen die <u>Ausbreitung von <i>Rosa rugosa</i> verhindert</u> werden und es sollte in einzelnen Bereichen <i>Rosa rugosa</i> zurückgedrängt werden.</p> <p>Hierzu sollte ein <u>Pflegekonzept</u> erstellt werden</p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Die Zurückdrängung der Kartoffelrose (<i>Rosa rugosa</i>) zum Schutz des lebensraumtypischen Charakters der Dünen wird bereits in einem Pflegekonzept im FFH-Managementplan beschrieben. Die Zuständigkeit der Umsetzung der Maßnahmen liegt bei der Unteren Naturschutzbehörde (Kreis Pinneberg) bzw. Oberen Naturschutzbehörde (Land Schleswig-Holstein), wobei die Kosten durch öffentliche Mittel (u.a. Fördergelder) finanziert werden. Pflegemaßnahmen von anderer Stelle werden im Rahmen des Bebauungsplans daher nicht als Festsetzung formuliert und auch nicht als ökologische Aufwertung angerechnet.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>Maßnahmenflächen M 4</u></p> <p>Um eine „natürliche“ Sukzession auf den derzeit teilweise vollversiegelten Flächen zu ermöglichen, ist der <u>Rückbau der versiegelten Flächen zwingend</u> erforderlich.</p> <p>Die Bepflanzung zu den Wegen, die erhalten bleiben kann von den derzeit geplanten 5 m reduziert werden.</p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Eine Dünenentwicklung ist auch durch Übersandung im Bereich gebrochener Versiegelungsflächen möglich. Dies ist auch auf Teilen der alten Landebahn auf der Düne erfolgt.</p>
<p><u>Ein 3 m breiter Gehölzstreifen scheint hier ausreichend.</u> Aus naturschutzfachlicher Sicht sind die freien und offenen Flächen auf der Helgoländer Düne besonders wertvoll. Neupflanzungen von Gehölzen sollten deshalb auf ein Mindestmaß beschränkt werden.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Die Reduzierung der Breite der Gehölzpflanzung wird übernommen. Durch die Anpflanzung soll eine Abgrenzung zum bestehenden Weg entstehen und ein Betreten der aufzugebenden Zuwegung zum Teich verhindert werden.</p> <p>Die textliche Festsetzung zur Maßnahmenflächen M 4 lautet nunmehr:</p> <p><i>„1.15 Innerhalb der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft mit der Bezeichnung M4, sind die derzeitige Nutzungen aufzugeben. Zu dem bestehenden, verbleibenden Weg hin ist <u>ein 3 m breiter Streifen</u> aus Sanddorn zu pflanzen. Die weitere Vegetationsentwicklung wird der natürlichen Sukzession überlassen.“</i></p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>Maßnahmenflächen M 7</u></p> <p>Die <u>Beschränkung, dass der angespülte Seetang nur in den Wintermonaten von November bis Februar am Strand zu belassen ist, kann aus naturschutzfachlicher Sicht nicht nachvollzogen werden.</u></p> <p>Die Seetang Anspülungen stellen wichtige Nahrungsflächen für zahlreiche Vögel dar. Das Wegräumen des Seetangs führt zu einer Beunruhigung der Robben. Im Bereich des Naturschutzgebietes „Helgoländer Felssockel“ (VO vom 24.4.1981) ist es gemäß § 4 (1) Nr.1 NSG VO verboten, Pflanzenteile zu entnehmen.</p> <p>Für die <u>Abfuhr des Seetangs sollte ein abgestimmtes Konzept</u> entwickelt werden, dass dann den naturschutzrechtlichen Vorgaben gerecht wird.</p>	<p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Die Beschränkung, dass der angespülte Seetang nur in den Wintermonaten von November bis Februar zu belassen ist, wird gestrichen und die textliche Festsetzung wie folgt geändert:</p> <p><i>„1.19 (neu 1.18) Innerhalb der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft mit der Bezeichnung M7 ist zur Entwicklung von Primärdünen der angespülte Seetang im Bereich Oststrand ganzjährig zu belassen. In den übrigen Bereichen ist eine Entfernung des Seetangs nur zulässig, sofern eine Störung der Robben ausgeschlossen ist. Das Aufstellen von Strandkörben ist zu keiner Zeit zuge-lassen.“</i></p>
<p><u>Maßnahmenflächen M 8</u></p> <p>Im B-Plan 8 war neben den nun genannten Maßnahmen auch die <u>Entnahme der nicht heimischen Schildkröten und Fische geplant.</u> Inwieweit diese Maßnahme sinnvoll oder auch erforderlich ist muss im Rahmen des Artenschutzfachbeitrages abgearbeitet werden.</p> <p>Darüber hinaus war die <u>Einzäunung des Teiches</u> vorgesehen. Auch hierzu muss der artenschutzfachliche Beitrag Aussagen treffen.</p> <p>Derzeit führt die Fütterung der Fische und Schildkröten zu einer Eutrophierung des Teichs.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Im weiteren Verfahren wird zwar eine Artenschutzprüfung erarbeitet, der Sachverhalt hat aber keinen Einfluss auf die Beurteilung, da sowohl die Fische als auch die nicht heimischen Schildkröten nicht den Verboten nach § 44 BNatSchG unterliegen.</p> <p>Insgesamt wird eine Verbesserung für den Teich erreicht, durch Verlagerung des Grillplatzes und Aufhebung der Zuwegung.</p>
<p>Darüber hinaus weise ich auf folgendes hin:</p> <p>Um Vogelschlag insbesondere bei großflächigen Verglasungen an Gebäuden zu minimieren, sollte darauf geachtet werden, dass <u>keine für Vögel gefährlichen Durchsicht-Situationen entstehen, zum Beispiel bei verglasten Hausecken.</u></p> <p>Außerdem müssen Spiegelungen vermieden werden, indem reflexionsarmes Glas verwendet wird sowie keine größeren Spiegelglasflächen entstehen.</p> <p>Dies ist <u>insbesondere bei der Planung für das Dünenrestaurant</u> zu beachten.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Es wird folgende textliche Festsetzung in den Bebauungsplan aufgenommen:</p> <p><i>„1.21 Zur Vermeidung des Vogelschlags sind zusammenhängende Glasflächen einschließlich spiegelnder Fassadenelemente, transparenter Windschutzelemente, freistehender Glaswände, transparenter Durchgänge, Übereckverglasungen und Scheiben mit stark reflektierender Beschichtung (> 30 % Außenreflexionsgrad) durch geeignete Maßnahmen (zum Beispiel mehrschichtiger Fassadenaufbau, Gliederung der Fassade, Aufbringung</i></p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Mit dem Gesetz zum Schutz der Insektenvielfalt in Deutschland vom 18.08.2021 wurde im BNatSchG der § 41a (Schutz von Tieren und Pflanzen vor nachteiligen Auswirkungen von Beleuchtungen) eingefügt. Diese Änderung trat am 1.3.2022 in Kraft. Nach § 41 a BNatSchG sind <i>„neu zu errichtende Beleuchtungen an Straßen und Wegen, Außenbeleuchtungen baulicher Anlagen und Grundstücke sowie beleuchtete oder lichtemittierende Werbeanlagen technisch und konstruktiv so anzubringen, mit Leuchtmitteln zu versehen und so zu betreiben, dass Tiere und Pflanzen wildlebender Arten vor nachteiligen Auswirkungen durch Lichtimmissionen geschützt sind.“</i></p> <p>Im Rahmen des artenschutzfachlichen Gutachtens sind deshalb Aussagen zur Beleuchtung zwingend erforderlich, die über die derzeitigen Hinweise im B-Plan hinausgehen.</p>	<p><i>wirksamer Markierungen, Verwendung transluzenter Gläser und Verwendung von Glasflächen mit einem niedrigem Lichtreflexionsgrad) erkennbar für das Vogelauge zu strukturieren bzw. als Hindernis sichtbar zu machen, wenn der Glasanteil der Fassade größer als 75 % ist oder zusammenhängende Glasflächen mit Glasscheiben von größer 6 m² vorgesehen sind.“</i></p> <p>Der Stellungnahme ist bereits auf folgende Weise gefolgt worden: Es ist bereits eine Festsetzung zur Verwendung insektenfreundliche Leuchtmittel getroffen worden.</p> <p><i>„1.21 (neu 1.20) Bei der Beleuchtung der Außenflächen, mit Ausnahme des Flugplatzes, sind insektenfreundliche Leuchtmitteln (< 3000Kelvin) zu verwenden. Die Leuchten dürfen nur nach unten abstrahlen und die Beleuchtung ist auf ein Mindestmaß, insbesondere außerhalb der Touristensaison, zu reduzieren.“</i></p> <p>Weitergehende Festsetzungen sind nicht erforderlich, da die Beleuchtung im Übrigen durch Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes nun grundsätzlich geregelt ist.</p>
<p>Gesundheitlicher Umweltschutz</p> <p>Ich habe keine Anregungen.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>
<p>Untere Abfallentsorgungsbehörde</p> <p>- Anmerkung Planverfasser: Stellungnahme wortgleich mit Stellungnahmen zur 15. Änderung des Flächennutzungsplans, 12.08.2022, siehe oben -.</p>	<p>Siehe Abwägung oben zur Stellungnahme der Unteren Abfallentsorgungsbehörde zur 15. Änderung des Flächennutzungsplans.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>Stellungnahme zum B-Plan Nr. 13 und zur 15. Änderung des Flächennutzungsplans, 27.07.2022</u></p> <p>Fachdienst Planen und Bauen</p> <p>Brandschutz</p> <p>Ich habe folgende Anregungen und Hinweise:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Bebauungsplan bzw. die Begründung zum Bebauungsplan enthält keine Angaben zur Löschwasserversorgung. Die Gemeinde ist für den Löschwasser-Grundsatz zuständig. Für den Grundsatz der jeweiligen Baugebiete ist eine den Vorgaben des Arbeitsblattes W 405 des DVGW entsprechende Löschwasserversorgung sicherzustellen. <u>Ich rege an im B-Plan anzugeben, wie viel Löschwasser aus dem Trinkwassernetz / sonstigen Entnahmestellen / Gerätschaften zur Verfügung steht.</u> Je nach Bauart wird im DVGW Arbeitsblatt W 405 die Gefahr der Brandausbreitung eingestuft und diese ins Verhältnis zum Löschwasserbedarf gebracht. Bei Gebäuden, die aus Pappe und Holz bestehen (SOFH), kann nicht von einer kleinen Gefahr der Brandausbreitung ausgegangen werden. Dies ist also ebenfalls bei der Ermittlung des Löschwasserbedarfs zu berücksichtigen; es wird sich also – vorbehaltlich ggf. vorhandener anderweitiger Nachweise – ein <u>erhöhter Löschwasserbedarf</u> ergeben. 2. <u>Brandschutztechnisch sind die Abstände gemäß § 33 LBO einzuhalten.</u> Hinweis: Je nach Einstufung / Nachweis der Art der Bedachung (weiche / harte Bedachung) sind ggf. besonders große Abstände der geplanten Wickelhäuser untereinander einzuhalten. 3. Bei Gebäuden, die ganz oder mit Teilen mehr als 50 m von einer öffentlichen Verkehrsfläche entfernt sind, sind <u>Zufahrten und Bewegungsflächen für die Feuerwehr</u> gemäß § 5 LBO herzustellen. Die hierfür benötigten Flächen für die Feuerwehr sind nach den Vorgaben der jeweils gültigen Fassung der Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr sowie der DIN 14090 herzustellen. 	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Es ist eine permanente Löschwasserversorgung im Dünendorf mittels Hydrant und Zisterne im Werkstattgebäude mit 200 m³ gewährleistet.</p> <p>Der Flugplatz wird durch Betriebsfeuerwehr mit Tankfahrzeugen gelöscht. Im Rahmen weitere Baugenehmigungen z.B. für die Ferienhäuser (Wickelhäuser) ist ggf. ein 2. Hydrant oder eine Zisterne für die Löschwasserversorgung nachzuweisen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die bauordnungsrechtlichen Anforderungen zum Brandschutz sind einzuhalten. Im Bebauungsplan werden keine konkreten Standorte für die Ferienhäuser (Wickelhäuser) festgesetzt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die bauordnungsrechtlichen Anforderungen zum Brandschutz sind einzuhalten.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Bauaufsicht</p> <p><u>SO-FH (Wickelhäuser)</u></p> <p>1. Die im B-Plan festgesetzte GRZ stimmt nicht mit den Angaben aus der Begründung unter Punkt 4.3 überein.</p> <p>2. Ergibt sich die GRZ aus der maximalen Anzahl der Ferienhäuser (15 St.) und der angegebenen maximalen Grundfläche von 35 m² bezogen auf die unter Punkt 13 in der Begründung angegebenen Fläche? <u>Die angegebenen Zahlen passen nicht zusammen bzw. sind nicht nachvollziehbar, da hier eine derzeit wesentlich größere Grundfläche für die Gebäude herauskommt.</u> Hinweis: Eine Teilung des Flurstücks liegt bisher nicht vor – ohne Teilung kann im Genehmigungsverfahren die Überprüfung der GRZ nicht erfolgen.</p> <p>3. Die Darstellung von Gebäuden in diesem Bereich des B-Planes ist irreführend.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Angabe der GRZ von 0,1 für das Sondergebiet „Ferienhäuser“ (SO-FH) wird in der Planzeichnung korrigiert.</p> <p>Die Stellungnahme wird wie folgt beantwortet: Die GRZ ergibt sich aus der Grundstücksgröße des Baugebietes (SO-FH = 9.645 m²) und die sich durch die maximale Anzahl der Ferienhäuser (15x max. 35 m²= 525 m²) und ergänzenden Servicegebäuden (ca. 200 m²) ergebene Grundfläche. 725 m² sind 7,5 % der Grundfläche des Sondergebietes, dies entspricht einer GRZ von 0,075. Grundflächenzahlen werden üblicherweise nur mit zwei Stellen hinter dem Komma festgesetzt (z.B. 0,05 / 0,1 / 0,15 usw.). In diesem Fall wurde auf 0,1 aufgerundet. Die dadurch entstehende Reserve von ca. 239,5 m² hat keine nachteiligen Auswirkungen und kann z. B. notwendig sein, falls das Sanitärhaus etwas größer als 200 m² Grundfläche ist. Eine Teilung des Flurstückes ist für die Berechnung der GRZ (hinsichtlich Grundstücksgröße) im SO-FH nicht erforderlich. In Bebauungsplänen können auf einem Flurstück unterschiedliche GRZ für Teilflächen festgesetzt werden. Die GRZ bezieht sich dann auf die jeweilige Teilfläche des Grundstückes. Hier bezieht sich die Grundfläche für die GRZ-Berechnung auf das festgesetzte Baugebiet (Sondergebiet).</p> <p>Der Stellungnahme wird auf folgende Weise gefolgt: Die Darstellungen der Gebäude der bereits beseitigten ehemaligen Bungalows befinden sich (noch) in der amtlichen Plangrundlage (ALKIS), die nicht einfach von Seiten des Bebauungsplanverfassers verändert werden darf. Im Bebauungsplan sind diese als Darstellung ohne Normcharakter „Gebäude (Bungalow) nicht mehr vorhanden“ als gestrichelte Umgrenzung gekennzeichnet.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>4. Die Vorgaben der LBO u.a. bezüglich der Anforderungen an Abstände – auch in brandschutztechnischer Hinsicht – sind trotz der gewünschten Flexibilität bei der Platzierung der Gebäude einzuhalten.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die bauordnungsrechtlichen Anforderungen zum Brandschutz sind einzuhalten. Im Bebauungsplan werden keine konkreten Einzelstandorte für die Ferienhäuser (Wikkelhäuser) festgesetzt.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>hingewirkt werden. Baulichen Anlagen ähnliche Nutzungen (Zeltplatz) wurden ebenfalls in diesem Bereich angeordnet.</p> <p>Aus den vorliegenden Unterlagen geht nicht hervor, inwieweit die gegenwärtigen Nutzungen rechtlich abgesichert sind.</p> <p><u>Für die Beurteilung, ob und in welchem Umfang im Rahmen der weiteren Planaufstellung küstenschutzrechtliche Bauverbote durchzusetzen sind, ist der Nachweis bestehender Rechte jedoch essenziell und muss daher zumindest in der Begründung weiter ausgeführt werden.</u></p> <p>Nach vorläufiger Einschätzung werden nicht alle der derzeit vorgesehenen Nutzungen verwirklicht werden können.</p>	<ul style="list-style-type: none"> – <u>Zeltplatz</u>: Am 10.7.1970 fand eine Abnahme des Zeltplatzes nach § 19 Abs. (3) der Zeltplatzverordnung Schleswig-Holstein vom 11.6.1969 statt. – <u>Lagerhallen</u>: Die Baugenehmigungen liegen vor. – <u>Wickelhäuser</u>: Die Genehmigungen sind inzwischen abgelaufen. Eine befristete Genehmigung bis zum 07.06.2023 lag vor. Eine Duldung bis zum Saisonende wurde beantragt. – <u>Dünenrestaurant</u>: Für das Dünenrestaurant gab es eine bis Oktober 2015 befristete Baugenehmigung und seit 2013 eine Duldung in Form einer Zusicherung, dass das Dünenrestaurant in der jetzigen Form an Ort und Stelle verbleiben darf, solange nicht Ersatz an anderer Stelle auf der Düne für das Restaurant geschaffen wird. – <u>Bungalowdorf</u>: Genehmigung aufgrund bestehender planungsrechtlicher Zulässigkeit durch Festsetzung im rechtskräftigen B-Plan Nr. 8. Die Baugenehmigungen liegen vor.
<p><u>c) Darstellung der Bauverbotsbereiche</u></p> <p>Im B-Plan 8 wurde eine "Anbauverbotszone" auf der Grundlage von § 80 Abs. 1 Nr. 3 LWG (damalige Fassung) dargestellt. Diese bezog sich auf einen Streifen mit 100 m Breite von der Küstenlinie und wurde korrekt eingetragen.</p> <p>Im Rahmen der gegenwärtigen Prüfung ist festzustellen, dass zum damaligen Zeitpunkt jedoch zusätzlich der Bauverbotsstreifen hinter Dünen einschlägig gewesen wäre, da dieser zu einer weiteren Eingrenzung der bebaubaren Bereiche geführt hätte (100 m vom seewärtigen Fußpunkt der Düne).</p> <p>Der Bauverbotsstreifen nach § 80 Abs. 1 Nr. 3 LWG (damalige Fassung) wurde zwischenzeitlich ersatzlos gestrichen.</p> <p>Für die aktuelle Planung sind daher lediglich die folgenden <u>Bauverbotsbereiche gemäß § 82 Abs. 1 LWG anzuwenden:</u></p>	<p>Zu c)</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Die Bauverbotszone wird gemäß der aktuellen Vorschrift im § 82 Abs. 1 LWG nachrichtlich übernommen.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass eine feste Gebietsabgrenzung nicht möglich ist, da die Küste ständigen Veränderungen unterworfen ist. Grob vereinfacht kann jedoch zumindest im Bereich des Meeresstrandes und in einem Bereich von 150 m ab dem seewärtigen Dünenfußpunkt von einer Betroffenheit der küstenschutzrechtlichen Belange ausgegangen werden.</p> <p>Die Planzeichnungen (Bebauungsplan, Änderung des Flächennutzungsplans) werden ergänzt.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<ul style="list-style-type: none"> • <i>in einer Entfernung bis zu 150 Meter landwärts (...) vom seewärtigen Fußpunkt einer Düne oder eines Strandwalles</i> (Anmerkung: Das betrifft zumindest die Küstenabschnitte im Norden, Osten und Süden der Insel) • <i>in den Hochwasserrisikogebieten an der Küste (§ 59 Absatz 1 Satz 2)</i> <p>Aufgrund der Übernahme dieser Bauverbotsbereiche in die Plandarstellung werden die <u>bestehenden Konflikte mit den derzeit avisierten Nutzungen sichtbar</u>. <u>Dies gilt insbesondere für das SO-FH, in gewissem Maße aber auch für den angrenzenden Zeltplatz und weitere Teilbereiche.</u></p> <p>Die Betroffenheit der anderen Sondergebiete lässt sich mangels prüffähiger Darstellung gegenwärtig nicht zweckmäßig beurteilen. Eine ausführliche Stellungnahme zu den Bauverboten wird seitens der unteren Küstenschutzbehörde nach Überarbeitung der Planunterlagen in einem späteren Verfahrensschritt erfolgen.</p>	<p>Durch die Bauverbotsbereiche gem. § 82 Abs. 1 LWG ergeben sich mögliche Einschränkungen im Hinblick auf die Errichtung baulicher Anlagen auf der Düne und damit auf die Ausweisung von Baugebieten. Baurechtlich genehmigte Gebäude sind (nach Aussage des LKN.SH) im Bestand geschützt. Ausnahmen vom Bauverbot nach § 82 Abs. 1 LWG sind im § 82 Abs. 3 LWG geregelt.</p> <p>In Bezug auf mögliche Ausnahmeregelungen werden folgende Ausführungen in der Begründung zum Bebauungsplan ergänzt:</p> <p><i>1: Die Vorschriften zum Küstenschutz zielen in erster Linie darauf, im Fall einer Sturmflut die Gefährdung von Menschen zu vermindern oder ganz zu vermeiden, sowie das Ausmaß von Schäden zu begrenzen, vgl. LEP S-H 2021 Nr. 6.6.1 B zu 1, S. 419.</i></p> <p><i>– Eine Gefahr aufgrund von Hochwasser besteht insbesondere bei dauerhaftem Aufenthalt der Menschen in den hochwassergefährdeten Bereichen. Bei den geplanten Nutzungen im Rahmen des Bebauungsplans Nr. 13 ist der Aufenthalt aber immer nur von kurzer Dauer und vor allem nicht in der besonders hochwassergefährdeten Zeit im Herbst, Winter und Frühjahr. Dauerhafte Wohnnutzungen sind nicht vorgesehen.</i></p> <p><i>– Zudem sieht der Bebauungsplan keine Vorhaben mit bedeutendem Sachwert vor. Das Ausmaß etwaiger Schäden ist von vornherein begrenzt.</i></p> <p><i>2: Der weit überwiegende Teil der Vorhaben liegt entweder außerhalb einer Überflutungsfläche oder würde nur mit geringer Wassertiefe bei HW200 überflutet, selbst wenn er innerhalb des 150 m-Streifens nach § 82 Abs. 1 Nr. 3 LWG liegt:</i></p> <p><i>– <u>Dünenrestaurant (SO-R)</u>: 150m-Abstand deutlich unterschritten, aber nicht innerhalb der Überflutungsfläche</i></p> <p><i>– <u>Wickelhäuser (SO-FH)</u>: 150m-Abstand teils deutlich unterschritten, aber nur teilweise innerhalb der Überflutungsfläche</i></p> <p><i>– <u>Betriebshof (SO-L)</u>: Ca. in der Mitte des 150m-Streifens und nur in einer</i></p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
	<p><i>Überflutungsfläche mit geringer Wassertiefe</i></p> <ul style="list-style-type: none"> – <u>Bungalowdorf (SO-B)</u>: Zu etwas mehr als der Hälfte im 150m-Streifen, aber nur in Teilen und dort nur mit geringer Wassertiefe überflutet – <u>Dünenbetrieb (SO-D)</u>: Überwiegend innerhalb des 150m-Streifens, aber nur mit geringer Wassertiefe überflutet – <u>Grillplatz</u>: Nur knapp innerhalb des 150m-Streifens und nur mit geringer Wassertiefe überflutet – <u>Zeltplatz</u>: Fast vollständig innerhalb des 150m-Streifens und in einer Überflutungsfläche mit geringer bis mittlerer Wassertiefe – <u>Minigolf</u>: Nur zum kleinen Teil innerhalb des 150m-Streifens und nur mit geringer Wassertiefe überflutet. <p><i>Helgoland ist nach dem LEP 2021 auch Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung. Eine touristische Entwicklung und Erholungsnutzung muss weiterhin grundsätzlich möglich sein, soweit sie den besonderen Risiken hinreichend Rechnung trägt (so ausdrücklich LEP S-H 2021 Nr. 6.6.1 B zu 2, S. 419).</i></p> <p><i>In den betroffenen Bereichen sind bauliche und/oder organisatorische Maßnahmen zum Hochwasserschutz möglich. Diese wären im Einzelfall zu prüfen, nachzuweisen und zu genehmigen. Eine allgemeingültige Festlegung von Kriterien für die ganze Düne z.B. von Mindesthöhen für Fundamente oder etwaiger baulicher Hochwasserschutzmaßnahmen im Bebauungsplan erscheint auf Grund der Verschiedenartigkeit der Maßnahmen nicht sinnvoll. Auch hier wäre eine Einzelprüfung – im Rahmen der Ausnahmeregelungen des LWG - durchzuführen.</i></p> <p><i>Es wird seitens des LKN.SH angemerkt, dass die Definition der Hochwasserrisiken auch veränderlich sei und durch die regelmäßige Fortschreibung der Hochwasserrisikokarten (das nächste Mal im Dezember 2025) berücksichtigt würde.</i></p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>d) Planungsziele und Konflikte mit dem geltenden B-Plan Nr. 8</u> Im Begründungsentwurf findet sich unter Punkt 4.1 (s. S. 15) der Hinweis, dass die hier vorgelegten Planungen im Widerspruch zum derzeit geltenden Bebauungsplan stehen. Daraus ergeben sich vermutlich <u>Konflikte mit den küstenschutzrechtlichen Regelungen, da allgemeine Ausnahmen von den küstenschutzrechtlichen Bauverböten nur für solche Vorhaben gelten, für die bereits entsprechende, rechtliche Grundlagen bestehen</u> (s. o. unter Punkt b) dieser Stn). In der Fortschreibung der Planunterlagen ist verstärkt auf die Vermeidung dieser Konflikte hinzuwirken.</p> <p><u>e) Strandnutzung</u> Der flächenhaften Festsetzung der Strandbereiche für die touristische Nutzung steht küstenschutzrechtlich grundsätzlich nichts entgegen. Allerdings ist auf die Erforderlichkeit einer <u>naturschutzrechtlichen Sondernutzungserlaubnis gemäß § 34 LNatSchG hinzuweisen</u>. In diese Sondernutzungserlaubnis werden die küstenschutzrechtlichen Belange (Beschränkung der Aufstellzeiten für Strandkörbe, u. ä.) aufgenommen.</p> <p><u>f) Nachrichtliche Hinweise</u> Die folgenden Punkte sind als nachrichtliche Hinweise in den Plan zu übernehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Errichtung, Beseitigung oder wesentliche Änderung von Anlagen an der Küste bedarf grundsätzlich der Genehmigung der unteren Küstenschutzbehörde (§ 80 Abs. 1 LWG). • Küstenschutzanlagen, Dünen, Strandwälle sowie Meeresstrand und der Meeresboden unterliegen küstenschutzrechtlichen Nutzungsverböten (§ 81 Abs. 1 LWG). Ausnahmen können nur auf Antrag erteilt werden. 	<p>Zu d) Baurechtlich genehmigte Gebäude sind (nach Aussage des LKN.SH) im Bestand geschützt. Weiteres siehe Abwägung oben zu b).</p> <p>Zu e) Der Stellungnahme wird gefolgt. Ein Antrag auf Sondernutzungserlaubnis bei der Naturschutzbehörde wird gestellt. Ein Hinweis auf § 34 LNatSchG (und nach § 59 BNatSchG: allgemeines Betreten erlaubt) wird in den Begründungen zum B-Plan 13 und zur 15. Änderung F-Plan aufgenommen.</p> <p>Zu f) Der Stellungnahme wird gefolgt. Gemäß Abstimmung mit dem LKN wurden die Hinweise zur Abwägung und Integration in den Bebauungsplan modifiziert und werden wie folgt in den Bebauungsplan und in die Änderung des Flächennutzungsplans übernommen: <u>Küsten- und Hochwasserschutz</u> <i>–Bauliche Anlagen dürfen in einer Entfernung bis zu 150 Meter landwärts vom seewärtigen Fußpunkt einer Düne oder eines Strandwalles (§ 82 Abs. 1 Nr. 3 LWG) sowie in den Hochwasserrisikogebieten an der Küste (§ 82 Abs. 1 Nr. 4 LWG) nicht errichtet oder wesentlich geändert</i></p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

werden.

- Die küstenschutzrechtliche Bauverbotsregelung für die Errichtung baulicher Anlagen in Hochwasserrisikogebieten an der Küste (§ 82 Abs. 1 Nr. 4 LWG) findet keine Anwendung, wenn das Gebiet durch Landesschutzdeiche oder Schutzanlagen mit einem mit den Landesschutzdeichen vergleichbaren ausreichenden Schutzstandard geschützt wird (Gebietsschutz) oder die zur ausreichenden Minderung der Hochwasserrisiken erforderlichen Maßnahmen mit Herstellung der baulichen Anlage durchgeführt werden (Objektschutz) (§ 82 Abs. 2 Nr. 6 LWG).
- Sofern die Errichtung oder wesentliche Änderung einer baulichen Anlage nicht bereits auf der Grundlage einer gesetzlichen Ausnahmeregelung nach § 82 Abs. 2 LWG von den küstenschutzrechtlichen Bauverbotsregelungen befreit ist, so bedarf sie der Erteilung des Einvernehmens der unteren Küstenschutzbehörde nach § 82 Abs. 3 LWG im Zuge des jeweiligen Baugenehmigungsverfahrens. Bei baugenehmigungsfreien Vorhaben ist der jeweilige Antrag direkt an die untere Küstenschutzbehörde zu richten.

Für die Errichtung von Anlagen im Bereich hinter den Dünen wird folgender Textbaustein als Hinweis übernommen:

- Die küstenschutzrechtliche Bauverbotsregelung für die Errichtung baulicher Anlagen hinter Dünen (§ 82 Abs. 1 Nr. 3 LWG) findet grundsätzlich keine Anwendung, sofern durch dauerhafte, bauliche Einrichtungen sichergestellt werden kann, dass eine fortschreitende Erosion des Dünengürtels ausgeschlossen ist.. Anderweitige, auch organisatorische Maßnahmen, wie das Verbringen der gefährdeten Anlage im Falle einer Sturmflut, können ebenfalls zu einer positiven Bewertung im Rahmen der Einzelfallbetrachtung (§ 82 Abs. 3 LWG) führen.

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

g) Abgrenzung der dargestellten Küstenschutzanlagen

Gemäß der hiesigen Datenlage erstreckt sich das nordöstliche Tetrapodenlängs-
werk bis zum Rollfeld des Flugplatzes (s. nachf. Abb.).



Ich bitte die Darstellung in den Planunterlagen anzupassen.

2. Hinweise

- Große Teile des Plangebiets sind durch Sturmfluten gefährdet.
- Innerhalb des Planungsbereiches bestehen möglicherweise Konflikte in Bezug auf erforderliche Kompensationsmaßnahmen für die Deichverstärkung Helgo-
land. Nähere Angaben liegen mir zum gegenwärtigen Zeitpunkt leider noch nicht vor.

Zu g)

Der Stellungnahme wird auf folgende Weise gefolgt:

Das Tetrapodenlängswerk wurde gemäß Bestandserfassung von 2019 übernommen. Es wurde nur die oberste Bodenschicht dargestellt.

Die Darstellung in der Planzeichnung (B-Plan und Änderung des Flächen-nutzungsplans) erfolgt unverbindlich (ohne Normcharakter).

Zu 2.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Zum Aspekt Kompensationsmaßnahmen für die Deichverstärkung ist eine Nachfrage beim LKN SH (durch Tewis Projektmanagement GmbH im August 2023) erfolgt.

Bisher gibt es von Seite des LKN.SH aus noch keine konkreten Planungen.

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<ul style="list-style-type: none"> Bei der Umsetzung von Vorhaben in gefährdeten Bereichen bestehen gegenüber dem Land Schleswig-Holstein keine Ansprüche auf Finanzierung oder Übernahme notwendiger Schutzmaßnahmen. <p>Im Übrigen bitte ich Sie, mich über den Fortgang des Verfahrens zu informieren. Sollten Sie zu einem oder mehreren der oben genannten Punkte noch Fragen haben, stehe ich ihnen gern zur Verfügung.</p>	<p>Der Vorschlag einer Art gemeinsamer Angebotsplanung für Kompensationsmaßnahmen kann auf der Düne auf Grund der sehr beschränkten Möglichkeiten der verfügbaren kommunalen Flächen nicht nachgekommen werden.</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Der LKN.SH wird im weiteren Planverfahren beteiligt.</p>
<p>1.3 Landeskriminalamt Schleswig-Holstein (Kampfmittelräumdienst), 12.07.2022</p> <p>In der Gemeinde Helgoland sind Kampfmittel nicht auszuschließen. <u>Vor Beginn von Tiefbaumaßnahmen wie z. B. Baugruben/Kanalisation/Gas/Wasser/Strom und Straßenbau ist die Fläche/Trasse gem. Kampfmittelverordnung des Landes Schleswig-Holstein auf Kampfmittel untersuchen zu lassen.</u> Die Untersuchung wird auf Antrag durch das Landeskriminalamt, Dezernat 33, Sachgebiet 331, Mühlenweg 166, 24116 Kiel, durchgeführt. Bitte weisen Sie die Bauträger darauf hin, dass sie sich frühzeitig mit dem Kampfmittelräumdienst in Verbindung setzen sollten, damit Sondier- und Räummaßnahmen in die Baumaßnahmen einbezogen werden können.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine historische Erkundung für den Bereich der Düne wird durchgeführt.</p>
<p>1.4 Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein, 30.06.2022</p> <p>Wir können zurzeit <u>keine Auswirkungen auf archäologische Kulturdenkmale</u> gem. § 2 Abs. 2 DSchG in der Neufassung vom 30.12.2014 durch die Umsetzung der vorliegenden Planung feststellen. Daher haben wir <u>keine Bedenken</u> und stimmen den vorliegenden Planunterlagen zu.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Darüber hinaus verweisen wir auf § 15 DSchG: Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich unmittelbar oder über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Die Mitteilung einer oder eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Die nach Satz 2 Verpflichteten haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung.</p> <p>Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und in den Begründungen zum B-Plan 13 und zur 15. Änderung F-Plan (Kap. „Archäologie“) ergänzt.</p>
<p>1.5 Dataport, 01.07.2022</p> <p>Dataport betreibt als Anstalt öffentlichen Rechts das digitale Funknetz Schleswig-Holstein, zu dem neben Leitungstrassen im Erdreich seit kurzem auch Richtfunkverbindungen gehören. Diese Aufgabe wurde uns vom Landespolizeiamt übertragen.</p> <p>Aufgrund der vorliegenden Planunterlagen kann ich Ihnen mitteilen, dass eine unserer Richtfunkverbindungen durch das Plangebiet verläuft (siehe Anhang).</p> <p>Die Richtfunktrasse verläuft zwischen den Punkten: 427126,34 / 6004167,01 (ETRS89), Antennenhöhe 106,70 m 486277,71 / 6020540,42 (ETRS89), Antennenhöhe 84,00 m</p> <p>Zu beiden Seiten der Richtfunkverbindung muss ein <u>Schutzabstand von 30 m</u> zu Bauwerken / baulichen Anlagen freigehalten werden.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Die Richtfunktrasse wird nachrichtlich in der Planzeichnung (Bebauungsplan und Flächennutzungsplan) übernommen. Die Begründungen zum B-Plan 13 und zur 15. Änderung F-Plan (Kap. „Richtfunktrasse“) werden ergänzt.</p> <p>Die Höhenlage der Trasse liegt im Bereich der Düne zwischen 105 -106 m und verursacht keine Konflikte mit der Bebauung auf der Düne.</p>



1.6 Gemeinde Helgoland, Betriebsleiter Düne , 04.07.2022

Unter 5.2, Seite 32 wäre es laut Aussage UNB wichtig, dass der Panoramaweg in dem neuen BP in seiner gesamten, zukünftigen Länge (es fehlen ja noch 200m), als ganzjährig begehrbar dargestellt wird, die Gemeinde aber temporäre Schließungen von Teilabschnitten selbstbestimmt wie z.B. der Teil der oberhalb des Campingplatzes verläuft, der von Mai bis Oktober geschlossen wird, damit die Privatsphäre der Campinggäste erhalten bleibt. Eine nachträgliche Genehmigung zur ganzjährigen Begehung des Panoramawegs ist schwierig.

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Die textliche Festsetzung 1.18 (neu 1.17) wird wie folgt geändert:

„Innerhalb der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft mit der Bezeichnung M6 ist auf den Flächen der geschützten Biotope "Weißdünen" das Lagern, Sonnenbaden und Aufstellen von Strandkörben verboten. Zugänge zum Stand sind nur an den gekennzeichneten Stellen erlaubt. Der Bereich der Weißdünen

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

entlang des Nordstrandes darf jederzeit für die Durchführung von Maßnahmen zum Küstenschutz betreten werden. Die Anlage und die allgemeine Nutzung eines Steges zum Zwecke der Tierbeobachtung ist zulässig.

1.7 NABU Schleswig-Holstein, 27.07.2022

Die Düne und Helgoland sind die einzigen Hochseeinseln der Bundesrepublik Deutschlands und weithin bekannt für ihre atlantische Lebensgemeinschaft von Tier- und Pflanzenarten, die sonst nirgendwo in Deutschland leben (können). Auch die Düne ist Lebensraum atlantisch verbreiteter Tierarten, deren einziges Vorkommen sich auf die naturnahen Restbiotope der Düneninsel konzentriert. Ein herausragendes Beispiel ist der ca. 1 cm große Käfer *Xanthomus pallidus*, der Bleiche Fadenhorn-Schwarzkäfer. Diese Art ist atlantisch verbreitet und kommt in Deutschland exklusiv nur auf Helgoland vor. Diese Art steht stellvertretend für eine Reihe von Insektenarten und Pflanzenarten, die in Strandhaferdünen, Dünen-Trockenrasen und Küsten-Sandmagerrasen vorkommen. Auf der Düne sind zusätzlich Vorkommen verschiedener Schmetterlinge, vor allem Kleinschmetterlinge zu nennen, die nicht auf dem Festland Schleswig-Holsteins vorkommen, sondern nur auf der Düne (siehe Rote Liste Schmetterlinge Schleswig-Holstein 2021).

Die ostfriesischen, wie auch nordfriesischen Inseln sind biologisch gut untersucht. Der Unterschied zu der Fauna der Düne ist also nicht dem Umstand geschuldet, dass es Untersuchungsdefizite gibt. Insbesondere auf den Außensänden und auf Trischen im Nationalpark Nordfriesisches Wattenmeer wurde in den vergangenen Jahren intensiv u.a. nach *Xanthomus pallidus* gesucht, der jedoch weiterhin exklusiv auf der Düne vorkommt. In Deutschland lebt dieser Küstenkäfer „endemisch“ nur auf der Düne und seine nächstgelegenen Populationen befinden sich an Dünenküsten der Britischen Inseln.

Die Stellungnahme wird auf folgende Weise gefolgt:

Im weiteren Verfahren werden diese Belange in Verträglichkeitsprüfungen zum FFH- und Vogelschutzgebiet berücksichtigt sowie eine Artenschutzprüfung erarbeitet.

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>In den 2000er Jahren sind die touristischen Einrichtungen auf der Düne stetig erweitert und ausgebaut worden. Die touristische Nutzung der Insel umfasst einen weit längeren Zeitraum im Jahr und vor allem auch eine nächtliche Nutzung durch die Schaffung von zahlreichen Übernachtungsmöglichkeiten. Die vorgelegten Planungen sollen einerseits zwar die touristischen Belange ordnen und zugleich Natur schonen, Flächen innerhalb des FFH-Gebietes renaturieren. <u>Dennoch bedeuten auch die Planungen eine weitere Intensivierung und Verstetigung der touristischen Nutzung nebst nächtlicher Lichtemissionen.</u></p>	<p>Der Stellungnahme ist bereits auf folgende Weise gefolgt worden: Es ist eine Festsetzung zur Verwendung insektenfreundliche Leuchtmittel getroffen worden. <i>„1.21 (neu 1.20) Bei der Beleuchtung der Außenflächen, mit Ausnahme des Flugplatzes, sind insektenfreundliche Leuchtmittel (< 3000Kelvin) zu verwenden. Die Leuchten dürfen nur nach unten abstrahlen und die Beleuchtung ist auf ein Mindestmaß, insbesondere außerhalb der Touristensaison, zu reduzieren.“</i></p>
<p>In den letzten Jahren haben die <u>Ausdehnungen offener Sandmagerrasen, und Dünentrockenrasen abgenommen und zugleich haben sich Gebüsche ausgebreitet.</u> Offene, trockene und mit Gräsern oder Strandhafer dominierte Vegetation wächst zu und beginnt zu verbuschen. Die Lebensräume der ökologisch anspruchsvollen Dünenbewohner sind jedoch auf offene Vegetation mit voll besonnten Böden angewiesen (Dünen FFH-LRT). Ihr Lebensraum nimmt stetig ab. <u>Mit der Ausdehnung der touristischen Nutzung einher geht die ökologische Degradation der ursprünglichen Dünenlebensräumen,</u> die auch bei Nicht-Inanspruchnahme durch direkten Vertritt durch Fragmentierung und Vegetationsveränderungen an Lebensraumqualität einbüßen.</p> <p>Das Land Schleswig-Holstein hat im vergangenen Jahr mit Kabinettsbeschluss eine Biodiversitätsstrategie als Leitlinie staatlichen Handelns verabschiedet, den Kurs Natur 2030. Die typische Artenvielfalt der jeweiligen Lebensräume in Schleswig-Holstein zu schützen und zu erhalten ist ein zentrales Ziel der Strategie. Die Küstenlebensräume spielen dabei eine prominente Rolle, da hier dem Land eine besondere Verantwortung zukommt. Schleswig-Holstein trägt innerhalb Deutschlands eine maßgebliche Verantwortung für den Schutz und Erhalt von Küstenlebensräumen und ihren charakteristischen Arten. <u>Im Fall der Düne trägt Schleswig-Holstein eine nationale Alleinverantwortung, die Vorkommen atlantischer Arten dieser Hochseeinsel zu bewahren.</u> Der <u>Bleiche Fadenhorn-Schwarzkäfer</u> ist</p>	<p>Der Stellungnahme wird auf folgende Weise gefolgt: Die Maßnahmen beinhalten die Rücknahmen von Wegen und Nutzungen, um Dünenflächen zu beruhigen und in ihrer Lebensraumstruktur zu verbessern.</p> <p>Es liegt bereits ein Pflegekonzept für das FFH-Gebiet (FFH-Managementplan) vor, dass das Offenhalten von Lebensräumen vorsieht. Die Zuständigkeit der Umsetzung der Maßnahmen liegt beim Land/ Kreis, wobei die Kosten durch öffentliche Mittel (u.a. Fördergelder) finanziert werden. Pflegemaßnahmen von anderer Stelle werden im Rahmen des Bebauungsplans daher nicht als Festsetzungen aufgenommen und auch nicht als Aufwertung angerechnet.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>dabei nur ein Vertreter unter eine Reihe schützenswerter Insekten, wenngleich der prominenteste Bewohner der von Strandhafer geprägten Dünenlebensräume auf der Düne.</p> <p>Die Leitlinie der vorgelegten Planungen, ein naturschutzgerechtes Konzept zu erstellen, an der sich die Bauleit- wie auch Flächenplanung ausrichtet, wird vom NABU ausdrücklich begrüßt und sieht in dem vorgelegten F-Plan dafür auch eine erste Grundlage.</p> <p>Vor dem Hintergrund der spezifischen Biodiversität der Düne greifen die Änderungen zum Bebauungsplan Nr. 13 und die Änderung des Flächennutzungsplans jedoch zu kurz.</p> <p><u>Die Planungen umfassen im Wesentlichen die Optimierung und Ausdehnung touristischer Nutzung bei weitgehender Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der urlaubssuchenden Menschen. Die Planungen nehmen hingegen <u>nicht ausreichend Rücksicht auf die Natur.</u></u></p> <p><u>Der NABU lehnt die Ausweitung der Bebauung ab und sieht das Erfordernis einer Konzentration der Bebauung auf bereits genutzte Flächen.</u></p> <p>Hierbei ist insbesondere die Aussage für das Sondergebiet Dünenbetrieb (SO-D/SO-L) zu hinterfragen, da eine weitgehende Konzentration der logistisch notwendigen Einrichtungen auf den Anlegerbereich wertvolle Flächen der Düne schonen würde. Die Begründung,</p> <p><i>„Eine Konzentration aller Lagerflächen am Anleger (wie im Bebauungsplan Nr. 8 geplant) wird nicht mehr verfolgt, um Besucher nicht durch übermäßigen Fahrzeugverkehr im Anlegerbereich zu beeinträchtigen und den Ankunfts Bereich auf der Düne nicht ausschließlich durch Lagerhallen und Abstellflächen zu prägen. Die Gebäude im Sondergebiet am Anleger sollen auch als Aufenthalts- und Informationsort für die Besucher der Düne dienen und den Eintrittsbereich zur Düne als Erholungsgebiet markieren.“</i></p> <p>dient im Kern nur einem optimierten Marketing, es mangelt dieser Begründung jedoch an der notwendigen Verantwortung für eine Rücksichtnahme gegenüber</p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Es ist das Planungsziel, ein zukunftsfähiges, nachhaltiges, touristisches als auch naturschutzgerechtes Konzept zu entwickeln. Die touristischen Belange sollen gefördert und ausgebaut werden und in Teilen erfolgt die Abwägung der Belange daher auch zu Gunsten des Tourismus.</p> <p>Die Düne nimmt mehrere unterschiedliche Funktionen wahr. Dazu gehört auch, dass sie ganzjährig fast das einzige Naherholungsgebiet für die Helgoländer Bevölkerung darstellt. Die Düne dient dem Fremdenverkehr - der Hauptwirtschaftsgrundlage der Inselbevölkerung Helgolands. Deshalb sollen verschiedenen Unterkunftsmöglichkeiten sowie Freizeit- und Erholungseinrichtungen gesichert werden.</p> <p>Es wurde eine Abwägung zwischen touristischer Nutzung einerseits und Naturschutz andererseits getroffen. Die Insel ist ein Gebiet mit besonderer Erholungseignung (LRP), dementsprechend ist das touristische Angebot auf eine ruhige, naturorientierte Erholung angepasst. Die umfangreichen Schutzmaßnahmen, Beruhigung von Dünenbereichen und die schon stattfindenden Maßnahmen zur Besucherlenkung und Umweltbildung tragen dem hohen naturschutzfachlichen Wert der Düne Rechnung.</p> <p>Der bestehende Betriebshof in der Inselmitte soll erhalten bleiben und wird daher im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplans als Sondergebiet (SO-L) festgesetzt. Der bestehende Standort hat sich aufgrund seiner zentralen Lage auf der Düne, der Nähe zum Südstrand als auch der Erreichbarkeit weiterer Einrichtungen auf der Düne auf bestehenden Wegen bewährt. Im Zuge der Neukonzeption für die Düne wird auch der vorhandene offene Lagerplatz zwischen Bungalowdorf und Betriebshof aufgegeben und</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>der Natur und dem Gebot eine größtmögliche Flächenschonung vorzunehmen, d.h. <u>möglichst die von Hallen, Gebäuden, Wegen, Plätzen, Straßen, Spielplätzen, Grillplätzen, Aussichten und Ferienhäuser inkl. Tinyhäusern eingenommenen Fläche zu reduzieren</u>. Nur eine flächenschonende Planung kann gewährleisten, dass es zu einem verträglichen Nebeneinander von Natur und Tourismus auf der Düne kommt. Eine <u>zusätzliche Halle im SO-L</u> zu errichten, erscheint angesichts der Möglichkeiten am Hafen nicht erforderlich zu sein, sondern Bedarf offenbar <u>nur einer logistischen Umstrukturierung. Die Aufgaben der Lager und Hallen, also wer nutzt diese für welchen Zweck, sind nicht hinreichend den Unterlagen zu entnehmen, um beurteilen zu können, ob nicht der Neubau auch aus Gründen der Minimierung von Flächenbedarf im Hafen gebaut werden kann</u>.</p> <p>Dabei ist unbedingt auch zu berücksichtigen, dass aus ökologischen Gründen, populationsökologischen Gründen, Flächenanteile der Dünenvegetation nicht zu klein und stetig wieder in Mosaikstückchen zerteilt werden können. Sie verlieren beim Unterschreiten von Mindestgrößen ihre Bedeutung als Lebensraum der Dünentierwelt und zugleich erhöhen sich negative Randeinwirkungen und führen zu nachhaltig negativen Vegetationsentwicklungen. <u>In der durch zahlreiche Wege zergliederten Düne finden sich wenige Rückzugsbereiche für Brutvögel</u>.</p> <p>Aus diesem Grund sind Bebauungen grundsätzlich eng vorzunehmen, eine beanspruchte Fläche ist nicht dem privaten Einzelvergnügen durch Inanspruchnahme von Dünenfläche, sondern ggf. durch <u>Aufstellen künstlerisch-schöner Sichtschutzwände vorzunehmen</u>.</p> <p>Die Inanspruchnahme von Dünenfläche durch Tinyhäuser ließe sich so auf das notwendige Tiny-Maß reduzieren (SO-FH).</p> <p><u>Der NABU lehnt die Ausdehnung einer Ferienhaussiedlung in SO-FH in der vorgestellten Form ab</u>. Innerhalb des bestehenden Campingplatzes Tinyhäuser ohne Wasseranschlüsse aufzustellen kann auf weitaus engerem Raum vollzogen werden, ohne Flächen im östlichen Bereich in Anspruch zu nehmen.</p>	<p>die bisher dort gelagerten Gegenstände auf das Betriebshofgelände verlagert. Durch die erweiterte Fläche am Betriebshof wird mehr Platz geschaffen, der benötigt wird für die Unterbringung von Abrollcontainern für die Müllentsorgung, Containern für die Veranstaltung Rock'n'Roll Butterfahrt, Anbaugeräten für die Maschinen sowie Ladeflächen.</p> <p>Durch den Erhalt der Gebäude wird auch die hier vorhandene Löschwasserzisterne gesichert, die der Sicherstellung des Brandschutzes insbesondere für das Bungalowdorf dient.</p> <p>Die Ferienhäuser (Wickelhäuser) sollen das Angebot auf der Insel ergänzen. Die neue Konzeption sieht vor, an dem Standort ein zeitgemäßes Übernachtungsangebot mit geringerer Eingriffsintensität und niedriger Belegungsdichte zu schaffen. Eine Konzentration sämtlicher baulicher Nutzungen nur am Hafenanleger wird nicht mehr verfolgt.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Die vorgesehenen Renaturierungen auf der Düne begrüßt der NABU, vor allem die Aufgabe von Ablagerungen, wobei der NABU davon ausgeht, dass eine <u>vollständige Entsorgung von Abfällen, Ablagerungen und ggf. Fremdbodenaufträgen</u> erfolgt, damit möglichst innerhalb des FFH-Gebietes kein Fremdboden mehr vorhanden ist.</p> <p><u>Aus den vorgelegten Unterlagen geht nicht hervor, ob es auf der Düne Auftragsböden in den zu renaturierenden Bereichen gibt.</u> Es wäre also zu überprüfen, ob Aufschüttungen vorhanden sind und wenn ja, in welchem Umfang und wie sie entfernt bzw. anderweitig genutzt werden könnten. Die Planungen auf der Düne sollten das Ziel, nur naturnahe Bodentypen im FFH-Gebiet zu belassen, verfolgen. Auftragshorizonte sind auf das unbedingte technisch notwendige Maß zu konzentrieren und aus der Fläche weitgehend zu entfernen.</p> <p>Die Renaturierung der in den Planunterlagen gekennzeichneten Gebiete sollte mit einem <u>notwendigen FFH-Management</u> abgeglichen werden. Aufgrund der zum Zeitpunkt der FFH-Gebietsausweisung unbekannten bzw. unberücksichtigten <u>Insektenfauna</u> bedarf die FFH-Managementplanung einer <u>dringenden Ergänzung</u>, da die Ziele der Biodiversitätsstrategie auch maßgeblich innerhalb der Schutzgebietskulisse umgesetzt werden sollen. Nach derzeitigem Kenntnisstand befinden sich innerhalb der FFH-Gebietsgrenzen und am Flughafenumfeld die wertvollsten Teillebensräume für bedrohte Insektenarten.</p> <p>Renaturierungen sollten auf der Düne das Ziel haben, <u>möglichst offene Sandbereiche mit keiner oder nur geringer Vegetation</u>, mindestens ohne jeglichen Gehölzwuchs, zu schaffen, auf denen eine natürliche Dünentrockenrasenentwicklung ermöglicht wird. Ansaaten und Anpflanzungen sind vollkommen unnötig.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Fremdböden sind nach aktueller Kenntnis im Bereich des FFH-Gebietes nicht aufgebracht worden. Unter den Dünen liegen noch Teile der alten Landebahn, die nicht entfernt werden, sondern der natürlichen Übersandung überlassen werden.</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Eine Ergänzung des FFH-Managementplans kann im Zuge der Bauleitplanung nicht erfolgen. Es wird eine Artenschutzprüfung durchgeführt, die die Hinweise berücksichtigt.</p> <p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Die Anpflanzfestsetzungen werden insgesamt auf ein geringes Maß zurückgenommen, teilweise sind sie aber auch notwendig (siehe Abwägung zu den Teilflächen im Folgenden).</p>

Hinweise zu einzelnen Flächenplanungen:

1. Spielplatz



Abb. 1: vorgesehene Spielplatzfläche nördlich Bungalowsiedlung am Hafen



Abb. 2: vorgesehene Spielplatzfläche südlich Bungalowfläche am Strand

An den zwei ausgewählten Standorten für den Spielplatz ist eine offene Sandtrockenrasenvegetation, ruderaler Magerrasenvegetation oder offener Dünensand vorhanden. Diese Biotope können besonders artenreich besiedelt sein und spielen für die charakteristische Dünenfauna eine wichtige Rolle. Für beide Fläche ist eine Bestandsaufnahme vorzulegen, die auch das Schutzgut Biodiversität umfasst und sowohl Hymenopteren (Wildbienen und Grabwespen) als auch Käfer erfasst. Nur so lässt sich der Eingriff beurteilen und ggf. eine ökologisch sinnvolle Ausgleichskonzeption erarbeiten.

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Die Verortung der Spielflächen erfolgte aus funktionalen Gründen im Nahbereich des Bungalowdorfes (SO-B) und des Anlegers (SO-D). Zudem werden im Zuge der geplanten Nutzung die Flächen nicht vollständig in Anspruch genommen.

Eine Biotopkartierung liegt für die gesamte Düne vor (LLUR 2019/2020). Eine Kartierung der Insektenfauna wurde beim Scoping-Termin von den Fachämtern nicht gefordert.

Eine gesonderte Kartierung von Wildbienen, Grabwespen und Käfern wird auch für nicht erforderlich gehalten, da diese Insekten von den baulichen Maßnahmen nicht erheblich betroffen sein werden.

2. Grillplatz



Abb. 3: Nordwestliches Ende der Landebahn am Flughafen mit offenen Magerrasenflächen auf denen keine neue Nutzung als Grillplatz einzurichten ist.

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

Der NABU begrüßt die Verlagerung des Grillplatzes.

Die dafür ausgewählte Fläche ist jedoch deshalb ungeeignet, da die Sandmager-
rasen rund um den Flughafen nachweislich Lebensraum von *Xanthomus pallidus*
sind. Die Inanspruchnahme der offenen Rasenflächen als Grillplatz ist nicht um-
weltgerecht darstellbar und insofern ungeeignet. Es bieten sich dafür Flächen in-
nerhalb des Campingplatzes an oder am Hafen auf dem potenziellen Spielplatzge-
lände.

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Die Verortung des Grillplatzes erfolgt aus funktionalen Gründen im Nahbe-
reich der Ferienhäuser (SO-FH) und des Campingplatzes. Zudem wird im
Zuge der geplanten Nutzung die Flächen nur zu einem kleinen Teil in An-
spruch genommen.

Durch den Erhalt der Spülsäume und der Primärdünen ergeben sich aus
fachlicher Sicht keine erkennbaren Beeinträchtigungen des Strandkäfers.

3. Sondergebiet Ferienwohnungen SO-FH



Abb. 4: Dünenbereich bzw. für eine Renaturierung vorzusehendes Areal nördlich
des Flughafens, der in seiner Größe frei von Bebauung und Nutzung zu halten ist.

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Die <u>Flächenausdehnung der SO-FH</u>, Sonderfläche für Ferienhäuser nördlich des Flughafens <u>lehnt der NABU aufgrund des Flächenverbrauchs ab</u>.</p> <p>Der nördlich vom Flughafen gelegene Dünenbereich sollte in einem größeren Umfang renaturiert werden. Dazu sind die Aufschüttung auf Fremdboden und Bewuchs zu prüfen. Fremdboden wäre abzufahren und nicht standortgerechter, durch nährstoffliebende Pflanzenarten gekennzeichnet oder durch Ziersträucher/-staudengekennzeichneter Bewuchs sollte weitgehend entfernt werden, um einer primären Dünenvegetationsentwicklung nicht im Wege zu stehen.</p> <p><u>In jedem Fall ist aus naturschutzfachlicher Sicht Wert auf die Entfernung von angepflanzten Gebüsch zu legen</u>. In diesem Areal nördlich des Flughafengeländes sollte das <u>Entwicklungsziel die Ausbildung von Strandhaferdünen verfolgen</u>.</p> <p>Der NABU Landesverband behält sich weitere Hinweise zu den Planungen vor und bittet um die Beteiligung im weiteren Verfahren.</p>	<p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Für die geplanten Ferienhäuser (Wikkelhäuser) wird ein Flächenanteil im Westen (auf Teilflächen des ehemaligen Bungalowdorfes) in Anspruch genommen. Der übrige, mit der Maßnahme M 3 festgesetzte Bereich, wird als Strandhaferdünen entwickelt und vegetationsfreie Bereiche nur streifenweise bepflanzt.</p> <p>Fremdböden sind auf der Düne nicht vorhanden. Angepflanzte Gebüsche sind nicht bekannt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine Beteiligung im weiteren Planverfahren wird erfolgen.</p>
<p>1.8 BUND für Umwelt und Naturschutz e.V., Landesverband Schleswig-Holstein, Kreisgruppe Pinneberg, 08.08.2022</p> <p>Helgoland ist die einzige Hochseeinsel in Deutschland, herausragend und bedeutsam für die Artenvielfalt. Sie ist Rast, Brut und Durchzugsgebiet für viele Vogelarten, insbesondere Meeresvögel, aber auch Standort seltener Pflanzen und Insektenarten. Für die Kegelrobben hat sich die Düne seit einigen Jahren als Schwerpunkt für deren Geburtsstätte entwickelt. So muss bei jeglicher Planung die Frage lauten: „Was braucht die Insel?“, hier: „Was braucht die Düne?“. Diese Frage ist für die Artenvielfalt der Düne existentiell und dazu kommen noch die Herausforderungen durch den Klimawandel. Ein regelmäßiges Monitoring ist notwendig. Sind die Schutzbestrebungen ausreichend? Muss nachgebessert werden oder müssen weitere Schutzmaßnahmen ergriffen werden, damit die Artenvielfalt erhalten und gefördert werden kann. Was passiert, wenn der Tourismus zunimmt?</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

Wieviel Tourismus verträgt die Insel? Oder droht bei steigenden Besucherzahlen gar ein Overtourism zu Lasten der Natur?

15. Änderung Flächennutzungsplan

1.

Die Düne Helgoland ist gekennzeichnet durch das Flora-Fauna-Habitat-Gebiet „Helgoland und Helgoländer Felssockel“ DE-1813-391, dem Naturschutzgebiet „Helgoländer Felssockel“ und das EG-Vogelschutzgebiet „Seevogelschutzgebiet Helgoland“ DE- 1813-491. Mit der 15. Änderung des FNP soll zum einen der Bestand gesichert werden, andererseits aber Erweiterungen und Umplanungen baurechtlich vorbereitet werden. Es steht zu vermuten, dass die Erweiterungen und Änderungen des Plangebietes sich auf die Schutzgebiete auswirken werden. Für die Schutzgebiete besteht ein Verschlechterungsverbot gem. § 33 Abs. 1 BNatSchG, ggf. i. V. mit § 22- Abs. 1 LNatSchG, das gilt zu beachten. Laut den Unterlagen beabsichtigt die Gemeinde lediglich für einige Teilbereiche das Verfahren der FFH-Verträglichkeitsprüfung zu veranlassen. Das ist aus unserer Sicht nicht ausreichend. Auswirkungen auf das Schutzgebiet können nicht nur bauliche Maßnahmen, auch die Nutzung der Einrichtungen und Angebote auf der Düne können negativ auf das Schutzgebiet einwirken. Das BfN sagt dazu: *„Grundsätzlich ist es dabei jedoch nicht relevant, ob der Plan oder das Projekt direkt Flächen innerhalb des Natura 2000-Gebietes in Anspruch nimmt oder von außen auf das Gebiet einwirkt.“* Ein Beispiel: Südlich des Flugplatzes ist als Maßnahme des Managementplans der Schutz der Möwen dargestellt. Erfahrungsgemäß werden sich zum einen die Möwen mit dem Nestbau nicht zwingend an die Grenzen des vorgesehenen Areals halten. Aber auch Störungen durch Touristen und Naturbeobachter sind nicht auszuschließen. Sperrungen zum Schutz der Möwenkolonie wurden anhand der Angaben aus dem Maßnahmenplan (Blatt Nr. 10) bisher abgelehnt.

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Im weiteren Verfahren werden Verträglichkeitsprüfungen zum FFH- und Vogelschutzgebiet sowie eine Artenschutzprüfung erarbeitet.

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

Es ist nicht ersichtlich, ob im Rahmen des Aufstellungsbeschlusses eine hinreichende FFH-Vorprüfung stattgefunden hat. Eine FFH-Vorprüfung ist ergebnisoffen durchzuführen und die Belange des Schutzgebietes sind mit der Planung dahingehend zu überprüfen, ob Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebietes zu erwarten sind. Wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass durch eine Bauleitplanung ein Natura 2000-Gebiet in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, sind die Vorschriften des § 34 BNatSchG Abs.1 über die FFH-Verträglichkeit und Unzulässigkeit von Projekten sowie entsprechenden Abweichungsentscheidungen anzuwenden. Bei einer unzulänglichen FFH-Vorprüfung steht zu befürchten, dass die FFH-Verträglichkeit vom Prüfungsumfang her ebenfalls mangelhaft ist. Dies gilt sowohl für die Flächennutzungs- als auch für die Bebauungsplanung der Gemeinden, hier für die Düne der Insel Helgoland.

Anhand der vorliegenden Planunterlagen ist nicht auszuschließen, dass das Natura-Gebiet durch die Planungen negativ beeinflusst wird. In dem Fall muss eine detaillierte FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt werden.

Daher fordern wir vom BUND SH für die 15. Änderung des Flächennutzungsplanes „Düne“ eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchzuführen. Die Planung muss dahingehend überprüft werden, dass das FFH-Gebiet „Helgoland und Helgoländer Felssockel“ durch diese in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen nicht erheblich beeinträchtigt werden.

In Artikel 6 Absätze 3 und 4 der Richtlinie heißt es: "(3) Pläne oder Projekte, die nicht unmittelbar mit der Verwaltung des Gebietes in Verbindung stehen oder hierfür nicht notwendig sind, die ein solches Gebiet jedoch einzeln oder in Zusammenwirkung mit anderen Plänen und Projekten erheblich beeinträchtigen könnten, erfordern eine Prüfung auf Verträglichkeit mit den für dieses Gebiet festgelegten Erhaltungszielen". Weder in der FFH-RL noch im § 34 BNatSchG wird der Begriff „Projekte“ weiter definiert. Daher hat der EuGH auf den Projektbegriff der UVP-Richtlinie zurückgegriffen (vgl. z.B. EuGH, Urteil vom 14.01.2010 - Rs. C-226/08 - Papenburg, Rn. 38). Nach Art. 1 Abs. 2 lit. a UVP- RL sind Projekte „die

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

Errichtung von baulichen oder sonstigen Anlagen“ sowie „sonstige Eingriffe in Natur und Landschaft einschließlich derjenigen zum Abbau von Bodenschätzen“. Einer FFH-Verträglichkeitsprüfung zu unterziehende „Pläne“ sind im Sinne der Gesetze: z.B. *Raumordnungspläne (wegen ihres rein gutachtlichen vorklärenden Charakters nicht aber landesplanerische Beurteilungen), Flächennutzungspläne, Bebauungspläne, Fachplanungen wie z.B. Linienbestimmungen nach Bundesfernstraßengesetz, sonstige Pläne und vorgängige bindende (nicht also z.B. Gewässerentwicklungspläne) Entscheidungen wie z.B. wasserwirtschaftliche Maßnahmenprogramme, Hochwasserschutzpläne oder Abfallwirtschaftspläne;*“ (Die FFH-Verträglichkeitsprüfung im Überblick - Rechtliche Grundlagen und Verfahrenshinweise (bayern.de)).

Fehlt das im Bundesnaturschutzgesetz und der FFH-Richtlinie (Art. 6 Abs. 3) festgeschriebene Verfahren, kann es innerhalb der Bauleitplanung zu einem Verfahrensfehler führen. Das Ergebnis der Prüfung, ob und inwieweit die Änderung des FNP – ggf. auch im Zusammenwirken mit anderen Projekten und Plänen - zu erheblichen Beeinträchtigungen des Gebietes führen, kann auch zu einer Unzulässigkeit der Vorhaben führen. Die planende Gemeinde Helgoland ist an die Ergebnisse der FFH- Verträglichkeitsprüfung und der eventuellen FFH- Abweichungsentscheidung gebunden und kann diese nicht im Wege der bauleitplanerischen Abwägung überwinden.

Bebauungsplan Nr. 13 „Düne“

2.

Die Düne Helgoland ist gekennzeichnet durch das Flora-Fauna-Habitat-Gebiet „Helgoland und Helgoländer Felssockel“ DE-1813-391, dem Naturschutzgebiet „Helgoländer Felssockel“ und das EG-Vogelschutzgebiet „Seevogelschutzgebiet Helgoland“ DE- 1813-491. Mit der 15. Änderung des FNP soll zum einen der Bestand gesichert werden, andererseits aber Erweiterungen und Umpfanungen baurechtlich vorbereitet werden. Es steht zu vermuten, dass die Erweiterungen und Änderungen des Plangebietes sich auf die Schutzgebiete auswirken werden.

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Im weiteren Verfahren werden Verträglichkeitsprüfungen zum FFH- und Vogelschutzgebiet sowie eine Artenschutzprüfung erarbeitet.

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>In den Schutzgebieten besteht ein Verschlechterungsverbot gem. § 33 Abs. 1 BNatSchG</u>, ggf. i. V. mit § 22- Abs. 1 LNatSchG, das gilt zu beachten. Laut den Unterlagen beabsichtigt die Gemeinde lediglich für einige Teilbereiche das Verfahren der FFH-Verträglichkeitsprüfung zu veranlassen. Das ist aus unserer Sicht nicht ausreichend. Auswirkungen auf das Schutzgebiet können nicht nur bauliche Maßnahmen, auch die Nutzung der Einrichtungen und Angebote auf der Düne können negativ auf das Schutzgebiet einwirken. Das BfN sagt dazu: „Grundsätzlich ist es dabei jedoch nicht relevant, ob der Plan oder das Projekt direkt Flächen innerhalb des Natura 2000-Gebietes in Anspruch nimmt oder von außen auf das Gebiet einwirkt.“ Ein Beispiel: Südlich des Flugplatzes ist als Maßnahme des Managementplans der Schutz der Möwen dargestellt. Erfahrungsgemäß werden sich zum einen die Möwen mit dem Nestbau nicht zwingend an die Grenzen der vorgesehenen Areals halten. Aber auch Störungen durch Touristen und Naturbeobachter sind nicht auszuschließen. Sperrungen zum Schutz der Möwenkolonie wurden anhand der Angaben aus dem Maßnahmenplan (Blatt Nr. 10) bisher abgelehnt.</p> <p><u>Es ist nicht ersichtlich, ob im Rahmen des Aufstellungsbeschlusses eine FFH-Vorprüfung stattgefunden hat.</u> Eine FFH-Vorprüfung ist ergebnisoffen durchzuführen und die Belange des Schutzgebietes sind mit der Planung dahingehend zu überprüfen, ob Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebietes zu erwarten sind. Wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass durch eine Bauleitplanung ein Natura 2000-Gebiet in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden kann, sind die Vorschriften des § 34 BNatSchG Abs.1 über die FFH-Verträglichkeit und Unzulässigkeit von Projekten sowie entsprechenden Abweichungsentscheidungen anzuwenden.</p> <p>Dies gilt sowohl für die Flächennutzungs- als auch für die Bebauungsplanung der Gemeinden, hier für die Düne der Insel Helgoland.</p>	

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

Anhand der vorliegenden Planunterlagen ist nicht auszuschließen, dass das Natura-Gebiet durch die Planungen negativ beeinflusst wird. In dem Fall muss eine detaillierte Verträglichkeitsprüfung durchgeführt werden.

Daher fordern wir vom BUND SH für den Bebauungsplan Nr. 13 „Düne“ eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchzuführen. Die Planung muss dahingehend überprüft werden, dass das FFH-Gebiet „Helgoland und Helgoländer Felssockel“ durch diese in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen nicht erheblich beeinträchtigt werden.

In Artikel 6 Absätze 3 und 4 der Richtlinie heißt es: "(3) Pläne oder Projekte, die nicht unmittelbar mit der Verwaltung des Gebietes in Verbindung stehen oder hierfür nicht notwendig sind, die ein solches Gebiet jedoch einzeln oder in Zusammenwirkung mit anderen Plänen und Projekten erheblich beeinträchtigen könnten, erfordern eine Prüfung auf Verträglichkeit mit den für dieses Gebiet festgelegten Erhaltungszielen". Weder in der FFH-RL noch im § 34 BNatSchG wird der Begriff „Projekte“ weiter definiert. Daher hat der EuGH auf den Projektbegriff der UVP-Richtlinie zurückgegriffen (vgl. z.B. EuGH, Urteil vom 14.01.2010 - Rs. C-226/08 - Papenburg, Rn. 38). Nach Art. 1 Abs. 2 lit. a UVP- RL sind Projekte „die Errichtung von baulichen oder sonstigen Anlagen“ sowie „sonstige Eingriffe in Natur und Landschaft einschließlich derjenigen zum Abbau von Bodenschätzen“. Einer FFH-Verträglichkeitsprüfung zu unterziehende „Pläne“ sind im Sinne der Gesetze: *z.B. Raumordnungspläne (wegen ihres rein gutachtlichen vorklärenden Charakters nicht aber landesplanerische Beurteilungen), Flächennutzungspläne, Bebauungspläne, Fachplanungen wie z.B. Linienbestimmungen nach Bundesfernstraßengesetz, sonstige Pläne und vorgängige bindende (nicht also z.B. Gewässerentwicklungspläne) Entscheidungen wie z.B. wasserwirtschaftliche Maßnahmenprogramme, Hochwasserschutzpläne oder Abfallwirtschaftspläne;*“ (Die FFH-Verträglichkeitsprüfung im Überblick - Rechtliche Grundlagen und Verfahrenshinweise (bayern.de)).

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Fehlt das im Bundesnaturschutzgesetz und der FFH-Richtlinie (Art. 6 Abs. 3) festgeschriebene Verfahren, kann es innerhalb der Bauleitplanung zu einem Verfahrensfehler führen. Das Ergebnis der Prüfung, ob und inwieweit die Änderung des FNP – ggf. auch im Zusammenwirken mit anderen Projekten und Plänen - zu erheblichen Beeinträchtigungen des Gebietes führen, kann auch zu einer Unzulässigkeit der Vorhaben führen. Die planende Gemeinde Helgoland ist an die Ergebnisse der FFH- Verträglichkeitsprüfung und der eventuellen FFH- Abweichungsentscheidung gebunden und kann diese nicht im Wege der bauleitplanerischen Abwägung überwinden.</p> <p><u>Sollte die Gemeinde Helgoland an den Plänen, ohne eine FFH- Verträglichkeitsprüfung des gesamten Vorhabens, festhalten, nehmen wir hier mit unseren Bedenken und Anregungen zu den Planungsdetails Stellung:</u></p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Im weiteren Verfahren werden Verträglichkeitsprüfungen zum FFH- und Vogelschutzgebiet sowie eine Artenschutzprüfung erarbeitet. Dies beinhaltet auch die FFH-Vorprüfung.</p>
<p>3.</p> <p>Im Wesentlichen sollen durch die Bauleitplanung Flächen und Gebäude in ihrem Bestand gesichert und ggfs. erweitert werden. Im Detail sind die Planungen aus unserer Sicht oft nicht hinreichend und nachvollziehbar begründet. In einigen Bereichen stehen sie im Widerspruch zu den Belangen des Naturschutzes. Die touristischen Belange sollen offensichtlich gefördert und ausgebaut werden. Zum Beispiel wird zur <u>Standortwahl des Lagers</u> formuliert:</p> <p><i>„Eine Konzentration aller Lagerflächen am Anleger (wie im Bebauungsplan Nr. 8 geplant) wird nicht mehr verfolgt, um Besucher nicht durch übermäßigen Fahrzeugverkehr im Anlegerbereich zu beeinträchtigen und den Ankunftsbereich auf der Düne nicht ausschließlich durch Lagerhallen und Abstellflächen zu prägen“.</i></p> <p><u>Diese Aussage zeigt exemplarisch, dass der Schwerpunkt der Planung auf den Tourismus und nicht auf die Belange des Naturschutzes gelegt wird.</u> Wir gehen in den jeweiligen Kapiteln auf die Zielkonflikte, auch im Zusammenhang mit den</p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Es ist das Planungsziel, ein zukunftsfähiges, nachhaltiges, touristisches als auch naturschutzgerechtes Konzept zu entwickeln. Die touristischen Belange sollen gefördert und ausgebaut werden und in Teilen erfolgt die Abwägung der Belange daher auch zu Gunsten des Tourismus.</p> <p>Die Düne nimmt mehrere unterschiedliche Funktionen wahr. Dazu gehört auch, dass sie ganzjährig fast das einzige Naherholungsgebiet für die Helgoländer Bevölkerung darstellt. Die Düne dient dem Fremdenverkehr - der Hauptwirtschaftsgrundlage der Inselbevölkerung Helgolands. Deshalb sollen verschiedenen Unterkunftsmöglichkeiten sowie Freizeit- und Erholungseinrichtungen gesichert werden.</p> <p>Es wurde eine Abwägung zwischen touristischer Nutzung einerseits und Naturschutz andererseits getroffen. Die Insel ist ein Gebiet mit besonderer Erholungseignung (LRP), dementsprechend ist das touristische Angebot auf</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Aussagen des Managementplanes und der gesetzlich geschützten Biotop ein, ohne Anspruch auf Vollständigkeit in der Erwähnung aller festgestellten Biotop.</p>	<p>eine ruhige, naturorientierte Erholung angepasst. Die umfangreichen Schutzmaßnahmen, Beruhigung von Dünenbereichen und die schon stattfindenden Maßnahmen zur Besucherlenkung und Umweltbildung tragen dem hohen naturschutzfachlichen Wert der Düne Rechnung.</p> <p>Der bestehende Betriebshof in der Inselmitte soll erhalten bleiben und wird daher im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplans als Sondergebiet (SO-L) festgesetzt. Der bestehende Standort hat sich aufgrund seiner zentralen Lage auf der Düne, der Nähe zum Südstrand als auch der Erreichbarkeit weiterer Einrichtungen auf der Düne auf bestehenden Wegen bewährt. Im Zuge der Neukonzeption für die Düne wird auch der vorhandene offene Lagerplatz zwischen Bungalowdorf und Betriebshof aufgegeben und die bisher dort gelagerten Gegenstände auf das Betriebshofgelände verlagert. Durch die erweiterte Fläche am Betriebshof wird mehr Platz geschaffen, der benötigt wird für die Unterbringung von Abrollcontainern für die Müllentsorgung, Containern für die Veranstaltung Rock'n'Roll Butterfahrt, Anbaugeräten für die Maschinen sowie Ladeflächen.</p> <p>Durch den Erhalt der Gebäude wird auch die hier vorhandene Löschwasserzisterne gesichert, die der Sicherstellung des Brandschutzes insbesondere für das Bungalowdorf dient.</p>

Entwurf und Begründung Top 4.3



Luftbild Düne aus Google Maps 2022

(Pfeil Grün: Bestand Bungalow, Gelb Fläche SVs, blau Spielplatz gepl.)

4.

Der Entwurf entspricht nicht dem jetzigen Bestand. Im Entwurfsplan ist die Darstellung des SO-B so zu lesen, dass noch Freiräume zum Bebauen vorhanden sind. Im Luftbild (grüner Pfeil) ist jedoch zu erkennen, dass der Status weder dem gültigen Bebauungsplan noch dem des B-Planentwurfs Nr. 13 (SO-B) entspricht. Es ist zu erkennen, dass der gesamte Bereich innerhalb der geplanten Bebauungsgrenzen bereits bebaut ist. Hier besteht ein Konflikt bei der Erstellung des Bebauungsplanes.

Geht es bei dem Sondergebiet Bungalowdorf um eine Bestandsicherung oder handelt es sich um eine bauliche Erweiterung?

Diese Fragestellung der Erweiterung ist mit dem bestehenden Managementplan zu überprüfen.

Der Stellungnahme wird auf folgende Weise gefolgt:

Das Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Bungalowdorf“ (SO-B) dient ausschließlich der Bestandsicherung des Bungalowdorfes am Standort in der Nähe des Hafens und Anlegers. Das Gebiet ist bereits vollständig mit Bungalows bebaut. Erweiterungsflächen sind nicht vorhanden oder geplant. In der amtlichen Plangrundlage (ALKIS) sind noch nicht alle Bungalows eingemessen. Die amtliche Plangrundlage darf von Seiten des Bebauungsplanverfassers nicht einfach verändert werden. Zum besseren Verständnis werden in der Planzeichnung die fehlenden Gebäude als Darstellung ohne Normcharakter „Gebäude (Ferienbungalow) vorhanden –nicht eingemessen“ ergänzt.

Auch im bisherigen Bebauungsplan Nr. 8 ist die Fläche bereits als Sondergebiet festgesetzt.

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>5. In den Satzungsentwürfen für die FNP-Änderung und des B-Planes - SO-FO - stimmen die <u>Bezeichnungen der Sondergebiete nicht mit denen in der Karte für Eingriffe und Kompensation - SO-LV - überein</u>. Auch die Bezeichnungen der Sondergebiete SO-B, statt SO LV sind in den Karten nicht identisch. Bitte überprüfen und berichtigen.</p> <p>6. In der <u>Karte Nr. 6</u> wird eine <u>Fläche südöstlich der Landebahn</u> als SVs (vollversiegelte Verkehrsfläche) gekennzeichnet, es stellt sich jedoch anhand des Luftbildes und der farbigen Darstellung im Bestandsplan dar, dass es sich wohl um eine <u>Düne</u> (s. gelber Pfeil in dem obigen Luftbild) handelt. Bitte die Unterlagen dahingehend überprüfen und berichtigen.</p>	<p>Ein Konflikt bei der Erstellung des Bebauungsplanes kann daher nicht nachvollzogen werden.</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Bezeichnungen auf der Karte für Eingriffe und Kompensation werden geprüft und korrigiert.</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Die Darstellung der Bestandsbiotope basiert auf der Biotoptypenkarte des LLUR (2019/2020). Abweichungen im heutigen Bestand sind auf Grund der Dynamik auf der Düne naturbedingt möglich; teilweise sind versiegelte Flächen übersandet und begrünt.</p>
<p>Begründung</p> <p>3.1. Ziele der Raumordnung</p> <p>7. Der Regionalplan ist aus dem Jahr 1998. Seither hat sich viel verändert, auch der Umgang mit der Natur und seinen spezifischen Bedürfnissen, die Auswirkungen des Klimawandels und die dadurch notwendigen Maßnahmen sind noch nicht umfassend dargestellt. Der <u>Regionalplan SH befindet sich in der Neuaufstellung</u>. Die Aussagen daraus sollten, auch wenn sie noch nicht verabschiedet sind, in der <u>vorliegenden Planung bereits berücksichtigt werden</u>. Dabei ist besonders kritisch das Spannungsfeld Tourismus mit dem Natur- aber auch dem Klimaschutz zu betrachten und zu bewerten.</p>	<p>Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. Alle aktuellen Vorgaben der Raumordnung werden berücksichtigt. Für den Landesentwicklungsplan (LEP) liegt eine Neufassung von 2021 vor. Die Aussagen werden in der Begründung ergänzt. Für die Regionalpläne liegen erste Entwürfe vor, sie werden in die Begründung aufgenommen und als „in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung“ in der Abwägung berücksichtigt.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>8.</p> <p>Die Natur ist (auch) in Schleswig-Holstein in keinem guten Zustand. Die Strategie zum Erhalt der Biologischen Vielfalt in Schleswig-Holstein – Kurs Natur 2030 – zielt deshalb darauf ab, die <u>Biodiversität</u> durch einen ganzheitlichen Ansatz zu erhalten, indem:</p> <ul style="list-style-type: none"> – <u>Flächenbedarfe erfüllt und deren ökologische Qualitäten gesichert</u> werden, – die Fragmentierung der Lebensräume minimiert wird, – <u>Aufwertungs- und Renaturierungsmaßnahmen</u> eingeleitet werden <p>Diese Ziele sind auch in der vorliegenden Planung zu berücksichtigen und mit Maßnahmen zu flankieren.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es werden umfangreiche Maßnahmenflächen im Bebauungsplan festgesetzt.</p>
<p>9.</p> <p><u>Maßnahmen, die die Artenvielfalt bedrohen, sind auszuschließen.</u></p> <p>Ein Negativbeispiel: Der <u>Sandregenpfeifer</u> hat in diesem Jahr <u>innerhalb</u> der FFH-Schutzzone, in einem durch Einzäunung geschützten Bereich (Google-Maps Koordinaten: 54.18796709664507, 7.918346415968037) direkt neben der Aussichtsplattform Aade, erfolgreich gebrütet. Die Ornithologische Arbeitsgemeinschaft Helgoland e.V. berichtete am 10.07.2022, dass trotz mehrfacher Bitten die Einzäunung einer Wildtierruhezone entfernt wurde, obwohl die Jungen noch nicht flügge waren. Es bleibt zu befürchten, dass der Sandregenpfeifer, der dort seit vielen Jahren erstmals wieder einen guten Bruterfolg zeigte, nun durch Störungen wieder vertrieben wird.</p> <p>Auch die großen <u>Seeschwalbenansammlungen</u>, die sich dort im letzten Jahr niedergelassen hatten, werden diesen Platz vermutlich wieder aufgeben. Das <u>Freigeben der Schutzzone widerspricht eindeutig den Schutzzwecken</u> und ist vermutlich den Anforderungen des Tourismus geschuldet. Dabei sind es doch gerade die Erlebnisse mit der Artenvielfalt, die Touristen nach Helgoland kommen lassen. Wer die Internetseiten aufmerksam verfolgt, kann immer wieder lesen, dass sich die Berichte über Helgoland häufig auf Naturerlebnisse beziehen. Nicht auf das Grillen, auf Aktivitäten oder ähnliches, sondern es sind in der Regel</p>	<p>Der Stellungnahme wird auf folgende Weise gefolgt:</p> <p>Die Hinweise werden in der Artenschutzprüfung berücksichtigt.</p> <p>Der Bebauungsplan hat hier keinen Einfluss auf das FFH-Gebiet. Die Kontrolle und Überwachung obliegt der zuständigen Fachbehörde.</p> <p>Der Bebauungsplan setzt hier eine Maßnahmenfläche (M7) fest, mit der das Belassen des Seetangs und die Unzulässigkeit des Aufstellens von Strandkörben geregelt wird.</p> <p>Eine Freigabe der Schutzzone zum Schutz der Brut des Sandregenpfeifers und der dort ruhenden Seeschwalben erfolgt durch die Festsetzungen des Bebauungsplans nicht.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

die Begegnungen mit dem Meer und der Natur, die die Erholungssuchenden auf die Insel ziehen.

Geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 21 LNatSchG S-H

10.

Es besteht für den Bereich der Dünen ein Widerspruch zu dem Maßnahmenblatt 9 „Erhalt des offenen Charakters der Dünen-Lebensräume“ des Managementplanes. Im Managementplan und den Maßnahmenblätter zum FFH-Gebiet wird darauf hingewiesen, dass durch die bereits auf der Düne vorhandene Kartoffelrose (Rosa rugosa) der lebensraumtypische Charakter zerstört und typische Pflanzen verdrängt wird. Um diese Entwicklung zu stoppen, wird festgehalten, dass die Gehölze, insbesondere Neophyten wie die Kartoffelrose gelegentlich aus wertvollen Flächen zu entfernen sind. Das ist zu prüfen und die Entfernung von Rosa rugosa auf der Düne als Maßnahme zu definieren.

Die Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Die Zurückdrängung der Kartoffelrose (Rosa rugosa) zum Schutz des lebensraumtypischen Charakters der Dünen wird bereits in einem Pflegekonzept im FFH-Managementplan beschrieben. Die Zuständigkeit der Umsetzung der Maßnahmen liegt bei der Unteren Naturschutzbehörde (Kreis Pinneberg) bzw. Oberen Naturschutzbehörde (Land Schleswig-Holstein), wobei die Kosten durch öffentliche Mittel (u.a. Fördergelder) finanziert werden. Pflegemaßnahmen von anderer Stelle werden im Rahmen des Bebauungsplans daher nicht als Festsetzung formuliert und auch nicht als ökologische Aufwertung angerechnet.

4.2.1 Sondergebiet Bungalowdorf

11.

Hier besteht ein Konflikt bei der Erstellung des Bebauungsplanes. Der Bestand ist mit den Aussagen des bestehenden Managementplans zu überprüfen.
Siehe auch Entwurf – Abgleich mit der Entwurfszeichnung.

Der Stellungnahme wird auf folgende Weise gefolgt:

Das Sondergebiet Bungalowdorf (SO-B) liegt außerhalb des FFH-Gebiets. Die Festsetzung für ein Bungalowdorf am Anleger im Westen der Düne ist bereits im B-Plan Nr. 8 erfolgt und wurde so auch in den neuen B-Plan übernommen. Die Verträglichkeit der übrigen Festsetzungen im B-Plan mit dem FFH-Gebiet wird im Rahmen einer FFH-Verträglichkeitsprüfung überprüft.

4.2.2. Sondergebiet Ferienhäuser

12.

Wir lehnen die Erweiterung des Sondergebietes **Ferienhäuser** ab.

Der Begründung ist zu entnehmen, dass die Ferienhäuser künftig ganzjährig genutzt werden können. Wir stellen in Frage, dass die dauerhafte Nutzung mit

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Das Sondergebiet Ferienhäuser (SO-FH) liegt außerhalb des FFH-Gebiets. Eine ganzjährige Nutzung wird nicht explizit festgesetzt. Aufgrund fehlender Heizmöglichkeiten und Wasseranschlüsse wird sich die Nutzung auf die

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>den Schutzzwecken in Einklang zu bringen ist. Gerade in den Wintermonaten kann permanentes Bewohnen der Dünen, während der Wurfzeit der Kegelrobben, zu negativen Auswirkungen, aber auch auf andere Arten, führen. <u>Der Managementplan des FFH-Gebietes sieht als notwendige Maßnahme die Verlegung des Campingplatzes vor.</u> Näheres im nächsten Kapitel zu 4.2.4. Es stellt sich für uns die Frage, ob in dem Sondergebiet die Anzahl von 15 Wickelhäuser oder andere Ferienhaustypen für den Naturschutz nicht zu belastend sind. Es sind ja nicht nur die Häuser, sondern deren Nutzungen mit all ihren Begleiterscheinungen können sich für den Schutz der angrenzenden Flächen negativ auswirken. <u>Auch das gilt es mit der FFH-Verträglichkeitsprüfung zu ermitteln.</u></p>	<p>warmer Jahreszeit beschränken. Somit wird schon aus baurechtlichen Gründen keine ganzjährige Vermietung gestattet werden. Das Sondergebiet Ferienhäuser liegt außerhalb des Geltungsbereichs des FFH-Managementplan. Im weiteren Verfahren werden Verträglichkeitsprüfungen zum FFH- und Vogelschutzgebiet sowie eine Artenschutzprüfung erarbeitet.</p>
<p>4.2.4. Sondergebiet Dünenrestaurant</p> <p>13. Für die Kap. 4.2.2 SO-FH und Kap. 4.2.4 SO-R ist ein <u>Zielkonflikt mit dem Managementplan des FFH-Gebietes festzustellen.</u> Laut der Aussage aus Kap. 6.2.8 Umsetzung des Grünordnungsplan zum B-Plan Nr. 8 „Düne“ sind folgende Kompensationsmaßnahmen für den Bau von 57 Ferienbungalows durchzuführen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Rückbau des alten Hüttendorfes einschließlich der Infrastruktur im Osten der Düne, - Verlegung von Nutzungen aus den Dünen des FFH-Gebietes in den Westteil der Insel. <p>Dies gilt auch für den Campingplatz, den Spielplatz, das Dünenrestaurant, Grillhütten, Infrastruktur für den Dünenbetrieb und den Minigolfplatz.</p> <p>14. Die Begründung beschreibt zum Sondergebiet „Dünenrestaurant“ den Bestand und die geplanten Maßnahmen. Es wird festgestellt, dass die Planungen keine Auswirkungen auf das FFH-Gebiet haben werden. <u>Das Sondergebiet Dünenrestaurant grenzt an das FFH-Schutzgebiet und an die gesetzlich geschützten Biotope</u> mit der lfd. Nummer 0149, 0119, 0107 und 0133. Es wird die</p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Das Sondergebiet Dünenrestaurant (SO-R) liegt außerhalb des FFH-Gebiets. Die Zielsetzung des bestehenden Bebauungsplans Nr. 8 (von 1998) wird seitens der Gemeinde nicht mehr verfolgt. Zur Umsetzung der modifizierten Zielsetzung und Neukonzeption für die Düne erfolgt die Aufstellung des neuen Bebauungsplans. Hinsichtlich des Dünenrestaurants besteht die Absicht, dieses am bisherigen, langjährig vorhandenen Standort zu erhalten und planungsrechtlich zu sichern.</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Im weiteren Verfahren werden Verträglichkeitsprüfungen zum FFH- und Vogelschutzgebiet sowie eine Artenschutzprüfung erarbeitet. Dies beinhaltet auch die FFH-Vorprüfung.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Aussage formuliert, dass für die Schutzgebiete keine Biotope betroffen sind. Diese Aussage kritisieren wir und hinterfragen sie im Widerspruch zu den Aussagen der Biotopbögen. Als Gefährdungspotential wird dort u.a. Tourismus und Freizeit beschrieben. Anhand der vorliegenden Planunterlagen kann nicht festgestellt werden, ob eine <u>Vorprüfung</u> stattgefunden hat. Uns fehlt die Grundlage, auf der jetzt ausgeschlossen wird, dass es keine <u>Auswirkungen auf die Schutzgebiete</u> geben wird.</p> <p>Minigolfanlage</p> <p>15.</p> <p>Der Rückbau der Minigolfanlage ist im alten B-Plan Nr. 8 als Kompensationsmaßnahme IV satzungsmäßig festgesetzt. Diese Maßnahme ist nicht umgesetzt worden. Daher stellen wir die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes Nr. 8 in Frage.</p> <p><u>Wir stellen auch die Frage, ob die Nichtumsetzung einer Kompensationsmaßnahme mit der Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes geheilt werden kann.</u></p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Der Minigolfplatz besteht seit Jahren in der heutigen Lage. Im rechtskräftigen Bebauungsplan sollte die Anlage zurückgebaut und eine Düne entwickelt werden. Das Gesamtkonzept sieht nun im Konsens mit den Fachämtern vor, den Minigolfplatz am heutigen Standort zu erhalten. Im Abgleich mit dem rechtskräftigen Bebauungsplan stellt die Minigolfanlage somit einen Eingriff dar und wird auch als solcher in die Bilanz eingestellt. Für die Anlage muss somit ein Ausgleich geleistet werden.</p> <p>Die Nichtumsetzung der Kompensationsmaßnahmen aus dem bestehenden B-Plan wird bei der Neuaufrstellung berücksichtigt.</p>
<p>4.2.5. Sondergebiet Flugplatz</p> <p>16.</p> <p>Das Sondergebiet Flugplatz <u>grenzt an das FFH-Schutzgebiet und an gesetzlich geschützte Biotope</u>. Es wird die Aussage formuliert, dass für die Schutzgebiete keine Biotope betroffen sind. Diese Aussage kritisieren wir und hinterfragen sie. Anhand der vorliegenden Planungsunterlagen kann nicht festgestellt werden, ob eine Vorprüfung stattgefunden hat. Uns fehlt die Grundlage, auf der jetzt ausgeschlossen wird, dass es keine Auswirkungen auf die Schutzgebiete geben wird. <u>Hier wäre auch eine Überprüfung der schutzbezogenen Maßnahmen notwendig.</u></p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Das Sondergebiet Flugplatz (SO-F) grenzt nicht an gesetzlich geschützte Biotope und liegt nicht innerhalb des FFH-Schutzgebiets.</p> <p>Die Ausweisung des Flugplatzes (Start- und Landebahnen, Rollflächen, Nebenflächen) umfasst flächendeckend den heutigen Bestand. Der Flugplatz muss als Fläche für den Luftverkehr nachrichtlich in den Bebauungsplan / Flächennutzungsplan übernommen werden. Die Gemeinde hat hier keinen Einfluss auf die Ausweisung.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

4.2.6. Sondergebiet Lager Dünenbetrieb / Betriebshof

17.

Die Planungen für das Sondergebiet SO-L überlagern eine Maßnahmenfläche aus dem alten BP Nr. 8. Es fehlt die Beschreibung der Zielsetzung und des aktuellen Zustandes (Erreichung der Ziele, fehlende Kompensation).

Das Sondergebiet Lager grenzt an das FFH-Schutzgebiet und an die gesetzlich geschützten Biotope mit der Ifd. Nummer 0145, 0149 und 0136. Es wird die Aussage formuliert, dass für die Schutzgebiete keine Biotop e betroffen sind. Diese Aussage kritisieren wir und hinterfragen sie. Als Gefährdungspotential wird in den Biotopbögen u.a. Tourismus und Freizeit beschrieben. Anhand der vorliegenden Planunterlagen kann nicht festgestellt werden, ob eine Vorprüfung stattgefunden hat. Uns fehlt die Grundlage, auf der jetzt ausgeschlossen wird, dass es keine Auswirkungen auf die Schutzgebiete geben wird.

Die Flächen mit den landseitigen Anlagen und Gebäuden (Ankunfts- Abfertigungsgebäude, Tower, Hallen) werden bestandsgemäß als Sondergebiet Flugplatz (SO-F) festgesetzt.

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Das Sondergebiet Dünenbetrieb / Betriebshof (SO-L) überschreitet im Norden und Osten zu einem kleinen Teil die Grenze des FFH-Schutzgebietes. Für die im westlichen Teil des Sondergebietes vorgesehene Erweiterungsfläche und die Neuordnung des befahrbaren Weges bzw. der Zuwegung zum Südstrand außerhalb des Betriebshofes ist die kleinflächige Beseitigung von gesetzlich geschützten Biotopflächen erforderlich.

Die Erheblichkeit der Beeinträchtigung der Inanspruchnahme wird in der FFH-Verträglichkeitsprüfung beurteilt.

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

4.2.8 Schutzbereich DGPS-Antennen

18.

Der Schutzbereich GPS-Antenne grenzt an das FFH-Schutzgebiet und an die gesetzlich geschützten Biotop mit der lfd. Nummer 0145, 0149 und 0136. Es wird die Aussage formuliert, dass für die Schutzgebiete keine Biotop betroffen sind. Diese Aussage kritisieren wir und hinterfragen sie. Als Gefährdungspotential wird in den Biotopbögen u.a. Tourismus und Freizeit beschrieben. Anhand der vorliegenden Planunterlagen kann nicht festgestellt werden, ob eine Vorprüfung stattgefunden hat. Uns fehlt die Grundlage, auf der jetzt ausgeschlossen wird, dass es keine Auswirkungen auf die Schutzgebiete geben wird.

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Es werden lediglich bestehende Antennen-Anlagen gesichert. Bei der Festsetzung der beiden Standorte als Sondergebiete „Funkortung“ (SO-FO) handelt es sich um eine reine Bestandsfestsetzung der gesonderten Grundstücke der Anlagen. Die Antennen waren auch zum Zeitpunkt der Aufstellung des bestehenden Bebauungsplans Nr. 8 bereits vorhanden. Hierin sind die Anlagen ebenfalls dargestellt, wurde jedoch nicht flächenhaft (als Sondergebiet) festgesetzt, sondern nur als Symbol im Bestand gekennzeichnet. Obwohl die Anlagen sich im Bebauungsplan Nr. 8 innerhalb einer festgesetzten Maßnahmenfläche befinden, war eine Wegnahme der Anlagen nie geplant oder beabsichtigt. Durch die nun getroffene Festsetzung als Sondergebiet wird kein neuer Eingriff vorbereitet. Erhebliche Beeinträchtigungen des FFH-Gebietes sind durch die Bestandsfestsetzungen nicht zu erwarten.

Die Bilanzierung wird in diesem Sinne angepasst.

4.3. Maß der baulichen Nutzung, Bauweise, Baugrenzen

19.

Um die Flächenversiegelung möglichst gering zu halten, sollten Nebenanlagen in den Sondergebieten SO-B, SO FH und SO-D nur innerhalb der Bebauungsgrenzen zugelassen werden.

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sind nur innerhalb der Baugebiete zulässig. In den genannten Baugebieten wurde auf die Festsetzung von Baugrenzen verzichtet, die Steuerung der Versiegelung erfolgt über Höchstgrenzen der Grundflächenzahl (GRZ) und deren Überschreitungs-möglichkeit nach § 19 Absatz 4 BauNVO. Eine örtliche Steuerung der Versiegelung durch Baugrenzen ist nicht erforderlich.

20.

Zum Schutz des Landschaftsbildes sollte

– Die Gebäudehöhe für das Restaurant nur als Flachdach oder einer Dachneigung von max. 10° zugelassen werden

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Die Regelungen in den örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan werden für sinnvoll und ausreichend erachtet. Für das Sondergebiet Dünenrestaurant ist eine Höhenbeschränkungen von 6 m über der Oberkante der

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>- Die <u>Verwendung von Photovoltaikanlagen auf Hausdächern mit der Dachbegrünung kombiniert</u> werden.</p>	<p>Ostkaje des Dünenhafens (Bezugspunkt der Höhenmessung) sowie eine maximale Eingeschossigkeit festgesetzt (was dem Bestand von ca. 4 m Gebäudehöhe entspricht), so dass keine massiven Gebäude möglich sind. Es ist nicht ersichtlich, warum ein geneigtes Dach nachteilig sein soll.</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Es wurden einige Festsetzungen zur Dachneigung getroffen, z. B. wo es zur Vereinheitlichung der Ferienhäuser sinnvoll war. Sowohl Photovoltaik (PV) als auch Gründächer sind unbeschränkt zulässig. Auf spezielle Festsetzungen z. B. zur Kombination von PV und Gründächer, Solarpflicht usw. wird verzichtet, da die gesamte Düne sich im Eigentum der Gemeinde befindet und eine unnötige Selbstbindung der Gemeinde vermieden werden soll.</p>
<p>Bauweise</p> <p>Die Länge der Gebäude im SO-B, SO-FH und SO D sollen 50 m nicht überschreiten. Diese Massivität beeinträchtigt das Landschaftsbild erheblich. Vor allem im Bereich der Ferienhäuser und im Bungalowdorf sind die Angaben einer Gebäudelänge von 50 m zu hinterfragen.</p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Die Festsetzung der offenen Bauweise im Bereich der Sondergebiete „Bungalowdorf“, „Ferienhäuser“ und „Dünenbetrieb“ ist erfolgt, damit Gebäude mit seitlichem Abstand zur Grundstücksgrenze errichtet werden und die Länge der Gebäude 50 m nicht überschreiten.</p> <p>Das Erreichen dieser maximalen Gebäudelänge ist im Bungalowdorf ausgeschlossen, da das Gebiet bereits vollständig mit den Bungalows bebaut ist. Auch im Bereich der Ferienhäuser sind diese Gebäudelängen unrealistisch, da die maximal möglichen 15 Gebäude mit jeweils maximal 35 m² Grundfläche locker verteilt und mit Abstand zueinander errichtet und in einzelne durch Wälle abgegrenzte Bereiche eingefügt werden. Im Sondergebiet „Dünenbetrieb“ am Hafenanleger werden bis zu 50 m lange Gebäude als verträglich angesehen.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Baugrenzen</p> <p>Um den Schutz der FFH-Gebiete und Biotope nicht zu gefährden, sind die Baugrenzen im SO-B und SO-D mit einem festgelegten Abstand zum FFH-Gebiet und/oder zu den gesetzlich geschützten Biotopen zu ziehen.</p> <p>Zur Vermeidung von Missverständnissen und unbeabsichtigten negativen Auswirkungen auf den Schutzzweck der angrenzenden FFH-Gebiete und Biotope sollten die Abstände der Gebäude zur Bebauungsgrenze genauer definiert werden.</p> <p>4.4.1. Spielplatz / Parkanlage</p> <p>Die Verlegung des nordöstlich gelegenen Spielplatzes aus dem FFH-Gebiet begrüßen wir. Wir sehen jedoch die geplanten Standorte kritisch. Die Lage südlich des Bungalowdorfes ist auf der Karte Bestand als Ruderale Grasflur (RhG) gekennzeichnet, auf dem Luftbild (s.o.) ist jedoch zu erkennen, dass sich dort offensichtlich eine offene Sandflächen entwickelt hat. Diese sind wertvoller Lebensraum für viele Arten, z.B. Kerbtiere oder Pflanzen, die sich auf Sandflächen spezialisiert haben. <u>Hier besteht ein Konflikt</u>, der betrachtet und geprüft werden muss. Aber auch der nördlich gelegene Standort an der Bungalowanlage sollte noch einer Potentialanalyse unterzogen werden.</p> <p>4.4.2. Zeltplatz</p> <p>Die Umwidmung eines Teilbereichs des Zeltplatzes als öffentliche Grünfläche begrüßen wir. Es wird leider nur eine Teilfläche umgewidmet, nicht der gesamte Zeltplatz, so wie es als Maßnahme des <u>Managementplanes gefordert wird</u>. Die Aussage aus Kap. 6.2.8 Umsetzung des Grünordnungsplan zum B-Plan Nr. 8 „Düne“ lautet: <i>für den <u>Campingplatz</u> sind folgende Kompensationsmaßnahmen für den Bau von 57 Ferienbungalows durchzuführen:</i></p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Für die Sondergebiete Bungalowdorf (SO-B) und Dünenbetrieb (SO-D) wird auf eine Festsetzung von Baugrenzen verzichtet, um eine Flexibilität bei der Platzierung der Gebäude und Hallen unter Berücksichtigung der örtlichen Topografie zu erhalten. Das Bungalowdorf ist bereits vollständig bebaut. Für die Sondergebiete sind durch die vorhandenen Wälle bereits deutliche Abgrenzung zu den Naturschutzflächen vorhanden.</p> <p>Die Lage der Baugebiete wird im Rahmen der FFH-Verträglichkeitsprüfung überprüft.</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Die Verortung der Spielflächen erfolgte aus funktionalen Gründen im Nahbereich des Bungalowdorfes (SO-B) und des Anlegers (SO-D). Zudem werden im Zuge der geplanten Nutzung die Flächen nicht vollständig in Anspruch genommen. Die Darstellung der Bestandsbiotope basiert auf der Biotoptypenkarte des LLUR (2019/2020). Abweichungen im heutigen Bestand sind auf Grund der Dynamik auf der Düne naturbedingt möglich.</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Der Zeltplatz wird bei Verbleib am heutigen Standort als Eingriff gewertet, für den ein Ausgleich notwendig wird. Er liegt bis auf den kleinen Teilbereich des Gruppenzeltplatzes nicht im FFH-Gebiet. Die Im FHH-Managementplan dargestellten Maßnahmen außerhalb des FFH-Gebietes haben Hinweischarakter.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

– (soll die) *Verlegung von Nutzungen aus den Dünen des FFH-Gebietes in den Westteil der Insel erfolgen.*

Es wird die Aussage formuliert, dass für die Schutzgebiete keine Biotope betroffen sind. Diese Aussage kritisieren wir und hinterfragen sie. Als Gefährdungspotential wird im Biotopbogen u.a. Tourismus und Freizeit beschrieben. Anhand der vorliegenden Planunterlagen kann nicht festgestellt werden, ob eine Vorprüfung stattgefunden hat. Uns fehlt die Grundlage, auf der jetzt ausgeschlossen wird, dass es keine Auswirkungen auf die Schutzgebiete geben wird.

Somit besteht ein Konflikt mit den Aussagen und Zielformulierungen des FFH-Managementplanes. Die Flächenzuweisung erfolgt offensichtlich zur Förderung des Tourismus und nicht an den Erfordernissen des Naturschutzes und dem Maßnahmenplan. Die Begründung, „dass der Zeltplatz dort bestehen soll“, ist nicht ausreichend. Sie erklärt nicht, warum den Aussagen aus dem Maßnahmenplan des FFH-Schutzgebietes nicht gefolgt wird. Zur Erfüllung der Schutzzwecke des FFH-Managementplanes sollte die Verlegung des Campingplatzes als Maßnahme im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 13 umgesetzt werden.

4.4.3. Strand

Es fehlt die Beschreibung der Robbenkolonie, deren Schutzwürdigkeit, der Wirksamkeit der Besucherlenkung und der Schutzbestrebungen inkl. der notwendigen Maßnahmen zur Zielerreichung. Besonders die Schutzmaßnahmen der Robbenkolonien erscheinen nicht ausreichend zu sein. Es kann immer wieder beobachtet werden, dass Touristen keinen hinreichenden Abstand zu den Tieren einhalten. Auch die Maßnahmen zum Schutz der Brutvögel müssen überprüft werden.

Zum Schutz der Seevögel und der Robbenkolonie sollten aus naturschutzfachlicher Sicht jegliche Freizeitaktivitäten mit Segel untersagt werden. Dazu gehören auch Windsurfen und Kiten. Leider ist es so, dass gerade

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Im weiteren Verfahren werden Verträglichkeitsprüfungen zum FFH- und Vogelschutzgebiet, eine Artenschutzprüfung und der vollständige Umweltbericht erarbeitet.

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

diese Sportarten aufgrund ihrer Schnelligkeit und der häufig zu beobachtenden Missachtung der Schutzzonen Seevögel aufscheuchen, verjagen oder bei der Nahrungssuche behindern. Der Managementplan sagt dazu:

„Am Nordstrand der Düne wird in begrenztem Umfang gesurft. Kitesurfen ist bisher nicht bekannt und würde auch zu erheblichen Störungen der Brutvögel auf der Düne führen. Weitere sportliche Aktivitäten müssen mit den Erhaltungszielen der NATURA2000-Gebiete kompatibel sein. Dies muss im Rahmen einer FFH-Studie belegt werden und nicht naturverträglich sind:

– Ausweisung eines Surfbereichs am Nordstrand im EG-Vogelschutzgebiet; insbesondere Kite-Surfen kann zu erheblichen Störungen des Vogelschutzgebietes führen.“

4.4.6. Grillplatz

Die Anlage eines oder mehreren Grillplätzen innerhalb der Flächen des FFH-Gebietes oder der Biotope steht aus naturschutzfachlicher Sicht in einem Konflikt mit deren Schutzzwecken. Die Grillplätze sollten nur innerhalb der Sondergebiete für Camping und Ferienhäuser zugelassen werden. Der Grillplatz M3 ist aus naturschutzfachlicher Sicht auszuschließen. Es wird die Aussage formuliert, dass für die Schutzgebiete keine Biotope betroffen sind. Diese Aussage kritisieren wir und hinterfragen sie. Als Gefährdungspotential wird in den entsprechenden Biotopbögen u.a. Tourismus und Freizeit beschrieben. An den Grillplätzen kommen noch die spezifischen Auswirkungen des Grillens hinzu. Lärm, Rauchentwicklung oder auch das unachtsame Liegenlassen von Abfällen können durchaus negativ auf die Schutzzonen auswirken. Anhand der vorliegenden Planunterlagen kann nicht festgestellt werden, ob eine Vorprüfung stattgefunden hat. Uns fehlt die Grundlage, auf der jetzt ausgeschlossen wird, dass es keine Auswirkungen auf die Schutzgebiete geben wird.

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Der zusätzliche Grillplatz östlich des Sondergebietes „Ferienhäuser“ (SO-FH) wird gestrichen.

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>4.6 Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft</p> <p>Die Qualität der zu pflanzenden Heister sollte aus mind. <u>1xv Ware</u> in Baumschulqualität bestehen. Diese sind kräftiger und weniger ausfallgefährdet.</p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Die festgesetzte Pflanzqualität erfüllt die Anforderung und geht noch darüber hinaus.</p>
<p>M3 - Sicherung und Wiederherstellung der Dünen innerhalb der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft</p> <p>Für die Pflanzmaßnahmen sind ausdrücklich Maschineneinsätze erlaubt. Die Böden auf der Düne reagieren gegen Umwelteinflüsse jedoch sehr empfindlich. Daher sollten nur solche Maschinen zum Einsatz kommen, die umweltfreundlich sind, insbesondere leise und ohne schädliche Immissionen. Weitere Hinweise gibt der Leitfaden Bodenschutz bei Gewässerrenaturierungsmaßnahmen des LLUR, insbesondere unter „Planung des Maschineneinsatzes und der Baustelleneinrichtung“.</p> <p>Es sollten noch Maßnahmen zur Pflege der Grünflächen definiert werden, Zeitraum, Umgang mit dem Mähgut etc.. Besonders insektenschonend ist der Einsatz von Balkenmäher.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>
<p>M4 - Renaturierung der Dünen innerhalb der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft</p> <p>Der erste Satz ist unvollständig.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Der Satz wird in der textlichen Festsetzung ergänzt.</p>
<p>M8 Erweiterung Teichfläche innerhalb der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft</p> <p>Es fehlt die Zustandsbeschreibung der Teiche, der Zielsetzung aus dem Managementplan und der notwendigen Maßnahmen zur Zielerreichung. Insbesondere sind die Verlandung und die Entfernung von nichtheimischen Fischen und Schildkröten zu betrachten. Es wird bezweifelt, dass sich ohne diese Maßnahmen eine natürliche Entwicklung einstellen kann. Ein Ziel aus dem</p>	<p>Der Stellungnahme wird auf folgende Weise gefolgt.</p> <p>Die Zielsetzung des bestehenden Bebauungsplans Nr. 8 zum Grillplatz und Teich wird geändert. Die Einzäunung ist nicht mehr notwendig, da die Nutzung Grillplatz verlegt wird. Die Verbesserung der Wasserqualität wird auch dadurch erreicht, dass die menschliche Nutzung am Standort herausgenommen wird. Es unterbelieben künftig u.a. Nährstoffeinträge durch Fütterung der Wasservogel.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Grünordnungsplan zum alten B-Plan Nr. 8 ist unter Punkt III das Ziel „Verbesserung der Wasserqualität“ satzungsmäßig festgesetzt. Auch diese Maßnahme ist nicht umgesetzt worden. Daher stellen wir die Kompensation und somit die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes Nr. 8 in Frage. Wir stellen auch hier die Frage, ob die Nichtumsetzung einer Kompensationsmaßnahme mit der Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes geheilt werden kann.</p>	
<p>Beleuchtung</p> <p>Zum Schutz von Tieren und Pflanzen vor den Auswirkungen von Beleuchtungen wurde § 41 a neu in das BNatSchG eingefügt. Danach sind neu zu errichtende Beleuchtungen an Straßen und Wegen – ebenso wie Außenbeleuchtungen baulicher Anlagen und Grundstücke und beleuchtete oder lichtemittierende Werbeanlagen – technisch und konstruktiv so zu gestalten und mit Leuchtmitteln auszustatten, dass <u>Tiere und Pflanzen</u> vor Lichtimmissionen umfassend geschützt werden (BfN: Leitfaden zur Neugestaltung und Umrüstung von Außenbeleuchtungsanlagen).</p> <p>Das gilt auch für die bereits beschlossene Satzung der Gemeinde für Werbeanlagen. Die Beleuchtung sollte staubdicht und nicht nur außerhalb der touristisch frequentierten Zeiten zu den Grün/Außenflächen hin abgeschirmt werden, so dass eine direkte Lichteinwirkung auf diese Flächen vermieden wird.</p>	<p>Der Stellungnahme ist bereits auf folgende Weise gefolgt worden: Es ist bereits eine Festsetzung zur Verwendung insektenfreundliche Leuchtmittel getroffen worden.</p> <p><i>„1.21 (neu 1.20) Bei der Beleuchtung der Außenflächen, mit Ausnahme des Flugplatzes, sind insektenfreundliche Leuchtmitteln (< 3000Kelvin) zu verwenden. Die Leuchten dürfen nur nach unten abstrahlen und die Beleuchtung ist auf ein Mindestmaß, insbesondere außerhalb der Touristensaison, zu reduzieren.“</i></p>
<p>Rückbau von Wegen / Neubau von Wegen</p> <p>Wir begrüßen die Erstellung eines Wegekonzeptes, wie können jedoch nicht erkennen, ob das Konzept mit den Aussagen aus dem Managementplan übereinstimmt. Das ist mit der Verträglichkeitsprüfung noch abzugleichen. Es sollten im Zuge dieser Planungen die Trampelpfade, die innerhalb der Schutzzone liegen, überprüft werden. Anhand des Luftbildes ist zu vermuten, dass innerhalb der Schutzzonen noch einige vorhanden sind. Es sollten Maßnahmen getroffen werden, die die weitere Nutzung der Trampelpfade vermeiden oder weitere entstehen lassen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Im weiteren Verfahren werden Verträglichkeitsprüfungen zum FFH- und Vogelschutzgebiet, eine Artenschutzprüfung und der vollständige Umweltbericht erarbeitet.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>4.7. Örtliche Bauvorschriften</p> <p>Für die baulichen Maßnahmen, die im Sinne der Nachhaltigkeit und gem. des BauGB festgesetzt werden können (Außenhaut, Dachbegrünung, Immissionen, etc.) sollten entsprechende Formulierungen verwendet werden, s. auch unter Tourismus.</p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Die gesamte Düne ist im Eigentum der Gemeinde, es gibt keine privaten Grundstücke. Auf die Festsetzung weiterer Gestaltungsfestsetzung über die bereits getroffenen hinaus wird daher verzichtet.</p>
<p>5.2. Straßenverkehrsflächen / Wegekonzzept</p> <p>Folgender <u>Festsetzungsvorschlag für openporige Wege und Plätze</u> (außer Hafenareal)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Alle Fahr- Platz- und Wegeflächen sind mit wasser- und luftdurchlässigen Aufbau mit einem Abflussbeiwert von max. 0,6 herzustellen. Die für die Wasser- und Luftdurchlässigkeit des Bodens wesentlich mindernden Befestigungen – wie Beton unterbau, Fugenverguss oder Betonierung – sind unzulässig. 	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Das Regenwasser der Verkehrsflächen versickert vor Ort. Es handelt sich um sandige Böden. Einige Wegeverbindungen müssen versiegelt erhalten bleiben.</p> <p>Auf eine besondere Festsetzung zum Abflussbeiwert kann verzichtet werden.</p>
<p>11 Umweltbericht</p> <p>11.2. Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung</p> <p>Auch hier wird die Kartoffelrose als geschützt bezeichnet, s. auch unter 3.1 Ziele der Raumordnung.</p> <p>Die Genehmigung sollte einen Termin enthalten, bis zu dem die Kompensationsmaßnahmen fertigzustellen sind;</p> <ul style="list-style-type: none"> – z. B. 1 Jahr nach Inbetriebnahme, – z. B. Umsetzung mit Beginn der Baumaßnahme / Berichtspflicht halbjährlich. <p>Es ist eine Erfolgskontrolle der Maßnahmen nach 5 und 10 Jahren erforderlich; hierzu sind spezifische floristische und faunistische Erhebungen durchzuführen.</p> <p>Zu den weiteren Themen im Umweltbericht können wir erst nach dem Vorliegen des vollständigen Berichtes eine Stellungnahme abgeben.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Aussagen zum Monitoring werden im Umweltbericht getroffen.</p> <p>Der Biotoptyp ‚Khr - Düne mit Kartoffelrose‘ gilt nach §30 BNatSchG als geschütztes Biotop, auch wenn darin die gebietsfremde Kartoffelrose vorkommt. Die Forderungen auf Eindämmung der Kartoffelrose oder vollständige Entfernung der Art ist ein Widerspruch, der sich nicht auflösen lässt.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>„Landschaftsbauarbeiten“ und die DIN 18915 „Vegetationstechnik im Landschaftsbau-Bodenarbeiten“ eingearbeitet werden</p> <p>Naturschutz</p> <p>Zur Förderung der Artenvielfalt und zum Schutz des Landschaftsbildes sollten:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Neue Gebäude, oder Dächer die saniert werden, grundsätzlich mit einer <u>Dachbegrünung</u> versehen werden, es sei denn, dass die bauliche Art des Gebäude es nicht zulässt, z.B. Wickelhäuser, – Gebäudewände mit einer <u>Wandbegrünung</u> versehen werden. <p>Die Artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände gem. §42 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sind zu beachten. In diesem Fall ist eine Baufeldräumung nur außerhalb des Brutzeitraumes (als Brutzeitraum gilt die Zeit zwischen dem 1. März und dem 30. September) zulässig oder zu anderen Zeiten nach fachkundiger Kontrolle auf Nester und wenn durch Maßnahmen Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden können.</p> <p>Bei Bautätigkeiten gilt die DIN 18920 „Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ und die RAS-LP 4 „Schutz von Bäumen, Vegetationsflächen und Tieren bei Baumaßnahmen“ sowie die ZTV-Baumpflege (2006): Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Baumpflege. 5. Auflage, Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung, Landschaftsbau, Bonn, 71 S.</p> <p>Naturverträglicher Tourismus</p> <p>Auch in Schleswig-Holstein wird der naturverträgliche Tourismus immer beliebter. Eine Variante der Freizeitgestaltung im Einklang mit der Natur, die auch auf Helgoland gefördert werden sollte. Das beinhaltet maximaler Schutz des FFH-Gebietes, der gesetzlich geschützten Biotope, des NSG und des Ramsar-Gebietes, bei behutsam gelenktem naturverträglichem Tourismus, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> – Rückbau der Versiegelung in den Schutzzonen, 	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Die gesamte Düne ist im Eigentum der Gemeinde, es gibt keine privaten Grundstücke. Auf die Festsetzung weiterer Festsetzungen über die bereits getroffenen hinaus wird verzichtet.</p> <p>Die Hinweise werden zu Kenntnis genommen.</p> <p>Im weiteren Verfahren wird eine Artenschutzprüfung durchgeführt.</p> <p>Die Hinweise werden zu Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise werden zu Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<ul style="list-style-type: none"> – die vollständige Umsetzung des FFH-Maßnahmenplans, – das Aufrechterhalten des Hundeverbotes auf der Insel, – das Entfernen und Vermeiden von Trampelpfade, – keine zusätzliche Versiegelung zulassen, – die Erstellung eines Abfallkonzeptes mit dem Vorrang der Abfallvermeidung, – die Verwendung von Naturmaterialien, – die Erstellung von Nachhaltigkeitskonzepten für Bauen und Erholen, – Erstellung von Energiekonzepten unter Transformation zur regenerativen Energienutzung – Gebäude, die sich optisch in die Umgebung einfügen, – Vermeidung schädlicher Immissionen (u.a. Lärm, Licht (s.o.)). – Erstellung eines Naturlehrpfadkonzeptes mit Hinweisen auf Besonderheiten und auf den achtsamen Umgang mit den geschützten Beständen. Verständnis für den Schutz der Düne zu wecken, ist eine wertvolle Aufgabe, der sich Helgoland stellen sollte. 	
Wir bitten um Zusendung des Abwägungsprotokolls-	Der Stellungnahme wird gefolgt.
1.9 AG-29 Arbeitsgemeinschaft der anerkannten Naturschutzverbände in Schleswig-Holstein, 11.08.2022	
<p>Die in der AG-29 zusammengeschlossenen Naturschutzverbände verweisen hinsichtlich des Umfanges und des Detaillierungsgrades der Umweltprüfung auf die in § 2 (4) und § 2a (2) BauGB sowie in der Anlage 1 des BauGB festgelegten Standards.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Umweltbericht wird nach den Vorgaben des Baugesetzbuches erstellt.</p>
<p>Die FFH-Verträglichkeitsprüfung stellt innerhalb des durch Art. 6 Abs. 3 und 4 FFH-RL bzw. § 34 BNatSchG normierten Prüfprogrammes die naturschutzrechtliche Prüfung eines Projektes bzw. Planes im Hinblick auf dessen Zulassungsfähigkeit bzw. Durchführungsmöglichkeit dar.</p>	<p>Im weiteren Verfahren werden Verträglichkeitsprüfungen zum FFH- und Vogelschutzgebiet und eine Artenschutzprüfung durchgeführt.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

Dabei ist zu beachten, dass das gesamte Projekt (bzw. der gesamte Plan) einer Prüfung unterzogen werden muss. Zu betrachten ist das gesamte Natura-2000 Gebiet, das direkt oder indirekt betroffen ist bzw. betroffen sein kann. Die AG-29 behält sich ausdrücklich vor, im weiteren Verfahren umfassend vorzutragen

1.10 Institut für Vogelforschung "Vogelwarte Helgoland", 09.08.2022

Allgemeine Anmerkungen

Grundsätzlich möchte ich anmerken, dass ich den Erhalt der Lebensräume auf der Düne nicht als Behinderung des Fremdenverkehrs und der Naherholung der Insulaner ansehe, sondern als Grundlage für beides! Zumindest für den Tourismus belegen dieses die Gästeebefragungen der letzten Jahre. Es fällt weiterhin auf, dass auch im FFH-Gebiet kein einziger Bereich so gut geschützt ist, dass sich Primärdünen mit ihrer Tier- und Pflanzenwelt ungestört entwickeln können (s. dazu auch ornithologische Belange).

Insgesamt fällt der naturschutzfachliche Vergleich zwischen dem Bebauungsplan von 1998 und dem Vorentwurf 2022 – wie die Bilanz unter 11.2 zeigt – für Naturschutzbelange ernüchternd aus, denn von dem ursprünglich geplanten zusammenhängenden Dünengürtel im Nordosten der Düne ist nur noch ein kleiner Teil erhalten geblieben.

Kenntnisnahme.

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Es ist das Planungsziel, ein zukunftsfähiges, nachhaltiges, touristisches als auch naturschutzgerechtes Konzept zu entwickeln. Die touristischen Belange sollen gefördert und ausgebaut werden und in Teilen erfolgt die Abwägung der Belange daher auch zu Gunsten des Tourismus.

Die Düne nimmt mehrere unterschiedliche Funktionen wahr. Dazu gehört auch, dass sie ganzjährig fast das einzige Naherholungsgebiet für die Helgoländer Bevölkerung darstellt. Die Düne dient dem Fremdenverkehr - der Hauptwirtschaftsgrundlage der Inselbevölkerung Helgolands. Deshalb sollen verschiedenen Unterkunftsmöglichkeiten sowie Freizeit- und Erholungseinrichtungen gesichert werden.

Es wurde eine Abwägung zwischen touristischer Nutzung einerseits und Naturschutz andererseits getroffen. Die Insel ist ein Gebiet mit besonderer

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Und in diesem Teil ist zusätzlich noch die Möglichkeit eines <u>weiteren Grillplatzes</u> eingetragen. Dieses konterkariert den immer wieder betonten nachhaltigen und naturverträglichen Tourismus. Hier sehe ich erheblichen Verbesserungsbedarf!</p>	<p>Erholungseignung (LRP), dementsprechend ist das touristische Angebot auf eine ruhige, naturorientierte Erholung angepasst. Die umfangreichen Schutzmaßnahmen, Beruhigung von Dünenbereichen und die schon stattfindenden Maßnahmen zur Besucherlenkung und Umweltbildung tragen dem hohen naturschutzfachlichen Wert der Düne Rechnung.</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Der zusätzliche Grillplatz östlich des Sondergebietes „Ferienhäuser“ (SO-FH) wird gestrichen.</p>
<p>Ornithologische Belange</p> <p>Die Düne hat sowohl für die Vogelwelt als auch für den Gästeverkehr von Naturliebhabern eine hohe Bedeutung. Die ornithologische Bedeutung besteht vor allem für brütende Seevögel, für auf dem Zug rastende Vögel und für überwinternde Wasservögel.</p> <p>Im Folgenden soll zu den einzelnen Punkten Stellung genommen werden.</p> <p><u>Brütende Seevögel:</u></p> <p>Auf der Düne befinden sich mehrere Kolonien von Silber- und Heringsmöwen sowie brütende Eiderenten, Austernfischer und Sandregenpfeifer. Kleinere Möwenkolonien befinden sich in den Schutzgebieten, die größte Kolonie auf der Aade befindet sich jedoch außerhalb des FFH-Gebietes.</p> <p>Die <u>Austernfischer</u> und <u>Eiderenten</u> brüten vor allem in den Dünengürteln sowie verstreut in weiteren Bereichen der Düne. Ein ausreichender Teil brütet dabei im FFH-Gebiet.</p> <p>„Sorgenkind“ der Brutvögel ist der <u>Sandregenpfeifer</u> (Rote Liste Deutschland 1 = vom Aussterben bedroht). Der Bestand dieser Art hat in den letzten 30 Jahren deutlich abgenommen und beträgt derzeit nur noch 2 Paare auf der Düne und 1 auf der Insel (in den 1990er Jahren noch >30 Paare!). Grund für den starken</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Der Stellungnahme wird gefolgt. Im weiteren Verfahren werden Verträglichkeitsprüfungen zum FFH- und Vogelschutzgebiet und eine Artenschutzprüfung durchgeführt. Die Hinweise und neuerlichen Bestandsentwicklungen werden berücksichtigt.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Rückgang ist zum einen die Sukzession offener sandiger Bereiche auf Insel und Düne, zum anderen aber die menschlichen Störungen in den verbliebenen vegetationsarmen Bereichen. Dieses führt zu einem geringen Bruterfolg und damit zu einer mangelnden Rekrutierung von Jungvögeln in die Population. Ein kurzer Lichtblick war die Einrichtung der sog. Wildtierruhezone“ im Mai 2020. Die Beruhigung dieses Bereiches hat bereits 2020 zu ersten Bruterfolgen geführt, 2021 stieg der Bruterfolg der zwei Paare deutlich an (s. Abb.). Wichtig für den Erhalt dieser inzwischen seltenen Art ist vor allem, dass es Rückzugsräume gibt, in denen die Jungvögel Schutz finden.</p> <p>Leider wurde die Ruhezone im Juli 2022, also mitten in der Brutzeit aufgehoben. Damit dürfte in den kommenden Jahren der Bruterfolg wieder niedrig sein oder gar ganz ausfallen.</p> <p>Hier sind aus meiner Sicht dringend <u>Maßnahmen erforderlich, um den Erhalt der kleinen Sandregenpfeifer-Population auf Helgoland zu sichern!</u></p>	

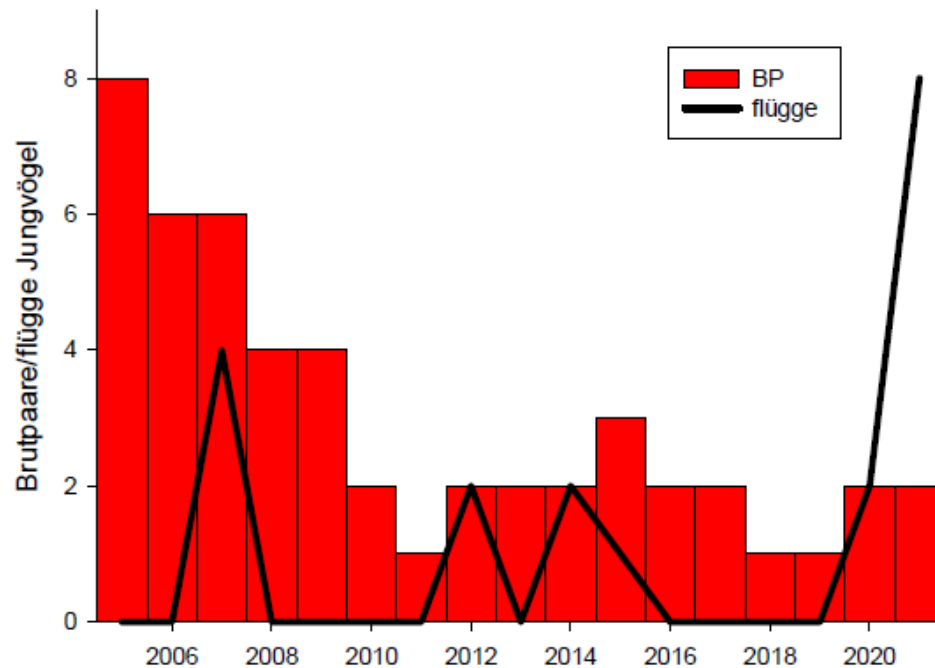


Abb. 1: Anzahl der Brutpaare (rote Säulen) und Bruterfolg (flügge gewordene Jungvögel; schwarze Linie) des Sandregenvögelers auf der Helgoländer Düne.

Rastende Zugvögel:

Die Düne beherbergt die meisten auf Helgoland rastenden Watvögel sowie eine Vielzahl von Singvögeln. Während in Gebüsch rastende Singvögel ihr Hauptvorkommen auf der Hauptinsel haben, bietet die Düne v.a. den Offenlandarten Lebensraum. Sowohl diese als auch die bereits erwähnten Watvögel nutzen vor allem den im Tanganwurf im Spülsaum lebenden Insektenreichtum (v.a. Tangfliegen und deren Larven und Puppen).

Dementsprechend sollte der Tanganwurf nur an Orten und zu Zeiten entfernt werden, wo es unbedingt notwendig ist, also an den Badestränden in den Monaten mit verstärktem Badeverkehr (Juni bis August).

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Im weiteren Verfahren werden Verträglichkeitsprüfungen zum FFH- und Vogelschutzgebiet und eine Artenschutzprüfung durchgeführt.

Die Hinweise werden berücksichtigt.

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Desweiteren sollten <u>nicht unnötig neue Buschanpflanzungen erfolgen</u>, sondern vielmehr der Offenland-Charakter der Düne erhalten bleiben bzw, gefördert werden, ggf. auch durch Pflegemaßnahmen (z.B. auf den Flächen M3 und M5).</p> <p>In den letzten Jahren hat sich auf Helgoland ein starkes Vorkommen von auf dem Zug rastenden <u>Brand- und Flusseeschwalben</u> entwickelt. Verursacht wurde dieses durch ein gutes Nahrungsangebot (viele Kleinfische) in Zusammenhang mit einem geeigneten Rückzugsgebiet zu Zeiten starker menschlicher Frequentierung. Letzteres war die jüngst aufgehobene sog. „Wildtierruhezone“. Ein geeigneter störungsarmer Rastplatz fehlt nun und die Seeschwalbenbestände können sich – wie sich bereits jetzt abzeichnet – nicht mehr aufbauen. Auch hierfür ist ein störungsarmer Strandabschnitt, wie er in den letzten zwei Jahren bestanden hat, empfehlenswert.</p> <p>Überwinternde Wasservögel:</p> <p>Hier sind vor allem überwinternde Watvögel und Eiderenten zu nennen. Eiderenten weisen stabile Bestände auf, vermutlich handelt es sich zu einem großen Teil um dieselben Vögel, die hier im Sommer auch brüten. Bei den Watvögeln handelt es sich um die in der Arktis brütenden Arten Steinwälzer, Sanderling und Meerstrandläufer. Von Letzterem überwintert auf Helgoland der größte Teil des gesamtdeutschen Winterbestandes. Die Lebensräume dieser wenig scheuen Arten sind ausreichend geschützt, nur ernähren sie sich zu einem großen Teil im Tanganwurf an den Stränden, so dass auch für diese Arten ein Abräumen der Spülsäume nicht vorteilhaft ist. Daher sollte erst im Juni damit begonnen werden und möglichst auf die Badestrände beschränkt bleiben.</p> <p>Anmerkungen zu den einzelnen Punkten des Vorentwurfes:</p> <p>Neben den speziellen oben genannten Aspekten habe ich folgende Anmerkungen/Kritikpunkte zum Bebauungsplan:</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Im weiteren Verfahren werden Verträglichkeitsprüfungen zum FFH- und Vogelschutzgebiet und eine Artenschutzprüfung durchgeführt.</p> <p>Die Hinweise werden berücksichtigt.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>Zu 4.2.2: Sondergebiet Ferienhäuser</u></p> <p>Bisher waren bis zu <u>13 Wickelhäuser geplant, nun 15 und zusätzlich ggf. Zelte</u> auf der Sonderfläche. Außerdem wird mit der Möglichkeit „<u>Empfangs- und Gemeinschaftsräume</u>“ zu schaffen offensichtlich eine weitere Bebauung der Fläche angestrebt. Ursprünglich sollte die gesamte Fläche inkl. des Campingplatzes renaturiert werden, jetzt bleibt nur noch ein kläglicher Rest (s.o., Allgemeine Anmerkungen). In diesen ist zu allem Überfluss noch ein <u>weiterer Grillplatz</u> eingezeichnet, der dementsprechend das renaturierte Gebiet noch einmal verkleinert.</p>	<p>Der Stellungnahme wird auf folgende Weise gefolgt:</p> <p>Es ist das Planungsziel der Gemeinde im gesamten Sondergebiet „Ferienhäuser“ (SO-F) auch die Aufstellung von Zelten zu ermöglichen. Damit soll eine höhere Flexibilität der Nutzung der Fläche gewährleistet werden und die Aufstellung von Zelten nicht ausschließlich auf die Flächen des angrenzenden Zeltplatzes beschränkt werden.</p> <p>Die Aufstellung von Zelten innerhalb des Sondergebietes „Ferienhäuser“ ist als alternative Option zu sehen. Der naturschutzfachliche Eingriff wird nicht erhöht, da entweder Ferienhäuser oder Zelte entstehen. Es ist nicht zu befürchten, dass um die Ferienhäuser herum zusätzlich noch Zelte entstehen. Das Konzept für die Ferienhäuser sieht die Aufstellung innerhalb der Mulden mit ausreichenden Abständen untereinander vor, um ein individuelles und naturnahes Übernachtungserlebnis zu schaffen.</p> <p>Sanitärgebäude für den Campingplatz sind bereits heute am Standort vorhanden. Diese sind auch weiterhin erforderlich, auch um eine Versorgung der Ferienhäuser, die keinen eigenen Wasseranschluss haben, mit zu versorgen. Im Sondergebiet „Ferienhäuser“ (SO-F) soll planungsrechtlich ermöglicht werden, hier zugehörige Empfangs-, Sanitär- und Gemeinschaftsgebäude unterzubringen.</p> <p>Während der Konzeptphase wurden die möglichen Standorte für die Wickelhäuser geprüft. Die Planung sieht letztlich 15 Wickelhäuser vor.</p> <p>Abwägung zum zusätzlichen Grillplatz siehe unten zu Punkt 4.4.6. der Stellungnahme.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>Zu 4.2.3: Sondergebiet Dünenbetrieb</u> <i>„Ausnahmsweise zulässig sind Wohnungen und Wohnräume für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Sondergebiet "Dünenbetrieb" zugeordnet sind. Damit können auch Unterkunftsmöglichkeiten z.B. für die Mitarbeiter des Dünenbetriebes oder der Feuerwehr geschaffen werden.“</i> Das ist sehr inkonkret! <u>Wie viele Wohnungen sollen hier ggf. noch entstehen und auf welchen Flächen?</u> Insgesamt muss sichergestellt sein, das außerhalb des Gästebetriebs keine Wohnungen auf der Düne bewohnt werden, da sonst ein Schutz in der Kegelrobbenwurfzeit kaum mehr möglich ist. Die Unterbringung des Dünenpersonals sollte prinzipiell auf der Hauptinsel erfolgen.</p> <p><u>Zu 4.2.4: Sondergebiet Dünenrestaurant</u> Die Sitzplatzzahl im <u>Dünenrestaurant</u> soll mit max. 200 Plätzen annähernd verdoppelt werden. Bedenklich stimmt weiterhin, dass „<u>Wohnungen und Wohnräume</u> für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Sondergebiet "Dünenrestaurant" zugeordnet sind“ erlaubt werden sollen. S. dazu grundsätzliche Anmerkungen zu 4.2.3! Beide Erweiterungen sind daher sehr kritisch zu sehen!</p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt: Eine Übernachtungsmöglichkeit, die beschränkt ist für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, soll im Bereich des Anlegers im Sondergebiet Dünenbetrieb weiterhin ausnahmsweise zugelassen werden können. Eine solche Festsetzung für Wohnungen, die ausnahmsweise zugelassen werden können, ist auch im bestehenden Bebauungsplan Nr. 8 von 1998 enthalten und hat bisher zu keinen erheblichen Störungen geführt. Da es sich lediglich um einen Betrieb handelt, bleibt die mögliche Anzahl der Wohnungen gering. Die Notwendigkeit die Lage der Wohnung im Detail zu regeln, wird nicht gesehen. Von einer erheblichen Störung der benachbarten geschützten Dünenbereiche ist nicht auszugehen. Im Übrigen ist das Übernachten und Wohnen auf der Düne nur zulässig, wenn sich mindestens 1 Arzt und 4 Feuerwehrleute (Atemschutzträger) auf der Düne aufhalten. Grund dafür sind die zu langen Rettungszeiten von der Hauptinsel aus. Dieser Aufwand wird nur in der Saison betrieben.</p> <p>Der Stellungnahme wird auf folgende Weise gefolgt: Die Benennung einer konkreten Anzahl an Sitzplätzen im Sondergebiet „Dünenrestaurant“ (SO-R) wird gestrichen. Die Fläche des Sondergebietes wird eng begrenzt festgesetzt und dient der Bestandssicherung am bestehenden Standort. Bei der in der Stellungnahme zu Grunde gelegten Anzahl der Sitzplätze des Dünenrestaurants im Bestand (ca. 100) handelt es sich offensichtlich um eine Annahme. Das Dünenrestaurant verfügt im Bestand über insgesamt ca. 200 im Innen- und Außenbereich am vorhandenen Standort. Eine Erweiterung der vorhandenen Kapazitäten ist nicht geplant und ist aufgrund der eingeschränkten Flächengröße, die den vorhandenen Gebäudebestand einschließlich Terrasse berücksichtigt, auch nicht möglich. Auf eine Festsetzung zur konkreten Sitzplatzanzahl kann daher verzichtet werden. Die textliche Festsetzung Nr. 1.4 wird wie folgt geändert:</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
	<p>„1.4 Das Sondergebiet „Dünenrestaurant“ dient der Unterbringung eines gastronomischen Betriebes und der für den Badebetrieb am Südstrand notwendigen Anlagen.</p> <p>Zulässig sind</p> <ul style="list-style-type: none"> - Eine Schank- und Speisewirtschaft mit max. 200 Sitzplätzen sowie - sanitäre Anlagen und sonstige Anlagen und Einrichtungen für den Bedarf der Gäste auf der Düne. (...)“ <p>Eine Übernachtungsmöglichkeit, die beschränkt ist für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, soll im Bereich des Restaurants am bestehenden Standort ausnahmsweise zugelassen werden können. Eine solche Festsetzung für Wohnungen, die ausnahmsweise zugelassen werden können, ist auch im bestehenden Bebauungsplan Nr. 8 von 1998 sowie in dessen 2. Änderung für den verlegten Standort des Dünenrestaurants enthalten.</p> <p>Da es sich lediglich um einen Betrieb handelt, wäre die mögliche Anzahl der Wohnungen gering. Von einer erheblichen Störung der benachbarten geschützten Dünenbereiche ist daher nicht auszugehen.</p> <p>Im Übrigen ist das Übernachten und Wohnen auf der Düne nur zulässig, wenn sich mindestens 1 Arzt und 4 Feuerwehrleute (Atemschutzträger) auf der Düne aufhalten. Grund dafür sind die zu langen Rettungszeiten von der Hauptinsel aus. Dieser Aufwand wird nur in der Saison betrieben. Campingplatz und Bungalowdorf schließen in der Regel Ende Oktober. Die Bungalows werden ab 1. April wieder vermietet, der Campingplatz öffnet etwa Anfang Mai. Das Dünen- und das Flughafenrestaurant haben auch im Winter tagsüber auf, weil sich wegen der Robben viele Urlauber auf der Düne aufhalten. Das Personal kommt morgens mit der ersten Fähre gegen 7 Uhr und fährt im Winter mit der letzten Fähre gegen 16 Uhr zurück.</p> <p>Um dennoch die konkrete Anzahl an Wohnungen für die o.g. NutzerInnen im Bebauungsplan zu regeln, wird die Anzahl der Wohnungen, die ausnahmsweise zugelassen werden können, auf 1 beschränkt.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>Zu 4.4.1: Spielplatz / Parkanlage</u></p> <p>Der nördliche Standort des Spielplatzes ist gegenüber dem südlichen zu bevorzugen, da der südliche Bereich eine hohe Dynamik durch Sandflug hat. Unklar ist, <u>was auf der südlichen Fläche als „Parkanlage“ geschehen soll.</u></p>	<p>Die textliche Festsetzung Nr. 1.4 für das Sondergebiet „Dünenrestaurant“ wird wie folgt geändert:</p> <p>„(...) <i>Ausnahmsweise können zugelassen werden:</i> <i>Eine Wohnung für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Sondergebiet "Dünenrestaurant" zugeordnet ist und den sonstigen baulichen Anlagen gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet ist.“</i></p> <p>Der Stellungnahme wird auf folgende Weise gefolgt:</p> <p>Der Standort nördlich des Bungalowdorfes bietet sich für einen Spielplatz an, da er gerade in den Wintermonaten frei von Sandeintrag ist. Die öffentliche Grünfläche südlich des Bungalowdorfes dient ebenso der Gestaltung und Markierung des südlichen Endes des befestigten Weges entlang der Dünenkaje.</p> <p>Beide Flächen werden als öffentliche Grünflächen sowohl mit der Zweckbestimmung Spielplatz als auch Parkanlage festgesetzt. Damit wird eine Flexibilität in den Nutzungen gewährleistet.</p> <p>Nähere Festsetzungen zur Gestaltung der Flächen werden nicht getroffen.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>Zu 4.4.6: Grillplatz</u></p> <p>Ein weiterer Grillplatz im Bereich des ehemaligen Feriendorfes ist – zumindest im eingezeichneten Bereich östlich der geplanten Wickelhäuser - grundsätzlich abzulehnen, da dieses die ohnehin schon stark geschrumpfte Renaturierungsfläche weiter verkleinern würde.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Der zusätzliche Grillplatz östlich des Sondergebietes „Ferienhäuser“ (SO-FH) wird gestrichen.</p>
<p><u>Zu 4.6: Maßnahmenflächen</u></p> <p><u>M4:</u> Eine Bepflanzung mit Sanddorn ist m.E. nicht notwendig. Stattdessen sollte die gesamte Fläche der Sukzession überlassen werden.</p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>An M4 soll ein Gehölzstreifen (geänderte Breite von 5 m auf 3 m) als Barriere zu den verbleibenden Hauptwegen gepflanzt werden. Die Renaturierungsfläche liegt direkt angrenzend an die Hauptzuwegung vom Bungalowdorf zum Südstrand. Mit dem schmalen Pflanzstreifen soll die Zugänglichkeit verhindert werden damit sich die Restfläche ungestört entwickeln kann.</p>
<p><u>M6:</u> Warum nur eine <u>Nutzung vom 1.11.-29.2.?</u></p> <p>Bisherige Erfahrungen zeigen, dass der <u>Panoramaweg</u> auch außerhalb dieser Zeit gut angenommen wird und den Besucherdruck auf die Strände verringert.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Die textliche Festsetzung 1.18 (neu 1.17) wird wie folgt <u>geändert</u>:</p> <p><i>„Innerhalb der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft mit der Bezeichnung M6 ist auf den Flächen der geschützten Biotope "Weißdünen" das Lagern, Sonnenbaden und Aufstellen von Strandkörben verboten. Zugänge zum Strand sind nur an den gekennzeichneten Stellen erlaubt. <u>Der Bereich der Weißdünen entlang des Nordstrandes darf jederzeit für die Durchführung von Maßnahmen zum Küstenschutz betreten werden. Die Anlage und die allgemeine Nutzung eines Steges zum Zwecke der Tierbeobachtung ist zulässig.</u></i></p>
<p><u>M7:</u> Der angespülte <u>Seetang</u> ist eine sehr wichtige Nahrungsquelle für Brutvögel, rastende Durchzügler und Wintergäste in der Vogelwelt (s. dazu Dierschke et al. 2011, Die Vogelwelt der Insel Helgoland). Es wäre wünschenswert, dass <u>außerhalb der Badestrände der Tanganwurf von September bis Mai oder sogar ganzjährig verbleiben kann</u> und nicht nur von November bis Februar. Zudem</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Die Beschränkung, dass der angespülte Seetang nur in den Wintermonaten von November bis Februar zu belassen ist, wird gestrichen und die textliche Festsetzung wie folgt geändert:</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>können sich keine Primärdünen mit ihrer charakteristischen Vegetation entwickeln wenn innerhalb der Wachstumsperiode der Tanganwurf abgeräumt wird.</p>	<p>„1.19 (neu 1.18) <i>Innerhalb der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft mit der Bezeichnung M7 ist zur Entwicklung von Primärdünen der angespülte Seetang im Bereich Oststrand ganzjährig zu belassen. In den übrigen Bereichen ist eine Entfernung des Seetangs nur zulässig, sofern eine Störung der Robben ausgeschlossen ist. Das Aufstellen von Strandkörben ist zu keiner Zeit zugelassen.</i>“</p>
<p><u>M8:</u> Hier sollte überlegt werden, ob man ein <u>vielgestaltigeres Ufer schaffen</u> kann, um den Belangen der Brut- und Rastvögel, die gerne am derzeitigen „Strand“ trinken und baden, Rechnung zu tragen.</p>	<p>Der Stellungnahme ist bereits gefolgt. Die Festsetzung 1.20 (neu 1.19) zur Maßnahmenfläche M8 legt bereits folgendes fest: <i>Die flachen Uferbereiche sind auszukoffern und die Wasserfläche zu vergrößern. Die Vegetationsentwicklung wird der natürlichen Sukzession überlassen.</i></p>
<p><u>Beleuchtung:</u> Es sollte angestrebt werden, die <u>Beleuchtung außerhalb der Monate April bis Oktober grundsätzlich zwischen 18 und 7 Uhr einzustellen</u>, da zu dieser Zeit ohnehin weder Besucher noch Insulaner auf der Düne verweilen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Festsetzung zu Beleuchtungszeiten soll im Bebauungsplan nicht getroffen werden. Bereits jetzt wird die Straßenbeleuchtung in den Wintermonaten abgestellt.</p>
<p><u>Rückbau von Wegen:</u> Grundsätzlich sollten in <u>beschatteten Bereichen keine Holzbohlenwege</u> angelegt werden. Diese sind bei feuchter Witterung rutschig und gefährlich! Beispiele hierfür sind derzeit am Teich am Grillplatz und die Zuwegung von den Lagerhallen zum Friedhof der Namenlosen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Detailplanung der Maßnahmen erfolgt im Anschluss an das Bebauungsplanverfahren. Eine Festsetzung dazu soll im Bebauungsplan nicht getroffen werden.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>Zu 11.1: Vermeidungs-, Verminderungs- und Schutzmaßnahmen</u> <u>Wegekonzept:</u> Die Düne wird von vielen naturkundlich interessierten Gästen genutzt. In das Wegekonzept sollten daher auch dieser Gesichtspunkt mit einfließen. So könnte <u>oberhalb des dann beruhigten Teiches am jetzigen Grillplatz eine Beobachtungsplattform</u> entstehen oder auf der <u>Aade eine Plattform</u> zur Beobachtung der Möwenkolonie. Solche Plattformen können auch gut zur Besucherlenkung eingesetzt werden.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Detailplanung der Maßnahmen erfolgt im Anschluss an das Bebauungsplanverfahren.</p>
<p>1.11 Verein Jordsand e.V., 12.08.2022</p> <p>Auf der gesamten Welt, damit auch in Deutschland und Schleswig-Holstein, nehmen immer mehr Naturräume ab und essenzielle Artenvielfalt geht verloren. Das Land Schleswig-Holstein verpflichtet sich im Rahmen seines Artenschutzes und seiner Biodiversitätsstrategie Tiere, Pflanzen und deren Biotope zu schützen und Biotope entsprechend weiterzuentwickeln. Dabei soll auch das Interesse des Menschen an diesen Lebensgemeinschaften geweckt werden. Helgoland und die Helgoländer Düne stellen für Deutschland einen einzigartigen Naturraum dar. Diese Einzigartigkeit wird durch verschiedenste Schutzkategorien, mit denen dieser Lebensraum ausgezeichnet wurde, hervorgehoben (FFH Gebiet DE-1813-39, FFH DE 1714-391 und EG-Vogelschutzgebiet DE- 1813-491 sowie die Naturschutzgebiete (NSG) "Lummenfelsen und Helgoländer Felssockel" sowie ein RAMSAR Gebiet). Die Einzigartigkeit wird durch die Bedeutung für Zug- und Brutvögel, besonders die Klippenbrüter im NSG Lummenfelsen, für Rast- und Wurfplätze der gefährdeten Kegelrobbe sowie den Lebensraum Felssockel geprägt. Auch in der vorliegenden Kurzbegründung werden diese Bedingungen erläutert. Gleichzeitig handelt es sich bei der Helgoländer Düne um ein Gebiet, dass sehr stark vom Menschen geprägt und verändert wurde. Für den Erhalt dieses einzigartigen Ortes und die nachhaltige Entwicklung, die neben den oben genannten Punkten des Artenschutzes und der Biodiversität auch eine Bündelung und nicht Vereinzelung der menschlichen Nutzungen vorsieht, muss ein</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Bebauungskonzept entstehen, dass dem Schutz der Düne und damit dem Naturschutz gerecht wird. Nur so bleibt eine menschliche Nutzung als herausragendes Erholungsgebiet überhaupt erst möglich. Grundsätzlich begrüßen wir eine Neukonzeption der Flächennutzungen der Düne. Im Folgenden gehen wir dazu auf die Punkte der Kurzbegründung ein, bei deren Realisierung aus unserer Sicht wichtige, nicht aufgeführte, naturschutzfachliche Aspekte zu berücksichtigen sind.</p> <p>Grundsätzlich fallen folgende Punkte im gesamten Nutzungskonzept auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ein negativer Einfluss der umfangreichen Projektvorhaben auf die FFH-Gebiete der Düne und der Seegebiete ist nicht auszuschließen, auch wenn sie wie FFH DE 1714-391 außerhalb der Düne liegen. In diesem Fall sehen die FFH Richtlinien (Art. 6 Abs. 3) und das Bundesnaturschutzgesetz § 34 eine Prüfung der Verträglichkeit dieses Gesamtprojektes oder -planes mit den festgelegten Erhaltungszielen der umgebenen FFH-Gebiete vor. <u>Wir fordern daher eine umfängliche FFH-Verträglichkeitsprüfung bevor das neue Nutzungskonzept festgesetzt wird.</u> Es ist davon auszugehen, dass Einflüsse aus den neugebauten oder weiterentwickelten Flächen sich durch die entsprechende Nutzung auf die FFH-Gebiete und die entsprechenden Leitarten auswirken. – <u>Die Flächen und Maßnahmen zum Schutz und Erhalt von Deutschlands größter Kegelrobberpopulation (Ruhezonen, geschlossene Strände während der Wurfzeit, Regelung Wassersport) finden an keiner Stelle Berücksichtigung</u> in der vorgelegten Kurzbegründung. Dabei handelt es sich laut FFH Richtlinien (FFH-Richtlinie Anhang II und V) um eine besonders geschützte Art. Diese Maßnahmen und Flächen müssen dringend Berücksichtigung finden und ausgebaut werden. – Auch Maßnahmen zum Erhalt des in Deutschland vom Aussterben bedrohten <u>Sandregenpfeifers (Rote Liste Deutschland)</u> werden nicht erläutert (besonders nach Rücknahme der Ruhezone auf der Aade, die sich besonders positiv auf den Bestand der Vögel auf der Düne ausgewirkt hat). 	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Im weiteren Verfahren werden Verträglichkeitsprüfungen zum FFH- und Vogelschutzgebiet sowie eine Artenschutzprüfung erarbeitet.</p> <p>Die Hinweise und neuerlichen Bestandsentwicklungen werden berücksichtigt.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

- Es fehlen ebenfalls bereits diskutierte und vorgeschlagene Maßnahmen für ein dringend notwendiges Freiflächenkonzept der Helgoländer Düne, um diese für einheimische Pflanzen und Brutvögel attraktiver zu gestalten.
- Alarmierend ist ebenfalls der starke Verlust an Flächen die zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft - laut neuem Nutzungskonzept sollen 34.380m² für Grün- und Sonderflächen wegfallen.

Bauliche Nutzung

Sondergebiet Ferienhäuser

Die hier betrachtete Fläche (SO-FH) wurde im B-Plan von 1998 als Maßnahmenfläche ausgewiesen. Als Maßnahme ist nicht nur die Rücknahme des Bungalowdorfes, sondern auch die damit einhergehende Dünenentwicklung zu betrachten. Es sollte eine möglichst breitflächige und natürliche Entwicklung der Dünenlandschaft entlang des gesamten Nordstrandes der Düne gewährleistet werden, die entsprechende Maßnahmen zur Freihaltung der Flächen beinhaltet. Auch aus Küstenschutzgründen ist eine solide Dünenentwicklung für den Erhalt der Helgoländer Düne essenziell. Besonders in den Herbst- und Wintermonaten kommen Stürme häufig aus nördlicher und nordwestlicher Richtung, die die Dünen der Nordseite alljährlich abtragen. Laut B-Plan aus dem Jahr 1998 sollten aus diesem Grund der gesamte Zeltplatz und das Bungalowdorf an den Anleger verlegt werden. Die aktuelle Änderung des Nutzungsplans sieht vor, den Zeltplatz an aktuellem Ort zu belassen. Er soll nicht, wie im B-Plan von 1998 vorgesehen, konzentriert am Anleger der Düne einen neuen Standort finden. Das im Nordosten der Düne befindliche Bungalowdorf wurde im Jahre 2018 komplett zurückgebaut. Diese Entwicklung begrüßt der Verein Jordsand e.V. sehr. Seit 2019 stehen in zwei Buchten des alten Bungalowdorfes zwei Wickelhäuser. Diese wurden als Test auch von den Naturschutzbehörden mit einer befristeten Genehmigung erlaubt. Grundsätzlich stehen auch wir einer sehr naturnahen Nutzung von wenigen Buchten positiv gegenüber. Im Jahre 2019 einigte man sich auf maximal 13 naturnahe Einrichtungen, die an dieser Stelle entstehen könnten.

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Die Ferienhäuser (Wickelhäuser) sollen das Angebot auf der Insel ergänzen. Die neue Konzeption sieht vor, an dem Standort ein zeitgemäßes Übernachtungsangebot mit geringerer Eingriffsintensität und niedriger Belegungsdichte zu schaffen.

Sanitärgebäude für den Campingplatz sind bereits heute am Standort vorhanden. Diese sind auch weiterhin erforderlich, auch um eine Versorgung der Ferienhäuser, die keinen eigenen Wasseranschluss haben, mit zu versorgen. Im Sondergebiet „Ferienhäuser“ (SO-F) soll planungsrechtlich ermöglicht werden, hier zugehörige Empfangs-, Sanitär- und Gemeinschaftsgebäude unterzubringen.

Für die geplanten Ferienhäuser (Wickelhäuser) wird ein Flächenanteil im Westen (auf Teilflächen des ehemaligen Bungalowdorfes) in Anspruch genommen. Der übrige, mit der Maßnahme M 3 festsetzte Bereich, wird als Strandhaferdünen entwickelt und vegetationsfreie Bereiche nur streifenweise bepflanzt.

Das Sondergebiet „Ferienhäuser“ (SO-FH) liegt außerhalb des FFH-Gebiets. Aufgrund fehlender Heizmöglichkeiten und Wasseranschlüsse wird sich die Nutzung auf die warme Jahreszeit beschränken.

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Voraussetzung sind entsprechende Ausgleichsmaßnahmen für die Helgoländer Düne und eine Sensibilisierung der bewohnenden Gäste für den Naturraum (zumindest Infomaterial, am besten Umweltbildung). <u>Eine Nutzung durch 15 naturnahe Häuser sowie zusätzliche Empfangs-, Gemeinschafts- und Sanitärräume und einen weiteren Grillplatz in diesen Flächen lehnen wir ab.</u> Dadurch entsteht eine starke Fragmentierung dieses Gebiets und die gesamte positive und nachhaltige Entwicklung der Fläche SO-FH würde seinen Beitrag zum Dünen Erhalt und als Brutplatz für Vögel sowie Entwicklungsgebiet für heimische Pflanzen verlieren.</p>	<p>Das Sondergebiet Ferienhäuser liegt außerhalb des Geltungsbereichs des FFH-Managementplan. Im weiteren Verfahren werden Verträglichkeitsprüfungen zum FFH- und Vogelschutzgebiet sowie eine Artenschutzprüfung erarbeitet. Dies beinhaltet auch die FFH-Vorprüfung.</p> <p>Der zusätzliche Grillplatz östlich des Sondergebietes „Ferienhäuser“ (SO-FH) wird gestrichen.</p>
<p><u>Sondergebiet Dünenbetrieb</u></p> <p>Das Sondergebiet „Dünenbetrieb“ SO-D soll laut geändertem Nutzungsplan u.a. für die Lagerung von Baumaterialien und sogar Werkstattgebäude und Fuhrpark genutzt werden können. Dies steht <u>im Widerspruch zu den weiterfolgenden Anmerkungen, dass die Gäste nicht mit dem Eindruck der Dünenlogistik auf der Nebeninsel empfangen werden sollen.</u> Außerdem sieht die Nutzungsänderung eine möglichst starke Zentralisierung der Dünenlogistik im Sondergebiet Lager Dünenbetrieb SO-L vor. <u>Wir sprechen uns für die Zentralisierung der Dünenlogistik in dem Gebiet „Lager Dünenbetrieb“ (SO-L) aus.</u> Wir begrüßen, dass der Dünenanleger für Gäste und InsulanerInnen als Willkommens- und Informationsort dienen soll. Auch die Unterbringung von saisonalen Personal- und Sanitäranlagen und Verwaltungsgebäude, wie sie dem aktuellen Umfang entsprechen, befürworten wir. Ein Ausbau für Bildungszwecke findet unsere große Zustimmung, hier könnten ggf. neue Bildungsangebote verschiedener, lokaler Anbieter entstehen und für einen naturschutzfachlichen und touristischen Mehrwert der Düne sorgen.</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine Konzentration aller Lagerflächen am Anleger (wie im Bebauungsplan Nr. 8 geplant) wird nicht mehr verfolgt, um Besucher nicht durch übermäßigen Fahrzeugverkehr im Anlegerbereich zu beeinträchtigen und den Eintrittsbereich zur Düne nicht ausschließlich durch Lagerhallen und Abstellflächen zu prägen.</p> <p>Die Gebäude im Sondergebiet „Dünenbetrieb“ am Anleger sollen auch als Aufenthalts- und Informationsort für die Besucher der Düne dienen und den Eintrittsbereich zur Düne als Erholungsgebiet markieren.</p> <p>Neben Lagerhallen, Lagerplätze und Werkstattgebäude für den Dünen- und Hafenbetrieb sollen daher auch Infrastruktureinrichtungen und Anlagen für Dauer- und Tagesgäste zugelassen werden sowie Sozial- und Sanitäreinrichtungen für Mitarbeiter*innen auf der Düne. Mit dem festgesetzten Sondergebiet „Dünenbetrieb“ werden ausreichende Flächen für die Unterbringung aller Nutzungen planungsrechtlich gesichert.</p> <p>Der bestehende Betriebshof hat sich am bestehenden Standort aufgrund seiner zentralen Lage auf der Düne, der Nähe zum Südstrand als auch der Erreichbarkeit weiterer Einrichtungen auf der Düne auf bestehenden Wegen bewährt und soll planungsrechtlich gesichert werden. Im Zuge der Neukonzeption für die Düne wird auch der vorhandene offene Lagerplatz</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Sowohl in dem Sondergebiet „Dünenbetrieb“ als auch am Flugplatz und Dünenrestaurant sollen „<u>ausnahmsweise Wohnungen...</u> u.a. für Betriebsleiter“ und anderes Personal“ entstehen. <u>Diese Entwicklung betrachten wir sehr kritisch</u> und sprechen uns <u>gegen ganzjährige Wohnungen</u> auf der Düne aus. Wir verstehen, dass Helgoland einen akuten Bedarf an Unterbringungen hat. Hier erscheint es, das Wohnungsproblem auf der Helgoländer Düne lösen zu wollen. Dies halten wir v.a. aus naturschutzfachlichen, aber auch inselpolitischen Gründen, für nicht vertretbar. Diese Entwicklung in dem einzigen, nicht ganzjährigen bewohnten und damit wichtigen Naherholungsgebiet für HelgoländerInnen und natürlich auch wertvollen Naturraum zuzulassen, wäre mit einem starken Eingriff in die Naturlandschaft der Düne verbunden. Uns ist bewusst, dass die Betreuung der Düne personalintensiv ist, weshalb wir zusätzliche, saisonale Unterkünfte (u.a. für zusätzliche Rettungsschwimmer, Ärzte und Feuerwehr) begrüßen. Langfristige MitarbeiterInnen müssen ihre Wohnungen aber auf der Hauptinsel bewohnen. Auch die Entwicklung hin zu mehreren ganzjährigen MitarbeiterInnen für die Düne sehen wir positiv. Eine potentielle ganzjährige Bewohnung der Düne würde aber eine noch stärkere menschliche Nutzung in einem einzigartigem Naturraum durch einhergehende Störungen verursachen. Aktuell ist die Helgoländer Düne ein, abgesehen von einigen Mäusen, dem Kanichenbestand und den Meeressäugern, säugetierfreier</p>	<p>zwischen Bungalowdorf und Betriebshof aufgegeben und die bisher dort gelagerten Gegenstände auf das Betriebshofgelände verlagert. Im Bereich des Betriebshofs wird mehr Platz benötigt für die Unterbringung von Abrollcontainern für die Müllentsorgung, Containern für die Veranstaltung Rock’n’Roll Butterfahrt, Anbaugeräten für die Maschinen sowie Ladeflächen.</p> <p>Durch den Erhalt der Gebäude wird auch die hier vorhandene Löschwasserzisterne gesichert, die der Sicherstellung des Brandschutzes insbesondere für das Bungalowdorf dient.</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Eine Übernachtungsmöglichkeit, die beschränkt ist für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, soll im Bereich des Dünenbetriebs am Anleger, des Dünenrestaurants und des Flugplatzes auch weiterhin ausnahmsweise zugelassen werden können. Eine solche Festsetzung für Wohnungen, die ausnahmsweise zugelassen werden können, ist auch im bestehenden Bebauungsplan Nr. 8 von 1998 sowie in dessen 2. Änderung enthalten und hat bisher zu keinen erheblichen Störungen geführt.</p> <p>Da es sich lediglich um jeweils einen Betrieb handelt, bleibt die mögliche Anzahl der Wohnungen gering. Von einer erheblichen Störung der benachbarten geschützten Dünenbereiche ist daher nicht auszugehen.</p> <p>Im Übrigen ist das Übernachten und Wohnen auf der Düne nur zulässig, wenn sich mindestens 1 Arzt und 4 Feuerwehrleute (Atemschutzträger) auf der Düne aufhalten. Grund dafür sind die zu langen Rettungszeiten von der Hauptinsel aus. Dieser Aufwand wird nur in der Saison betrieben. Campingplatz und Bungalowdorf schließen in der Regel Ende Oktober. Die Bungalows werden ab 1. April wieder vermietet, der Campingplatz öffnet etwa Anfang Mai. Das Dünen- und das Flughafenrestaurant haben auch im Winter tagsüber auf, weil sich wegen der Robben viele Urlauber auf der Düne</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>Ort. Das Einschleppen von Haustieren wäre durch diese Entwicklung stark erhöht. Außerdem ist diese massive Nutzung v.a. mit der Wurfzeit der geschützten Kegelrobbe nicht vereinbar. Die in den letzten Jahren gewonnene Störungsarmut durch beruhigte und geschlossene Strandabschnitte und eine konsequente Wegeführung könnten dann in vielen Stunden am Tag nicht gewährleistet werden. <u>Hier muss konkretisiert werden, dass es sich nicht um ganzjährige Wohnungen handelt.</u></p>	<p>aufhalten. Das Personal kommt morgens mit der ersten Fähre gegen 7 Uhr und fährt im Winter mit der letzten Fähre gegen 16 Uhr zurück. Um dennoch die konkrete Anzahl an Wohnungen für die o.g. NutzerInnen im Bebauungsplan zu regeln, wird im Bereich des Sondergebietes „Dünenrestaurant“ die Anzahl der Wohnungen, die ausnahmsweise zugelassen werden können, auf 1 beschränkt. Die textliche Festsetzung Nr. 1.4 für das Sondergebiet „Dünenrestaurant“ wird wie folgt geändert: <i>„(...) Ausnahmsweise können zugelassen werden: <u>Eine Wohnung für Aufsichts- und Bereitschaftspersonal sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Sondergebiet "Dünenrestaurant" zugeordnet ist und den sonstigen baulichen Anlagen gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet ist.“</u></i></p>
<p><u>Sondergebiet Dünenrestaurant</u> Aus unserer Sicht spricht nichts gegen die weitere Betreuung des Dünenrestaurants an der aktuellen Stelle SO-R. Wie in der Änderung des Flächennutzungsplans beschrieben, hat sich die Gaststätte an entsprechender Stelle etabliert und ist von Dünengästen, MitarbeiterInnen und InsulanerInnen ein gut angenommenes Lokal. <u>Aus den aktuellen Entwürfen ist zu entnehmen, dass das Gebäude möglicherweise um eine Etage erhöht wird.</u> Sollte diese Entwicklung dazu führen, dass weniger Flächen verbraucht werden und sich das Lokal gut in die Dünenlandschaft einpflegt, befürworten wir diese Entwicklung. Wie bereits im Punkt Sondergebiet Dünenbetrieb beschrieben, lehnen wir <u>Wohnungen</u> in diesem Bereich aus oben genannten Gründen kategorisch ab. Bei der Sitzplatzanzahl gehen wir davon aus, dass mit <u>200 Sitzplätzen Außen- und Innenbereich abgedeckt</u> sind, da es sich im Vergleich zur aktuellen Nutzung schon um eine Vergrößerung handelt.</p>	<p>Der Stellungnahme wird auf folgende Weise gefolgt: Die Benennung einer konkreten Anzahl an Sitzplätzen im Sondergebiet „Dünenrestaurant“ (SO-R) wird gestrichen. Die Fläche des Sondergebietes wird eng begrenzt festgesetzt und dient der Bestandssicherung am bestehenden Standort. Das Dünenrestaurant verfügt im Bestand über insgesamt ca. 200 im Innen- und Außenbereich am vorhandenen Standort. Eine Erweiterung der vorhandenen Kapazitäten ist nicht geplant und ist aufgrund der eingeschränkten Flächengröße, die den vorhandenen Gebäudebestand einschließlich Terrasse berücksichtigt, auch nicht möglich. Auf eine Festsetzung zur konkreten Sitzplatzanzahl kann daher verzichtet werden. Die textliche Festsetzung Nr. 1.4 wird wie folgt geändert: <i>„1.4 Das Sondergebiet „Dünenrestaurant“ dient der Unterbringung eines gastronomischen Betriebes und der für den Badebetrieb am Südstrand notwendigen Anlagen. Zulässig sind - Eine Schank- und Speisewirtschaft mit max. 200 Sitzplätzen sowie</i></p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>Bei der Konzeptionierung des Gebäudes würden wir eine nachhaltige, an das Landschaftsbild angepasste Bauweise anregen.</u></p>	<p><i>- sanitäre Anlagen und sonstige Anlagen und Einrichtungen für den Bedarf der Gäste auf der Düne. (...)“</i></p> <p>Eine Erhöhung des Gebäudes ist nicht vorgesehen. Es erfolgt eine Festsetzung in Anlehnung an den Bestand: Gebäudehöhe 6 m über der Oberkante Dünenkaje und maximal eingeschossig.</p> <p>Die Oberkante der Ostkaje des Dünenhafens (Bezugspunkt der Höhenmessung) liegt ca. bei 4,4 m über NHN. Die Geländehöhen im Bereich des Restaurants liegen bei ca. 6,0 - 6,5 m über NHN. Im Bestand hat das Dünenrestaurant eine Höhe von ca. 4 m einschließlich Fußboden bis Oberkante Dach.</p> <p>Abwägung zu ausnahmsweise zulässigen Wohnungen siehe oben.</p>
<p><u>Sondergebiet Flugplatz</u></p> <p>Der Flugplatz hat für Helgoland eine essenzielle Bedeutung als Anbindung an das Festland. Entsprechend begrüßen wir Anlagen, die für die Betreibung des Flughafens und auch für die saisonale Unterbringung von Personal und Feuerwehr nötig sind. Wie in den Absätzen „Dünenbetrieb“ und „Dünenrestaurant“ dargelegt, <u>lehnen wir Wohnungen für ganzjährige MitarbeiterInnen jedoch kategorisch ab.</u></p>	<p>Abwägung zu ausnahmsweise zulässigen Wohnungen siehe oben.</p>
<p><u>Sondergebiet Lager Dünenbetrieb Betriebshof</u></p> <p>Der Erhalt der Düne als Natur- und Erholungsraum beinhaltet eine intensive Pflege durch Maßnahmen und auch eine entsprechende Logistik. Entsprechend begrüßen wir, dass diese Logistik künftig zentralisiert und erweitert am bestehenden Betriebshof SO-L seinen Platz finden und entsprechend erweitert werden soll. Selbstverständlich mit der vorangegangenen FFH-Verträglichkeitsprüfung.</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>Baugrenzen</u></p> <p>Für die meisten Gebiete werden Baugrenzen festgesetzt. U.a. für das <u>Sondergebiet Ferienhäuser (SO-FH) soll es keine festgesetzten Baugrenzen</u> geben. <u>Diese Entwicklung lehnen wir ab.</u></p> <p>Wie bereits unter Sondergebiet „Ferienhäuser“ beschrieben, handelt es sich hier um einen sehr wertvollen Standort, um den Dünengürtel zu stärken. <u>Feste Baugrenzen sind entsprechend essenziell, damit nicht künftig doch die gesamte Fläche im Nordosten der Düne bebaut wird.</u></p>	<p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Für das Sondergebiet „Ferienhäuser“ (SO-FH) wird auf eine Festsetzung von Baugrenzen verzichtet, um eine Flexibilität bei der Platzierung der Gebäude unter Berücksichtigung der örtlichen Topografie zu erhalten. Für das Sondergebiet sind durch die vorhandenen Wälle bereits deutliche Abgrenzung zu den Naturschutzflächen vorhanden.</p> <p>Die Steuerung der Versiegelung erfolgt über die Höchstgrenze der Grundflächenzahl (GRZ). Eine örtliche Steuerung der Versiegelung durch Baugrenzen ist nicht erforderlich. Eine Bebauung der gesamten Sondergebietsfläche ist nicht zulässig, sondern wird auf 10% (GRZ 0,1) begrenzt.</p> <p>Abwägung Sondergebiet „Ferienhäuser“ siehe oben.</p>
<p>Grünflächen</p> <p><u>Spielplatz</u></p> <p>Wir begrüßen, dass sich das Gebiet des aktuellen Spielplatzes künftig entsprechend der FFH-Richtlinien renaturieren (mit entsprechenden Pflegemaßnahmen) kann. <u>Hinsichtlich des neuen Standortes gibt es aus unserer Sicht keine Einwände.</u> Sicherlich könnte es sich für auf die Dünenfähre wartende Gäste und Bungalowgäste anbieten, die nördliche Fläche zu nutzen.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>
<p><u>Zeltplatz</u></p> <p>Wir <u>signalisierten der Gemeinde, dass der Zeltplatz grundsätzlich am aktuellen Standort -auch aus naturschutzfachlicher Sicht- bleiben könne.</u> Die Grünfläche hinter dem Anlegergebäude, an die er verlegt werden sollte, stellt aktuell einen von einigen Brutvögeln (wie der Heringsmöwe, aber auch von anderen Bodenbrütern) gut genutzten Standort dar, da er noch einen gewissen offenlandschaftlichen Charakter prägt. Eine Verlegung des Zeltplatzes an den Anleger würde einen massiven Eingriff und auch weitere bauliche Maßnahmen, wie Sanitäranlagen und deren Leitungen mit sich ziehen, die entsprechend</p>	<p>Die Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Der Stellungnahmen wird auf folgende Weise gefolgt:</p> <p>Der südliche Teil des Zeltplatzes wird für die Nutzung als Gruppenzeltplatzes entsprechend festgesetzt.</p> <p>Ziel der Gemeinde ist es, die Nutzung auf Jugend-, Sport- oder andere Gruppen, die ein Bildungsinteresse im Bereich Umwelt, Natur und Nachhaltigkeit nachweisen können, zu begrenzen.</p> <p>Die Zweckbestimmung wird genauer definiert und geändert in „<i>Gruppenzeltplatz für Bildung im Bereich Umwelt, Natur und Nachhaltigkeit</i>“.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>verlegt werden müssten. Am aktuellen Standort sind Sanitäranlagen, inkl. Anschlüsse bereits vorhanden und könnten weiter genutzt werden. Den im FFH-Gebiet befindlichen Gruppenzeltplatz könnte man aus unserer Sicht ebenfalls erhalten, allerdings nicht wie in der Kurzbegründung auf Seite 25 geschrieben, z.B. für Naturbildung, <u>sondern mit obligatorischer Naturbildung für alle Gruppen, die den Platz nutzen wollen (z.B. mindestens eine Dünenführung durch die Ranger der Gemeinde oder den Verein Jordsand e.V.).</u></p>	<p>Der Zeltplatz befindet sich im Eigentum der Gemeinde, die dafür Sorge tragen wird, dass die Nutzung des Gruppenzeltplatzes entsprechend der Zweckbestimmung erfolgt.</p>
<p><u>Strand</u></p> <p>Wir verstehen, dass Helgoland als touristisch geprägter Ort auch ein Angebot an Wassersport anstrebt. Wir begrüßen, <u>dass die Gemeinde nur Sportarten, die ohne Motor und ohne Segel und Schirm durchgeführt werden können, angeboten werden sollen.</u> Bereits jetzt werden Gäste mit Sportequipment an den Nordstrand geleitet, da aufgrund der starken Nähe zu Rastplätzen der Meeressäuger am Südstrand und den Reaktionen der Kegelrobben auf Sportgeräte, Störungen verursacht werden. Entsprechend regen wir die Prüfung eines Wassersportangebots in Einklang mit einer FFH Verträglichkeitsprüfung am Nordstrand an. Aus dem aktuellen Entwurf wird jedoch nicht klar, wie das Konzept hinter dem Wassersportangebot, bis auf die Beschränkungen der Geräte, aussehen soll. <u>Hier muss ein umfassendes Konzept vorgelegt werden, damit es auf die FFH Verträglichkeit geprüft werden kann. U.a. sollte auch die Anzahl an Gästen, die dieses Angebot zeitgleich nutzen können, festgelegt werden.</u></p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Im weiteren Verfahren werden Verträglichkeitsprüfungen zum FFH- und Vogelschutzgebiet sowie eine Artenschutzprüfung erarbeitet.</p>
<p><u>Minigolf</u></p> <p>Wir unterstützen den Erhalt der Minigolfanlage an der aktuellen Stelle.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>
<p><u>Friedhof und Aussichtsdüne</u></p> <p>Wir unterstützen die Ausführungen und den Erhalt an den aktuellen Stellen.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>Grillplatz</u></p> <p>Die Verlagerung des Grillplatzes vom Teich in die Nähe des Zeltplatzes stellt naturschutzfachlich eine sehr gute Entwicklung dar. <u>Ein Entwicklungskonzept, dass den Bedürfnissen der rastenden Vögel nachkommt und evtl. Beobachtungsmöglichkeiten schafft wäre erstrebenswert. Genauso sollte für seltene Pflanzenarten (u.a. Gänsefingerkraut (<i>Potentilla anserina</i>) und Rastvögel die Verlandungszone erhalten bleiben.</u></p> <p><u>Maßnahmen und Flächen</u></p> <p>In der Einleitung zu diesem Abschnitt werden „...vorrangig solche Maßnahmen festgesetzt, die zur Sicherung der typischen Dünenlandschaft dienen..“ vorgestellt. Im Nachfolgenden finden sich acht Maßnahmentypen. Grundsätzlich fehlen an dieser Stelle konkrete Maßnahmen, <u>die der zunehmenden Verbuschung und damit dem Lebensraumverlust (und Biodiversitätsverlust) für einheimische Pflanzen und bodenbrütende Vögel (wie u.a. Möwen, Wiesenpieper und Austernfischer) entgegenwirken.</u> Bislang kann sich die eingeführte <u>Kartoffelrose (<i>Rosa rugosa</i>) nahezu uneingeschränkt, auch auf den Flächen, die für eine natürliche Sukzession vorgesehen sind, verbreiten.</u> Die Rose wurde an vielen Küstenorten eingesetzt, um Küstenschutz zu leisten, der große Nachteil ist die Verdrängung einheimischer Arten und vor allem der Lebensraumverlust für bodenbrütende Vögel. Aufgrund der anthropogenen Nutzung und auch Prägung der Düne kann eine natürliche Sukzession nur bedingt stattfinden. <u>Deshalb fordern wir für die Maßnahmenflächen M1, M3, M4 und M5 die Einführung konsequenter Pflegemaßnahmen für den Erhalt und die Förderung des Offenlandsschaftscharakters typischer Dünenlandschaften.</u> Gleichzeitig sollte ein Teil des Buschwerks auch zum Dünenschutz erhalten bleiben. Auf zusätzliche Bebuschung, auch im Rahmen von Sanddorngehölzen, muss verzichtet werden. Dazu müssen in den FFH-Gebieten die entsprechenden Maßnahmen</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Die Detailplanung der Maßnahmen am Teich erfolgt im Anschluss an das Bebauungsplanverfahren.</p> <p>Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Die Zurückdrängung der Kartoffelrose (<i>Rosa rugosa</i>) zum Schutz des lebensraumtypischen Charakters der Dünen wird bereits in einem Pflegekonzept im FFH-Managementplan beschrieben. Die Zuständigkeit der Umsetzung der Maßnahmen liegt bei der Unteren Naturschutzbehörde (Kreis Pinneberg) bzw. Oberen Naturschutzbehörde (Land Schleswig-Holstein), wobei die Kosten durch öffentliche Mittel (u.a. Fördergelder) finanziert werden. Pflegemaßnahmen von anderer Stelle werden im Rahmen des Bebauungsplans daher nicht als Festsetzung formuliert und auch nicht als ökologische Aufwertung angerechnet.</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p>berücksichtigt werden, die gern auch auf nicht FFH-Gebiete ausgeweitet werden können.</p> <p><u>Für die Maßnahmenfläche M6 regen wir an, dass der westliche Teil des Panoramaweges ganzjährig geöffnet bleibt</u>, um den Besucherdruck v.a. während der Fellwechselmonate der Kegelrobben (bis Ende Mai) zu minimieren und Gästen teils einen einfacheren Zugang zur Aussicht über den Nordstrand zu ermöglichen.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Die textliche Festsetzung 1.18 (neu 1.17) wird wie folgt <u>geändert</u>:</p> <p><i>„Innerhalb der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft mit der Bezeichnung M 6 ist auf den Flächen der geschützten Biotope "Weißdünen" das Lagern, Sonnenbaden und Aufstellen von Strandkörben verboten. Zugänge zum Strand sind nur an den gekennzeichneten Stellen erlaubt. <u>Der Bereich der Weißdünen entlang des Nordstrandes darf jederzeit für die Durchführung von Maßnahmen zum Küstenschutz betreten werden. Die Anlage und die allgemeine Nutzung eines Steges zum Zwecke der Tierbeobachtung ist zulässig.</u></i></p>
<p>In den Flächen M7 und ggf. auch in anderen Flächen, die keine Badebereiche darstellen, <u>sollten für Zug- und Wintergäste (Vögel) außer in den Monaten Juni-Ende August Tanghaufen liegen bleiben</u>. Die dort enthaltenen Tangfliegenlarven stellen eine essenzielle Nahrungsquelle für die Tiere dar.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Die Beschränkung, dass der angespülte Seetang nur in den Wintermonaten von November bis Februar zu belassen ist, wird gestrichen und die textliche Festsetzung wie folgt geändert:</p> <p><i>„1.19 (neu 1.18) Innerhalb der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft mit der Bezeichnung M7 ist zur Entwicklung von Primärdünen der angespülte Seetang <u>im Bereich Oststrand ganzjährig zu belassen. In den übrigen Bereichen ist eine Entfernung des Seetangs nur zulässig, sofern eine Störung der Robben ausgeschlossen ist.</u> Das Aufstellen von Strandkörben ist zu keiner Zeit zugelassen.“</i></p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
<p><u>Übersichtskarte zum Flächennutzungsentwurf: Artenschutz</u> Die <u>Fellwechselzeit der Kegelrobbe endet nicht im März sondern Ende Mai.</u> Es fehlen Maßnahmen für den Sandregenpfeifer, der in Deutschland vom Aussterben bedroht ist. Eine Möglichkeit war die Ruhezone auf der Aade in Kombination mit der <u>Offenhaltung von Freiflächen auf den Maßnahmenflächen</u> der Düne.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Bei der Ausarbeitung der Artenschutzprüfung werden die Hinweise berücksichtigt.</p>
<p>1.12 Handwerkskammer Lübeck, 28.07.2022</p> <p>Aus der Sicht der Handwerkskammer Lübeck werden <u>keine Bedenken</u> vorgebracht, <u>sofern die Belange der Handwerksbetriebe berücksichtigt</u> werden. Sollten durch die Flächenfestsetzungen Handwerksbetriebe beeinträchtigt werden, wird sachgerechter Wertausgleich und frühzeitige Benachrichtigung betroffener Betriebe erwartet.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Es sind keine Handwerksbetriebe vorhanden.</p>
<p>1.13 50Hertz Transmission, 30.06.2022</p> <p>Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit <u>keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen</u> (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>1.14 Ericsson Services GmbH, 05.07.2022</p> <p>Bei den von Ihnen ausgewiesenen Bedarfsflächen hat die Firma Ericsson bezüglich ihres Richtfunks <u>keine Einwände</u> oder spezielle Planungsvorgaben. Bitte berücksichtigen Sie, dass diese Stellungnahme nur für Richtfunkverbindungen des Ericsson – Netzes gilt. Bitte beziehen Sie, falls nicht schon geschehen, die Deutsche Telekom, in Ihre Anfrage ein.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Deutsche Telekom wurde ebenfalls beteiligt. (Stellungnahme vom 06.07.2022 siehe unter 1.15 und 1.16).</p>

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

1.15 Deutsche Telekom Technik GmbH, 06.07.2022

Durch die o. a. Planung werden die Belange der Telekom zurzeit nicht berührt.
Bei Planungsänderungen bitten wir uns erneut zu beteiligen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

1.16 Deutsche Telekom Technik GmbH, Bayreuth, 28.07.2022

Wir betreiben derzeit in diesem Bereich keine Richtfunkverbindung. Deshalb erheben wir auch keine Einwände gegen die Planung.
Bitte beachten Sie, dass diese Stellungnahme nur für Richtfunkverbindungen im Eigentum der Deutschen Telekom gilt. Darüber hinaus mieten wir weitere Richtfunktrassen bei Ericsson an. Über deren Verlauf können wir keine Auskünfte erteilen. Deshalb bitte ich Sie, falls nicht schon geschehen, Ericsson in Ihre Anfrage mit einzubeziehen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Die Firma Ericsson Serives GmbH wurde ebenfalls beteiligt. (Stellungnahme vom 5.7.2002 siehe unter 1.14).

1.17 Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH, 02.08.2022

Stellungnahme zur 15. Änderung des Flächennutzungsplans „Düne“ Stellungnahme zum Bebauungsplan Nr. 13 „Düne“

Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

1.18 Deutsche Flugsicherung (DFS), 18.07.2022

Durch genanntes Plangebiet ist der Anlagenschutzbereich gem. §18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG) der folgenden Flugsicherungsanlage betroffen:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahmen - Behörden	Abwägungsvorschlag
---------------------------	--------------------

- VORDME Helgoland DHE - Geogr. Koordinaten (ETRS89): 54° 11' 8,5" N / 7° 54' 38,5" E; Höhe des Geländes 1,8 m ü. NN

Durch die geringe Entfernung zu unserer Navigationsanlage können je nach Art der Bebauung intolerable Störungen entstehen. Bauvorhaben sind daher zur Einzelfallprüfung unter Angabe von Koordinaten, Bauhöhen, Kubatur etc. der zuständigen Luftfahrtbehörde vorzulegen.

Von dieser Stellungnahme bleiben die Aufgaben der Länder gemäß § 31 LuftVG unberührt.

Wir haben das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) von unserer Stellungnahme informiert.

1.19 Deutscher Wetterdienst, 05.09.2022

Der DWD hat keine Einwände gegen die vorgelegte Planung, da keine Standorte des DWD beeinträchtigt werden bzw. betroffen sind. Kenntnisnahme.

Sofern Sie für Vorhaben in Ihrem Einzugsgebiet amtliche klimatologische Gutachten für die Landes-, Raum- und Städteplanung, für die Umweltverträglichkeit (UVP) o. ä. benötigen, können Sie diese bei uns in Auftrag geben bzw. Auftraggeber in diesem Sinne informieren.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner des DWD gerne zur Verfügung.

2 Landesplanerische Stellungnahme

Ziele, Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung nach § 11 Abs. 2 Landesplanungsgesetz (LaplaG) i.d.F. vom 27. Januar 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 8), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs vom 12. November 2020 (GVOBl. Schl.-H. S. 808)

- 15. Änderung des Flächennutzungsplanes
- Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 13 der Gemeinde Helgoland, Kreis Pinneberg

Frühzeitige Beteiligung vom 30.06.2022

Stellungnahme des Kreises Pinneberg vom 12.08.2022

Die Gemeinde Helgoland beabsichtigt, den bestehenden Bebauungsplan Nr. 8 für die Helgoländer Düne aus dem Jahr 1998 aufzuheben und neu zu überplanen. Als Grundlage dieses neuen Bebauungsplanes ist eine Konzeption für die Nutzungsbereiche auf der Düne und Freianlagenplanung erstellt worden. Ziel ist ein zukunftsfähiges, nachhaltiges, touristisches als auch naturschutzgerechtes Konzept, das schrittweise umgesetzt werden kann. Mit der planungsrechtlichen Sicherung sollen sowohl derzeitige als auch zukünftige Nutzungen gesichert werden und naturschutzrechtliche Anforderungen erfüllt werden. Im Flächennutzungsplan sollen Grünflächen mit diversen Zweckbestimmungen, Verkehrsflächen und folgende Sondergebiete dargestellt werden:

Sondergebiete, die der Erholung dienen, Zweckbestimmung:

SO-B Bungalowdorf

SO-FH Ferienhäuser

Sonstige Sondergebiete, Zweckbestimmung:

SO-D Dünenbetrieb

SO-R Dünenrestaurant

SO-F Flugplatz

Kenntnisnahme.

Im weiteren Planverfahren wird eine Beteiligung der UNB erfolgen.

Landesplanerische Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
---------------------------------	--------------------

SO-L Lager Dünenbetrieb /Betriebshof

SO-LV Luftverkehr

SO-FO Funkortung

Aus Sicht der **Landesplanung** nehme ich zu den o. g. Bauleitplanungen wie folgt Stellung:

Die Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung ergeben sich aus der am 17.12.2021 in Kraft getretenen Landesverordnung über den Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 vom 25.11.2021 (LEP-VO 2021, GVOBl. Schl.-H. S. 1409) sowie dem Regionalplan für den Planungsraum I (alt) (Fortschreibung 1998).

Der Regionalplan für den Planungsraum I stellt das Plangebiet als Ordnungsraum für Tourismus und Erholung dar (Ziff. 3.3 Regionalplan I). Gleichzeitig liegt es in einem Vorranggebiet für den Naturschutz (Ziff. 4.4 Abs. 2 Regionalplan I). Der Tourismus soll auf Helgoland als tragender Wirtschaftszweig weiterentwickelt werden. Bei der hierfür erforderlichen qualitativen Verbesserung und Weiterentwicklung von Tourismusinfrastruktur und Beherbergungsangebot gilt es u.a. die besonderen naturräumlichen Gegebenheiten und Erfordernisse des Naturschutzes zu berücksichtigen.

Die Vorranggebiete für den Naturschutz umfassen Bereiche, in denen ein besonderer Schutz der Natur in ihrer Ganzheit oder in einzelnen Teilen erforderlich ist,

- zur Erhaltung oder Entwicklung bestimmter oder vielfältiger Pflanzen- und Tiergesellschaften und ihrer Lebensräume oder bestimmter Pflanzen- und Tierarten und ihrer Bestände,
- wegen ihrer Seltenheit, ihres gemeinsamen Lebensraums,
- wegen ihrer besonderen Eigenheit und Schönheit,
- aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen.

In diesen Gebieten ist dem Arten- und Biotopschutz Vorrang vor anderen Nutzungsansprüchen einzuräumen. Alle Nutzungen sind in ihrer Art und Intensität

Landesplanerische Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>den jeweiligen standörtlichen Erfordernissen der Erhaltung und Entwicklung dieser Biotope und Lebensräume anzupassen. Die Sicherung dieser Bereiche ist durch alle Planungsträger zu gewährleisten.</p> <p>In diesem Zusammenhang weise ich auf die kritische Stellungnahme des Kreises Pinneberg vom 12.08.2022 hin. <u>Insbesondere seitens der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) und Bodenschutzbehörde bestehen noch zahlreiche offene Punkte.</u> Unter anderem sind artenschutzfachliche Gutachten einzuholen, Ausgleichsverpflichtungen zu beachten und diverse geplante Nutzungen kritisch zu überprüfen oder zu konkretisieren.</p> <p>Eine abschließende Beurteilung ist aus landesplanerischer Sicht insoweit noch nicht möglich. Es wird darum gebeten, die weitere <u>Planung eng mit UNB abzustimmen</u>, die offenen Punkte abzarbeiten und die Planunterlagen entsprechend anzupassen.</p> <p><u>Eine abschließende landesplanerische Stellungnahme ergeht im weiteren Planverfahren, nach Vorlage ggf. überarbeiteter Planunterlagen.</u></p> <p>Diese Stellungnahme bezieht sich nur auf die Erfordernisse der Raumordnung und greift damit einer planungsrechtlichen Prüfung des Bauleitplanes nicht vor. Eine Aussage über die Förderungswürdigkeit einzelner Maßnahmen ist mit dieser landesplanerischen Stellungnahme nicht verbunden.</p>	
<p>Das Referat für Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht weist darauf hin, dass für die geplanten Erholungsgebiete die <u>Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse erfüllt</u> werden müssen. <u>Bezüglich der Schallimmissionen sind die Orientierungswerte der DIN 18005 zugrunde zu legen.</u> Die entsprechenden Gutachten (Bodenuntersuchung, Schallgutachten) sind im nächsten Verfahrensschritt mit auszulegen bzw. den Behörden zur Verfügung zu stellen. Erforderlichenfalls ist in der Begründung darzulegen, welche Maßnahmen zur Erreichung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse notwendig sind.</p>	<p>Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Die schalltechnischen Orientierungswerte nach DIN 18005 geben folgende Schutzansprüche vor.</p>

Landesplanerische Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
--	---------------------------

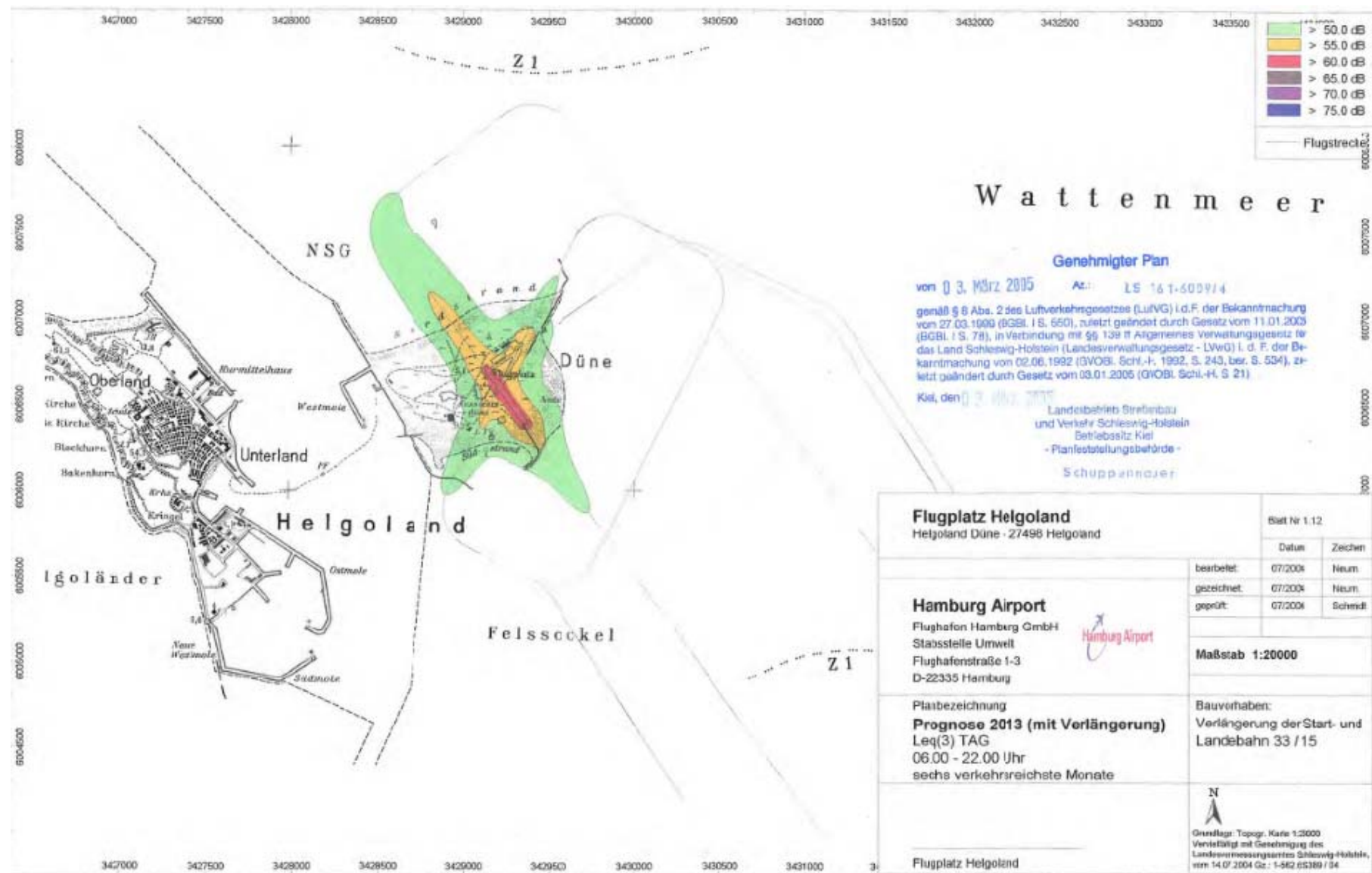
Nutzungen	Tag	Nacht
Reine Wohngebiete (WR) Wochenendhausgebiete, Ferienhausgebiete	50	40
Allgemeine Wohngebiete (WA) Kleinsiedlungsgebiete (WS) Campingplatzgebiete	55	45
Friedhöfe, Kleingarten- u. Parkanlagen	55	55
Besondere Wohngebiete (WB)	60	45
Dorfgebiete (MD), Mischgebiete (MI)	60	50
Kerngebiet (MK), Gewerbegebiet (GE)	65	55
sonstige Sondergebiete, soweit sie schutzbedürftig sind, je nach Nutzungsart	45 - 65	35 - 65

Tab. 3/2: Schalltechnische Orientierungswerte für Verkehrslärm nach DIN 18005 Beiblatt 1 (Werte in dB(A))

Im Rahmen der Landebahnverlängerung für den Flugplatz wurde ein schalltechnisches Gutachten zu den Flugverkehrsgeräuschen erstellt. Außerdem wurde der durch die Rollbewegungen der Flugzeuge verursachte Bodenlärm untersucht und beurteilt. Im Gutachten wurden für die Prognose 2013 in der Summe 4212 Starts und Landungen in den verkehrsreichsten Monaten April bis September zu Grunde gelegt. In den Prognose-Plänen des vorliegenden Gutachtens liegen die Werte im Bereich Zeltplatz und Sondergebiet Ferienhäuser (SO-FH) zwischen 50-60 dB(A) tags und im Bereich Sondergebiet Restaurant (SO-R) bis zu 55 dB(A) tags. Es wurden nur Tagwerte ermittelt, da nachts nicht geflogen wird.

Der Zeltplatz und das Sondergebiet Ferienhäuser können einem Wohn- oder Mischgebiet gleichgestellt werden. Dort ist Wohnen zulässig und ein Zeltplatz oder Restaurant ist kein Kurgebiet, sondern mit Aktivitäten verbunden. Die enge Nachbarschaft zwischen Zeltplatz, Ferienwohnen und Flugplatz spricht für eine Art Gemengelage, für die in der schalltechnischen Betrachtung Zwischenwerte zu Grunde gelegt werden können. Zudem ist von einer vollständigen Nachtruhe auszugehen.

Landesplanerische Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
	<p>Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass die Anforderungen der DIN 18005 eingehalten werden, wenn dem Zeltplatz der Störungsgrad eines Mischgebiets zugeordnet wird. Die Gewährleistung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse gegenüber dem Verkehrslärm ist gegeben.</p> <p>Bei Betrachtung der aktuellen Zahlen lag die Anzahl der Starts und Landungen am Verkehrslandeplatz Düne vor Corona im Mittel bei rd. 4.050 An- und Abflüge p.a. Nach einer deutlichen "Delle" in den Corona-Jahren (i.M. rd. 2.500 p.a.) steigen die Zahlen derzeit wieder und liegen aktuell bei rd. 3.350 p.a.</p> <p>Bei Betrachtung der aktuellen Zahlen lag die Anzahl der Starts und Landungen am Verkehrslandeplatz Düne vor Corona im Mittel bei rd. 4.050 An- und Abflüge p.a. Nach einer deutlichen "Delle" in den Corona-Jahren (i.M. rd. 2.500 p.a.) steigen die Zahlen derzeit wieder und liegen aktuell bei rd. 3.350 p.a.</p>



Auszug aus dem Schalltechnischen Gutachten zu den flugbetriebsbedingten Geräuschimmissionen aus dem Flugverkehr und den Bodenbewegungen am Flugplatz Helgoland – Düne, Flughafen Hamburg GmbH, Hamburg August 2004